

H 8040 F
ISSN 1619-1404
23. Jahrgang
Nummer 138
September | Oktober 2012
3,00 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

UNPOLITISCHE FREUNDSCHAFTEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Es glich beinahe einem Staatsakt. Die Prominenz kam nach Rostock gereist. Bundespräsident Joachim Gauck, gebürtig aus der Stadt an der Ostsee, hielt die zentrale Rede beim offiziösen Gedenken am 20. Jahrestag der rassistischen Pogrome in Lichtenhagen. Alle gaben sich betroffen, sagten, wie schrecklich es war. Selbst der ehemalige Pastor aus der Hansestadt räumte ein, dass es »von Menschen« gemachte Umstände, »besondere Umstände«, gewesen seien, die indes »nicht unvermeidlich« gewesen wären. Der »Mob«, der sich damals tagein tagaus zusammenrottete, die Häuser und ihre BewohnerInnen angriff, und die Beifall klatschenden AnwohnerInnen standen hier in der Kritik, nicht die Politik und die PolitikerInnen auf Landes- und Bundesebene, die diese Stimmung mit ihren Aussagen über Monate mit befeuert hatten, nicht die Einsatzleiter, die die rassistischen Angriffe haben geschehen lassen, aber schnell zugriffen, als AntifaschistInnen dagegen demonstrierten. Verlogen auch, wenn es hieß, die Menschen in der Stadt hätten gelernt. Wer sehenden Auges durch Rostock geht, wer mit ›normalen‹ BürgerInnen spricht, wird nach wie vor auf die alten dumpfen Ressentiments treffen, den ganz ›normalen‹ Rassismus – da helfen auch keine salbungsvollen Worte und keine deutsche Eiche.
Vergessen wird dieser Tage in der breiten Öffentlichkeit auch nur zu gerne, dass Rostock-Lichtenhagen kein Einzelfall war – in Mannheim und Quedlinburg, um nur zwei Orte zu nennen, versuchten im gleichen Jahr RassistInnen, Flüchtlinge zu vertreiben und hatten dabei billigend auch Tote in Kauf genommen.

Vom ›Sommerloch‹ in diesem Jahr keine Spur: Erst purzelelten Neonazis beinahe wöchentlich aus der Szene und wollten das alles gar nicht mehr so gemeint haben, wie sie es zuvor jahrelang gesagt, geschrieben und praktiziert hatten. Dann schämte sich eine Olympionikin nicht ihrer Liebe zu einem Neonazi, der selbst nicht zu ›stumpf‹ ist, eine Gedenkveranstaltung für Opfer des NSU mit anzugreifen. Wo die Liebe hinfällt? Nein. »Kein Sex mit Nazis!«, wie es seit Jahren auf Bannern und Schlüsselbändchen heißt … Gleichzeitig mobilisierten AntifaschistInnen quer durchs Land gegen die »Deutschlandfahrt« der NPD, die in wenigen Wochen Dutzende Städte und Gemeinden heimsuchte und leider auch noch im Herbst überfallen möchte. Oft sprachen Holger Apfel und die anderen Kader der NPD dabei jedoch vor leeren Rängen und verstanden ihr eigenes Wort kaum – die antifaschistischen Proteste waren laut. Das nordrhein-westfälische Innenministerium überraschte derweil mit dem Verbot von drei Neonazi-Kameradschaften, in dessen Zuge Dutzende Wohnungen durchsucht wurden. Leider hat die Politik in diesem rot-grün regierten Bundesland offensichtlich die Extremismustheorie schon längst verinnerlicht, denn im gleichen Atemzug verbot die Stadt Dortmund auch ein Antifa-Camp. »Das ist eine unsägliche, unverzeihliche und folgenschwere Provokation durch die Dortmunder Polizei und die Sicherheitsbehörden. Und eine Kapitulation vor der braunen Suppe«, empörte sich berechtigt Esther Bejarano vom »Internationalen Auschwitz Komitee«.

Seite 3

Nazis

kurz und bündig

Braunzone

Erinnerungspolitik

International

Rezensionen

»Einfach Liebe«?

Eine Chronik des Verschweigens, der Verharmlosung und Verkehrung.

von Andreas Speit

Alles aus Liebe. In Medien und Politik wurde sie schnell entlastet. Von »Hetzjagd« und »Sippenhaft« gegen eine »arme Frau« und ein »junges Mädchen« sprachen große Medien und entscheidungsträchtige PolitikerInnen. Das kritische Nachfragen über mögliche extrem rechte Verstrickungen der deutschen Ruderin, Nadja Drygalla, geriet in massive Kritik. Der »Fall« ist nicht der »Fall Drygalla«, er ist der »Fall Deutschland«.
Die Chronologie des Diskurses um die Ruderin im »Deutschland der Deutschen« offenbart die Tradition von Verschweigen, Verharmlosung und Verkehrung. Am 1. August 2012 war sie im deutschen Frauen-Achter bei den Olympischen Spielen ausgeschieden. Über die sportlichen Leistungen der 23-Jährigen vom »Olympischen Ruderclub Rostock v. 1956 e.V.« (ORC) diskutierten die Medien kaum. Drei Tage später thematisierten Fernsehen, Radio und Zeitungen jedoch ihre Beziehung zu Michael Fischer.

Der Beginn
In der Nacht zum 3. August hatte das Internetportal »Kombinat Fortschritt« nachgefragt, inwieweit diese Verbindung dem olympischen Geist der Völkerverständigung zuwiderlaufe. »Die Beziehung der beiden ist seit langem bekannt«, sagte Günther Hoffmann, Rechtsextremismus-Experte in Mecklenburg-Vorpommern. Bis zu dem Tag war nicht bekannt, dass Fischer, NPD-Landtagskandidat und Kader der »Nationalen Sozialisten Rostock«, sich jetzt als Aussteiger versteht. Ebenfalls war bis dahin nicht bekannt, dass Drygalla sich mit ihm wegen seiner »politischen Vorstellungen« gestritten haben will. Der Grund: Nicht nur die »tageszeitung« versuchte die Sportlerin, die seit 2007 mit Fischer zusammen ist, sofort mit den Fakten zu konfrontieren. Doch unter der beim Sportverband angegebenen Telefonnummer war sie nicht zu erreichen. In London konnte der Pressesprecher des »Deutschen Olympischen Sportbundes« (DOSB), Christian Klaue, auch nicht viel sagen, außer: »Ich habe von der Beziehung heute früh in einem Blog gelesen«.

Der Verlauf
Erst das Nachfassen der Medien führte anfänglich zum Nachdenken bei den Zuständigen in Politik und Sport. Das Ausweichen von Drygalla und das Nichtwissen von Klaue hatte offenbart: KeineR der Betroffenen wollte sich auseinandersetzen. Am 4. August hätten Sportfunktionäre und Sportlerin bremsen können, was sie später als »Vorwurf auf Verdacht« bezeichneten. Denn bereits seit fast einem Jahr, seit dem 30. September 2011 war die Beziehung bei staatlichen Stellen bekannt. Zu diesem Septembertag quittierte Drygalla den Polizeidienst. In einem Dienstgespräch war ihr die »vertrackte Situation« wegen ihres Freundes aufgezeigt worden und sie entschied sich – für ihn und damit gegen die Sport- und Berufskarriere. Denn bei der Polizei war sie bei der Sportfördergruppe der Landespolizei. Ein »Rundum-Kuschel-Versorgungsparket«, heißt es, um sich ganz der Sportkarriere widmen zu können.



^ *schon 2006 war die Antwort in Rostock formuliert*

Erstaunlich: Ihre Entscheidung störte die Sportfunktionäre offensichtlich kaum. Der Landesruderverband stellte sie als Sportkoordinatorin ein. Noch erstaunlicher: 2010 hatte Fischer mit dem ORC ein Gespräch wegen seiner Gesinnung und verließ anschließend den Club. Des Weiteren verwundert, dass die SportfunktionärInnen diese Vorfälle um »ihre Ruderin«, zu der längst Gerüchte kursierten, nicht öffentlich thematisierten. Vielleicht wollte man einen Medaillengewinn nicht gefährden? Eventuell wurde einfach angenommen, weil sie eine »so junge Frau« ist, könne sie doch keine rechte Einstellung haben. Bereits bei dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe konnte jene Entpolitisierung wegen ihres Geschlechts beobachtet werden. Oder möglicherweise dachte man, diese Liebe sei privat und »wo die Liebe halt so hinfällt …«. Wer weiß, was gedacht wurde – gesagt wurde nichts.
Spätestens als Drygalla vom mecklenburg-vorpommerischen Innen- und Sportminister Lorenz Caffier zu den Olympischen Spielen offiziell verabschiedet wurde, wurde sie allerdings zu einer öffentlichen Person des Sports. Allerspätestens da hätten Innenministerium und Sportverbände sich austauschen müssen. Für das Anmahnen einer politischen Verantwortung auch im privaten Leben fühlten sich die Autoritäten allerdings nicht zuständig. Anstatt sich öffentlich darüber zu verständigen, wann sie Privates und Politisches im staatlich geförderten Hochleistungssport trennen, schimpften PolitikerInnen und SportfunktionärInnen über »Schnüffeleien im Privatleben« und erklärten, in keiner »Republik« leben zu wollen, »wo unter die Bettdecke« geschaut werde. Harte Vorwärtsverteidigung, während Drygalla sich noch nicht in Medien geäußert hatte.
Nicht weniger zügig wurde in der Öffentlichkeit der Ausstieg von Fischer unhinterfragt begrüßt. Dass der Ausstieg passend erfolgte, um die Debatte zu entschärfen, schmälerte die Glaubwürdigkeit nicht. Auch nicht, dass ihm ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs droht. Am 25. Februar 2012 hatte er mit Kameraden in Rostock eine Gedenkveranstaltung für das NSU-Opfer Mehmet Turgut angegriffen.

Das Ende
In der Öffentlichkeit wurde Nadja Drygalla auch gleich hoch angerechnet zu »ihrer Liebe« zu stehen. »Der Preis der Liebe« prangte prompt auf dem Cover des »Stern«. Die zehnseitige Titelgeschichte vom 18. August 2012 dürfte ihre angestrebte Sportförderung bei der Bundeswehr wenig beeinträchtigen. Der DOSB hat seine Stellungnahme zur Aufnahme in das Sportförderprogramm eingereicht. Das anfängliche Schweigen der SportfunktionärInnen, das aus-der-Verantwortung-Stehlen der Politik und der Umschwung der Medien dürften kleinen Vereinen ihre alltäglichen Auseinandersetzungen gegen rechte Beeinflussungen nachhaltig erschweren. Ist doch eh alles »privat«, oder eben »einfach Liebe«.

Aussagen stützen die Anklage

In Koblenz stehen Aktivisten des »Aktionsbüro Mittelrhein« vor Gericht. Vorwurf: Kriminelle Vereinigung.

von Andreas Speit



^ 2011 noch vereint – Sven Skoda (links) und Axel Reitz

Antrag auf Antrag, Beschluss auf Beschluss. Der sechste Verhandlungstag, am 6. September 2012, vor dem Landgericht Koblenz verlief nicht ganz wie die fünf Verhandlungstage zuvor. Im Saal 126 konnte einer der 26 Angeklagten vom »Aktionsbüro Mittelrhein« erstmals aussagen. Ein »Verräter«, wie es in der Szene heißt. Die Aussagen des 27-Jährigen stützen auch die Anklage. Die Staatsanwaltschaft Koblenz wirft den Aktivisten des »Aktionsbüros« vor, Mitglied oder Unterstützer einer »kriminellen Vereinigung« zu sein. Das Verfahren ist eines der größten Strafverfahren gegen eine neonazistische Vereinigung.

Im Saal der »12. Großen Strafkammer« ist es auf der Anklagebank dann auch eng. Die Beschuldigten, unter ihnen Axel Reitz, Sven Skoda und Christian Häger, werden durch 54 AnwältInnen vertreten. Unter starken Sicherheitsvorkehrungen hatte der Prozess am 20. August 2012 begonnen. Am ersten Verhandlungstag versuchten die VerteidigerInnen, mit mehreren Befangenheitsanträgen gegen den Vorsitzenden Richter Hans-Georg Göttgen das Verfahren zu stoppen. Ohne Erfolg, doch erst am zweiten Verhandlungstag konnte die 926 Seiten umfassende Anklageschrift der Staatsanwaltschaft verlesen werden. Oberstaatsanwalt Walter Schmengler hielt den Angeklagten im Alter von 19 bis 54 Jahren vor, über Jahre Linke attackiert, Hakenkreuze geschmiert, Scheiben eingeschmissen und Reifen zerstochen zu haben. Viele Fälle, unter anderem in Remagen und Wuppertal, werden aufgelistet: In einem Fall sollen sie einen GPS-Sender am Fahrzeug eines Experten für ›Rechtsextremismus‹ des »Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung« angebracht haben. In einem anderen sollen 17 der Beschuldigten in Dresden während des »Trauermarsches« ein linkes Wohnprojekt angegriffen haben. Das Aktionsbüro wollte ein »Klima der Angst verbreiten«, so Schmengler, und hatte als »Ziel die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung«. Wäre es der Gruppe in Dresden gelungen, ins Haus einzudringen, hätte es Tote gegeben, zitierte der Oberstaatsanwalt eine Aussage bei der Polizei.

Seit der Inhaftierung hat nicht nur der 27-Jährige ausführlich ausgesagt. Fünf Beschuldigte redeten, auch Reitz, der sich lange als »hauptberuflicher politischer Funktionär« verstand, sagte aus – lang und breit, heißt es. Er selbst versteht sich nun wohl als ›Aussteiger‹. In der Szene wird gerade er massiv kritisiert. Seit seiner Haftentlassung ist er abgetaucht. Längst fragen sich seine Kameraden, ob er gar ein Spitzel, V-Mann oder Provokateur war. Allein der Kameradschaftskader Christian Worch warf in der Debatte ein, dass Reitz' Aussagen nicht »ernstlich schädlich« seien, »manches davon« sei »allerdings höchst überflüssig«.

Zwei Stunden lang legte die Staatsanwaltschaft die Anklage dar, die sich stark auf die fünf bereitwilligen Aussagen stützt. Dem Prozess war im März 2012 eine groß angelegte Razzia gegen das Aktionsbüro, das Christian Häger gegründet haben soll, vorausgegangen. 33 Häuser in vier Bundesländern wurden von PolizeibeamtInnen durchsucht. In Bad Neuenahr-Ahrweiler stürmte die Polizei das »Braune Haus«. Das Einfamilienhaus diente als Koordinationsbüro und war nach der früheren Parteizentrale der NSDAP benannt worden. Einen Spaß, den sich das Netzwerk dachte erlauben zu können. Nicht ganz so linientreu sollen die Kameraden im Garten des Hauses auch gekifft haben. Verhängnisvoller könnte für einige Beschuldigte aber werden, dass die ErmittlerInnen auf mehreren beschlagnahmten Computern kinderpornografisches Material sichergestellt haben.

Seit den Razzien sitzen 17 Beschuldigte in Untersuchungshaft. Der Ermittlungsdruck hatte bei den fünf Angeklagten vielleicht den Redewillen ausgelöst. In der Szene hatte sich das sehr schnell rumgesprochen.

Im Saal 126 überraschten am Nachmittag des 6. September 2012 die Aussagen des einen Angeklagten nicht so sehr. Er führte zum Verdruss seiner früheren Kameraden aus, dass es regelmäßige Treffen und Schulungen gab. Thema war auch »Rassenkunde«. Gern seien SA- und Wehrmachtslieder angestimmt worden. Das Programm der NSDAP hätten sie wohlwollend diskutiert. Die Bundesrepublik sei als »Vasallenstaat« der Juden, US-Amerikaner und des Großkapitals betrachtet worden, sagte er weiter aus. In der linken Szene wolle er zuvor gewesen sein. Ob die Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden bezweifelt wurden, wollte Göttgen wissen. »Das auf jeden Fall«, antwortete der Geständige.

Die Aussagen, so durften VerteidigerInnen und nicht geständige Beklagte denken, passen genau zu den Beschuldigungen. In diesem Verfahren scheint sich die Staatsanwaltschaft gründlich vorbereitet zu haben. Bei dem Prozess beziehungsweise den Prozessen gegen den »Sturm 34« in Sachsen in den vergangenen Jahren war anderes zu erleben. Nicht ohne Folgen: Vor Gericht kamen die Beschuldigten glimpflich davon. In Rheinland-Pfalz könnte es für die Angeklagten anders ausgehen. Die Staatsanwaltschaft muss allerdings jedem Einzelnen nachweisen, im Sinne des § 129 Strafgesetzbuch schuldig zu sein.

In der Landespolitik wird mit dem Verfahren auch eine ganz andere Hoffnung verbunden: Argumentationshilfen für ein NPD-Verbotsverfahren. Die Nähe des »Aktionsbüros« zur Partei war aber auch schon vor dem Verfahren offensichtlich. Zwei der jetzt Angeklagten, Sven Lobeck und Alexander Herr, sind Parteifunktionäre. Glaubt man den Aussagen die vor der Polizei gemacht wurden, dann sind die NPD-Kreisverbände Ahrweiler und Koblenz mit dem »Aktionsbüro« nahezu »personenidentisch«.

Auch Spenden für das Büro sollen durch Parteikassen gelaufen sein. Die Vorhaltungen sind indes nicht neu. Sie hätten schon früher zur Anklage führen können. Doch nach der NSU-Panne scheinen Behörden jetzt besonders bemüht.

Verbote und Razzien in NRW

»Ich habe heute drei rechtsextremistische Vereinigungen verboten und aufgelöst.« Mit dem Verbot von Kameradschaften in Dortmund, Aachen und Hamm bewies der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) am 23. August erneut, dass er auf eine harte Linie gegen die Neonaziszene setzt. Ein weiterer Effekt: Der »Antikriegstag« der Neonazis in Dortmund fiel dieses Jahr aus. In letzter Instanz wies das Bundesverfassungsgericht eine Klage des Anmelders ab.

von Barbara Manthe

Über tausend NPD-Plakate, Transparente, Sturmhauben und Reizgas transportierte die Polizei aus der Rheinischen Straße 135 in Dortmund ab. In dem »Nationalen Zentrum«, wie es in der extrem rechten Szene genannt wird, hängen zahlreiche rechte Aufkleber, Plakate, Sinnsprüche und



^ *Plakate und Waffen wurden beschlagnahmt*

schwarz-weiß-rote Fahnen. Das Haus war bisher ein zentraler Anlaufpunkt für Neonazis in der Stadt. Am frühen Morgen des 23. August jedoch durchsuchte es die Polizei als eines von über 140 Objekten in ganz Nordrhein-Westfalen. In der Region Aachen fanden ErmittlerInnen Nazidevotionalien, Gaspistolen und, laut offiziellen Verlautbarungen, »einen Morgenstern«.

Blinde Flecken

Die Razzien standen im Zusammenhang mit einem Verbot der Kameradschaft »Nationaler Widerstand« (NW) Dortmund, »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) und »Kameradschaft Hamm«, die bis dahin zu den aktivsten neonazistischen Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen gehören. Während die NPD im Bundesland eher schwach ist, sammeln sich Neonazis vor allem im Umfeld der Kameradschaften und »Freien Kräfte«. Viele Mitglieder der nun verbotenen Organisationen zählen zu den wichtigen Kadern in Nordrhein-Westfalen: Sie organisieren nicht nur die jährlichen überregionalen Aufmärsche in Stolberg und Dortmund, sondern fungieren auch als Schnittstellen zu Strukturen in anderen Bundesländern und zur NPD. Gerade die Szenen in Aachen und Dortmund sind Zentren neonazistischer Aktivitäten, gekennzeichnet durch einen hohen Organisationsgrad und Gewalttätigkeit der AktivistInnen, die weit über die Region hinaus strahlen. In der Vergangenheit wurden Stadt und Ermittlungsbehörden allerdings weder in Dortmund noch in Aachen übermäßig aktiv. Nachdem es bereits im Frühjahr 2012 Verbote und Razzien in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens gegeben hatte, blieben die beiden Zentren bislang blinde Flecken auf der Karte staatlicher Neonazibekämpfung.

Verbote gegen Rechts, Verbote gegen Links

Das Maßnahmenpaket von Innenminister Jäger scheint dies nun zu ändern: Eine solche Verbotspolitik gegenüber neonazistischen Organisationen kennt Nordrhein-Westfalen bislang nicht, vergleichbar ist sie mit ähnlichen Verfügungen in Brandenburg und Berlin. Nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde im November letzten Jahres schwenkte das Innenministerium auf eine »harte Linie« gegen die extreme Rechte im Land: Ein Acht-Punkte-Programm setzt auf Kontroll- und Ermittlungsdruck gegen die Szene und seit dem Frühjahr stehen Razzien und Verbote an. Der Innenminister will scheinbar beenden, dass militante Neonazis jahrelang in Dortmund und der Region Aachen agieren konnten, ohne dass größere Eingriffe erfolgten. Zudem ist Nordrhein-Westfalen mit den Bombenanschlägen in Köln und einem Mord in Dortmund Schauplatz der NSU-Verbrechen, wobei die Ermittlungen – wie überall sonst auch – stets die Opfer und ihre Angehörigen im Visier hatten. Es geht Jäger aber auch darum, sich ein politisches Profil als konsequenter Hardliner zu schaffen, was gerade nach der gescheiterten Regierung und den Neuwahlen im Mai 2012 von Nutzen sein kann. Zu den Repressionsmaßnahmen gegen Rechts kamen in den vergangenen Monaten Schläge gegen die Rockerszene und die Ankündigung eines harten Vorgehens gegen Salafisten – alles Aktionen, die medial großen Wirbel verursachten. Der Kampf gegen die »Extreme« steht in Nordrhein-Westfalen schon länger an.
So war es kein Widerspruch, dass am selben Tag der Razzien gegen Rechts auch ein Antifa-Camp in Dortmund von der Stadt verboten wurde, das mit Aktionen und inhaltlichen Vorträgen einen Gegenpart zur »Antikriegstag«-Mobilisierung der Neonazis setzen wollte. »Gewalttätige Mitglieder der links-autonomen Szene« seien zu erwarten, begründete die Stadt ihre Entscheidung. Außerdem könnten Neonazis das Camp angreifen. Die OrganisatorInnen hingegen beklagen, dass antifaschistisches Engagement genau dort behindert werde, wo es nötig sei.

Auswirkungen auf die Nazi-Szene in NRW

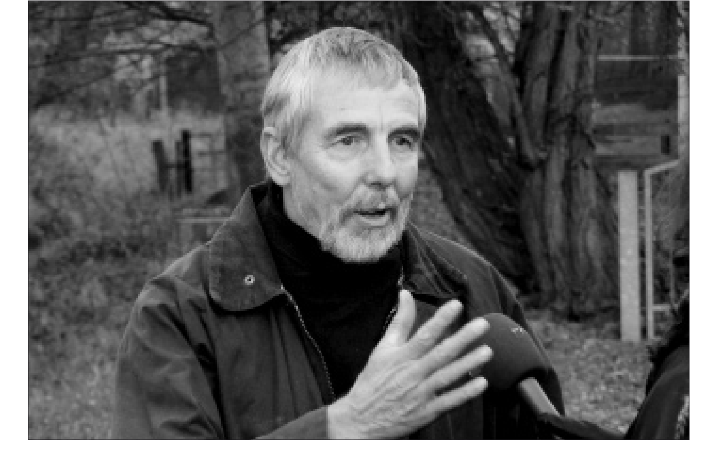
»Wir sind verboten. Na und?« schrieb die KAL am Tag der Razzien auf ihrer Internetseite. Ganz so einfach dürfte es für die AktivistInnen jedoch nicht werden. Die Staatsaktion war ein herber Schlag für die Szene, und die verbotenen Organisationen werden in naher Zukunft massive personelle und strukturelle Engpässe erleben: Materialien sind beschlagnahmt, Räumlichkeiten gekündigt und erstmals bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot des »Antikriegstags« in Dortmund. Der Anmelder gehöre dem verbotenen NW Dortmund an. Alle wichtigen »Freien Kameradschaften« in Nordrhein-Westfalen sind nun verboten und die extreme Rechte muss sich neue Strukturen schaffen. Zudem fallen mit dem Prozess gegen das »Aktionsbüro Mittelrhein« (ABM) auch wichtige Aktive aus Nordrhein-Westfalen als Kader weg. Die derzeitigen Ereignisse – Razzien, Verhaftungen, Prozess und auch der Ausstieg von Axel Reitz – dürften große Verunsicherung in der Szene verursacht haben. Einige werden sich vermutlich zurückziehen, andere weiter aktiv bleiben und ihre Netzwerke ausbauen. »Selbst wenn die Gruppierung verboten wird, so bleiben doch die Aktivisten«, bemerkte die KAL: »Das ist das schöne am Nationalen Widerstand: Es gibt unglaublich viele Aktionsformen« (Fehler im Original). Eventuell profitieren also andere neonazistische Organisationen im Bundesland, wie die NPD, es könnten aber auch ganz neue Zusammenhänge entstehen. Bisher haben Repression und Verbote gegen Rechts zwar stets Veränderungen, nie jedoch den Zusammenbruch von neonazistischen Strukturen ausgelöst.

Holocaust-LeugnerInnen

Seit einem Jahr wird das »Alte Rittergut« im thüringischen Guthmannshausen von der extremen Rechten genutzt. Nahezu ungestört hat sich hier ein idealer Treffpunkt für den Verein »Gedächtnisstätte« und die »Schlesische Jugend« entwickelt. GeschichtsrevisionistInnen und Holocaust-LeugnerInnen kommen hier zusammen.

von Paul Wellsow

Seit September 2011 ist das »Alte Rittergut« im thüringischen 900-Seelen-Ort Guthmannshausen Tagungsstätte der extremen Rechten. Mindestens neun Wochenendveranstaltungen fanden seit dem Einzug des Vereins »Gedächtnisstätte e. V.« hier statt. Fünf weitere Tagungen und »Sonnenwendfeiern« sind bereits angekündigt. In seiner »neuen Heimstatt« organisiert der Verein mit Postadresse im niedersächsischen Ramelsloh (Landkreis Harburg) geschichtspolitische Vorträge. Auch die »Schlesische Jugend« (SJ) führt hier ihre »Sonnenwendfeiern« durch. Mit mehr als 1.000 m² Wohn- und Nutzfläche, Schulungs- und Arbeitsräumen, Großküche, Kegelbahn, Sauna und Gästezimmern inmitten eines großen Gartens ist die denkmalgeschützte Immobilie ein idealer Ort für Veranstaltungen



^ *Schiedewitz im Interview*

Schon beim ersten Vortragswochenende am 17. und 18. September 2011 machte der Verein unter seinem Vorsitzenden Klaus-Wolfram Schiedewitz klar, wohin es politisch geht. Als Referentin war Ursula Haverbeck-Wetzel, die »grande dame« der deutschen HolocaustleugnerInnen und frühere Funktionärin des Vereinsgeflechts um das 2008 verbotene neonazistische »Collegium Humanum«, eingeladen. Auch der Autor und Interviewpartner der »Jungen Freiheit« (JF), Referent beim neu-rechten »Institut für Staatspolitik« und Leiter des »Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.«, Eberhard Hamer, war als Referent angekündigt.

Unter Druck

Kritische Medienberichte, eine Flugblattaktion von AntifaschistInnen in Guthmannshausen, Anfragen der Opposition im Thüringer Landtag zum skandalösen Verkauf des Gebäudes aus Landesbesitz im Mai 2011 an die extreme Rechte (s. drr Nr. 133) sowie die bisher erfolglose Ankündigung des Landes, den Verkauf rückgängig zu machen, setzten die »Gedächtnisstätte« unter Druck. Mit der Verteilung des »Halbjahresprogramm 2012« an die Haushalte in Guthmannshausen ging die Organisation Anfang 2012 in die Offensive. In dem Heft beklagte sich der Vorsitzende, sein Verein solle »in die rechtsradikale Ecke« gedrängt werden.

Braune Vielfalt

Doch die Veranstaltungen machen den Charakter des Vereins klar. Bei einer Tagung am 25. und 26. Februar 2012 standen die Vorträge »Die Rheinwiesenlager 1945, das Sterben der deutschen Kriegsgefangenen am Rhein« sowie »Die Ausplünderung Deutschlands 1919 – 2010« mit dem Autor des geschichtsrevisionistischen »Grabert Verlags«, Hans Meiser, auf dem Programm. Im März referierte dann der wegen Volksverhetzung verurteilte Paul Latussek, Vorsitzender der Thüringer »Landsmannschaft Schlesien« und Vorsitzender der »Gemeinschaft deutscher Vertriebener«. Im Juni wurde Richard Melisch, Autor von Artikeln in verschiedenen Blättern der extremen Rechten, als Referent angekündigt. Die erste »Wintersonnenwende« der neonazistischen SJ auf dem Gelände fand im Dezember 2011 statt. Im März folgte das »Frühlingsfest« der SJ mit einem Vortrag »Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten« von Heinz Nawratil, der in der neonazistischen Zeitschrift »Zuerst!« und der JF schreibt. Mitte Juni 2012 folgte dann die »Sommersonnenwende« der SJ und die »Einweihung des zentralen Gedenksteins« der »Gedächtnisstätte«. Hier soll nun »eine würdige Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern« entstehen – natürlich nur für die »deutschen« Opfer.

Der Verein

Gegründet wurde der Verein »Gedächtnisstätte e.V.« 1992. Mitglied kann nur werden, wer die »deutsche Staatsangehörigkeit« hat. Erste Vorsitzende war Ursula Haverbeck-Wetzel, ihr Stellvertreter wurde Theodor Schmidt-Kaler, ein Mitinitiator des rassistischen »Heidelberger Manifests« von 1981. Auch weitere Mitglieder des Vorstandes waren einschlägig aktiv, so der mittlerweile verstorbene Bauunternehmer Günther Kissel (s. drr Nr. 49). 2003 gab Haverbeck-Wetzel den Vorsitz ab, zu exponiert war ihr Engagement in der Szene von Holocaust-Leugnern. Neuer Vorsitzender wurde Schiedewitz. Er gehört, so urteilte der Niedersächsische Inlandsgeheimdienst, zu einem »Netzwerk von Holocaustleugnern und Geschichtsrevisionisten, die das nationalsozialistische Deutschland von Schuld reinwaschen« wollen. Seine Kinder ließ er hinter der Reichskriegsflagge marschieren, den »Hitlergruß« üben, Lieder der »Hitler-Jugend« singen, Wehrsportübungen und Treffen im damaligen Nazi-Zentrum »Heide-Heim e. V.« in Hetendorf mitmachen. Das erzählte im Februar 2012 Schiedewitz frühere Ehefrau den Medien.
Zwischen 2005 und Ende 2009 unterhielt der als gemeinnützig anerkannte Verein im Sächsischen Borna Räume (s. drr Nr. 114). Als die dortige Immobilie verkauft wurde, überwies die Eigentümerin Gisela Limmer aus »dem Verkaufserlös (…) dem Verein Gedächtnisstätte als Träger der Gedenkstätte 220.000,- Euro«, wie die JF berichtete. Offenbar das Startkapital für Guthmannshausen. Mitglied des Vereins »Gedächtnisstätte« ist auch das in Bad Bevensen (Niedersachsen) ansässige extrem rechte »Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.«.

Ersatzorganisation?

Guthmannshausen hat sich zu einem bundesweit genutzten Veranstaltungsort für GeschichtsrevisionistInnen, Holocaust-LeugnerInnen und völkische Neonazis entwickelt. Nach dem Verbot der Vereine »Collegium Humanum« und »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV) von Haverbeck-Wetzel dient der Verein »Gedächtnisstätte« heute möglicherweise zur Fortführung deren Arbeit. Der Auftritt der Nazi-Aktivistin bei der ersten Veranstaltung in Guthmannshausen spricht dafür.

Neue Partei mit alten Lasten

Ein neuer Name, eine neue Partei. Ihr »größter Aktivposten«, hofft der Vorsitzende Christian Worch, sei gerade der Name: »Die Rechte«. Im Juni 2012 wurde der alte Kameradschaftskader junger Parteivorsitzender und erklärte: »Der Name ist nicht so verbrannt wie der der NPD.« Mehr kann »Die Rechte« bisher auch nicht vorzeigen: Keine Basis, keine Strukturen. Eine Chance kann die Partei dennoch haben.

von Andreas Speit



^ *Worch beim Aufmarsch im August 2012 in Koblenz*

Der Clou mit dem Namen, so hofft Worch, sei zudem, dass mit dem Verweis auf die Partei »Die Linke« dem »Normalbürger« die Angst genommen werden könnte, sie zu wählen. Denn jetzt könne er sagen: »Wenn es eine Linke gibt, sollte es folgerichtig auch eine Rechte geben.« Das Logo von »Die Rechte« spiegelt diese Überlegung wider, erinnert doch das Design auf dem Internetauftritt an das Logo von »Die Linke«. Selbst deren roten Keil über dem »i« im Namen hat »Die Rechte« übernommen. Der Keil zeigt aber in die andere Richtung – nach rechts.

Am Pfingstmontag fand das geheim gehaltene Gründungstreffen statt. »Wir haben das Treffen nicht groß öffentlich ausgerichtet, um Subversionen aus politisch rechten Kreisen entgegenzuwirken«, sagte Worch der »tageszeitung« (taz). Aus Sorge vor frühzeitigen Interventionen stellte sich die Partei auch erst im Juni auf der ehemaligen Webseite der niedersächsischen »Deutschen Volksunion« (DVU) vor. Ganz besonders Störungen aus der NPD sollten laut dem 56-Jährigen verhindert werden – wohl keine Unterstellung. In den vergangenen Jahren hat die NPD-Führung um Udo Voigt und Holger Apfel viel versucht, um rechts von der Union keine wahlpolitische Konkurrenz bestehen beziehungsweise. entstehen zu lassen. Aus NPD-Kreisen wären so auch, sagt Worch, »Pro Hamburg« und »Pro Berlin« gegründet worden, allein um den Namen zu sichern. »Ich selbst wurde aus NPD-Kreisen angesprochen, Pro Mecklenburg-Vorpommern zu gründen«, sagt er weiter.

Bei der Gründung der Partei wählten frühere Mitglieder der DVU und SzeneanhängerInnen ohne Parteivergangenheit auch gleich den Vorstand. Sie bestimmten nicht nur Worch, der unlängst von Hamburg nach Parchim zog, zum Bundesvorsitzenden, sie wählten auch Ingeborg Lobocki, frühere DVU-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, zur Bundesvize und Martin Ziegler, einst DVU-Vorstandsmitglied in Schleswig-Holstein, zum Beisitzer. Über die Größe des Treffens hält sich der gelernte Notariatsgehilfe Worch lieber bedeckt, wie auch über »die Ausbreitungsgeschwindigkeit«. Die Programmatik sei von der DVU übernommen, sagt er: »Da die Partei ›Die Rechte‹ nicht unwesentlich auf den Trümmern der DVU aufgebaut ist, liegt das nahe.«

Die Gründung einer neuen Partei aus alten Strukturen kam nicht ganz so überraschend. Als am 25. Mai 2012 die DVU-Verbände aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein den Rechtsstreit mit der NPD-Bundesführung um die Fusion der beiden Parteien aufgaben, hieß es nicht nur, dass damit die DVU aufhöre »zu existieren«, sondern auch, dass bald »andere eine neue Partei gründen werden«. In der Szene ist seit dem Ausbleiben der West-Erfolge die NPD auch als »Marktführer« umstritten.

Über das mögliche WählerInnenpotential einer Partei weit rechts von der Union und nicht zu nah rechts an der NPD bestehen stabile Untersuchungen. Seit 1981 zeigen sie ein WählerInnenpotential von 13 Prozent. »Die Rechte« will jedoch nicht nur das »ungenutzte Potential« erreichen. Die Partei will auch eine Sammlungsbewegung sein, so Worch, weswegen »ein breites Spektrum« von Meinungen möglich sein soll. »Ein bemerkenswerter Spagat« sei mit der Gründung und Positionierung zwischen NPD und REP gelungen, behauptet er auch gleich gegenüber »Spiegel Online«. Das darf freilich bezweifelt werden: Die Person »Worch« dürfte das Projekt »Die Rechte« belasten. In der Szene ist Worch wegen seiner kultivierten Arroganz und seiner gezielten Privatinterventionen nicht nur beliebt. Dass Worch, dank geerbter Immobilien finanziell abgesichert, immer wieder Märsche und Kundgebungen für die Szene juristisch durchsetzt, ändert daran wenig. In der medialen Öffentlichkeit ist er indes als bekennender »Nazi« bekannt. »Warum ich ein Nazi bin«, erzählte er schon vor Jahren einem Nachrichtenmagazin. Der Arztsohn sagte, er sei auch mal in Wehrsportgruppen an Waffen ausgebildet worden. 1978 marschierte Worch, der mit 14 Jahren den Nationalsozialismus für sich entdeckte, in Hamburg bei einer Aktion der »Hansabande« mit. Die Gruppe um Michael Kühnen trug teilweise Eselsmasken und Schilder mit der Aufschrift »Ich Esel glaub noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden« – so marschierten sie in Hamburg auf. »Die Rechte« ist nicht Worchs erste Partei. In Hamburg gründete er mit Thomas Wulff 1989 die »Nationale Liste« (NL), die 1995 verboten wurde. In ihrer Zeitung »Index« veröffentlichten sie Namen von politischen GegnerInnen. »Ich würde nicht davon ausgehen, dass meine Biographie alleine einen Zulauf zur Partei verhindert«, sagte Worch der taz. Insgesamt saß er fünfeinhalb Jahre wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verunglimpfung des Staates in Haft. Worch betonte gegenüber »Spiegel Online« aber auch, nicht jedeR sei in der Partei willkommen. Die Vergangenheit von Mitgliedern würde »genau angeschaut« werden.

Die Vita von Worch, das Bekenntnis, nicht jede oder jeden nehmen zu wollen, karikiert die Intention, »Normalbürger« als WählerInnen zu gewinnen und SzenegängerInnen für die »Sammelbewegung« zu erreichen. Diese Intentionen sind aber vielleicht auch nicht die einzigen Motive. Ein »strategisches Ziel«, ließ Worch nebenbei fallen, sei ein Erfolg bei der Europawahl 2014. Der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde lässt »Die Rechte« hoffen – auf Geld oder gar Mandate.

In Bad Nenndorf kein Erfolg

Zum siebten Mal marschierten am 4. August 2012 Neonazis in der niedersächsischen Kurstadt. Doch nicht nur die sinkende TeilnehmerInnenzahl, sondern auch die zunehmende Effektivität der Gegenproteste sorgen dafür, dass der Marsch für Neonazis unattraktiver wird.

von Alexander Becker

Weniger als 500 Neonazis nahmen am siebten »Trauermarsch«, dem »Marsch der Ehre 2012«, teil. Dabei hatten die OrganisatorInnen auch dieses Jahr wieder verschiedene Mobilisierungsveranstaltungen im Vorfeld organisiert und sich auf Veranstaltungen wie dem »Thüringentag der nationalen Jugend« in Meiningen und dem »Rock für Deutschland« in Gera präsentiert. Alle Jahre wieder geht es um das Gleiche: In Bad Nenndorf, so lamentieren die Neonazis, seien nach Kriegsende systematisch Deutsche gefoltert worden – die Realität sah indes anders aus. Hier wurden Nazigrößen wie etwa der Leiter des »SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes« (SS-WVHA), Oswald Pohl, aber auch – unter dem Eindruck des beginnenden »Kalten Krieges« – vermeintliche sowjetische SpionInnen von der britischen Armee gefangen gehalten. Durch Kreise der englischen Geistlichkeit über die vor Ort stattfindenden Misshandlungen informiert, stattete der britische Labour-Abgeordnete Richard Stokes Nenndorf im Mai 1947 einen unangemeldeten Besuch ab. Der Fall machte Schlagzeilen; die britische Öffentlichkeit war alarmiert, Presse und Parlament debattierten, Scotland Yard ermittelte – und im selben Jahr wurde das Lager geschlossen (s. drr Nr. 114).
Es hat offenkundig wenig genützt. Und 2012 kam es erneut anders, als die Neonazis es sich wohl vorgestellt hatten. Am Vorabend blockierten junge AntifaschistInnen, an eine Pyramide gekettet, den Platz vor dem Wincklerband. In Bad Nenndorf hat es fast schon Tradition, auf diese Art zu versuchen, die Neonazis an ihrem Marsch zu hindern – das dritte Jahr in Folge gelang die Aktion. Am Tag des Aufmarsches versuchten mehr als 450 GegendemonstrantInnen, den Bahnhof in Bad Nenndorf zu blockieren, um die Anreise der Neonazis zu verhindern. Unter ihnen acht, die sich mit Bügelschlössern aneinander ketteten. Die Neonazis mussten auf Busse umsteigen, doch hier wiederum verweigerten einige FahrerInnen die Beförderung – entsprechend waren viele gezwungen, den Ort der Auftaktkundgebung zu Fuß zu erreichen. Dies und andere Blockaden verzögerten den Auftakt um mehr als vier Stunden. Nichtsdestotrotz setzte sich der Marsch eine Stunde vor dem offiziell angemeldeten Ende der Versammlung in Bewegung.

Der Marsch

Nur wenige der TeilnehmerInnen hatten sich an die Vorgabe der OrganistorInnen gehalten und waren in einem weißen T-Shirt erschienen. Sie sollten Ausdruck der Trauer sein – eine Chiffre, die über die Jahre in Bad Nenndorf entstanden ist. 2009 hatten beim damaligen »Trauermarsch« mehr als 100 Neonazis gegen die Auflage verstoßen, »gleichartige Kleidung zu tragen […] soweit dies auf einen objektiven Betrachter […] suggestiv militant, aggressionstimulierend oder einschüchternd wirkt« – gemeint war der schwarze Style der »Autonomen Nationalisten«. Als die sich dann weigerten, der Auflage nachzukommen, wurden ihnen von der Polizei weiße T-Shirts zur Verfügung gestellt. Einheitlich weiß gekleidet konnten sie am Marsch teilnehmen. Gleichwohl stellten die Neonazis noch einen historischen Bezug zum Nationalsozialismus her, denn bereits Anfang der 1930er Jahre marschierte die zeitweise unter einem Uniformierungsverbot stehende »Sturmabteilung« (SA) einheitlich in weißen Hemden auf. Nach dem Marsch 2009 sammelten die OrganisatorInnen im Übrigen die Shirts ein und bedruckten sie mit einem Gedicht: »In braunem Hemd, in weißem Hemd brennt gleich für Deutschland unser Blut. Fest wie ein Turm stehen wir im Sturm – Zur Flamme peitscht ihr unsre Glut!«. Zur Finanzierung verkauften sie es anschließend als »Soli-T-Hemd«. Kurz vor dem Marsch des Folgejahres veröffentlichte der DGB Region Niedersachsen-Mitte indes, dass diese Zeilen aus der Feder von Heinrich Anacker stammten, 1932 veröffentlicht in dem Band »Die Trommel – SA-Gedichte«, und sich ausdrücklich auf die SA-Verbotszeit bezogen.
Der Versuch der Neonazis, den Marsch mit Fackeln und Landsknechtstrommeln als würdevoll zu inszenieren, so wie es früher schon die SA versucht hatte, scheiterte unter anderem an der Partymeile entlang der Route. Hier hatten viele EinwohnerInnen Bad Nenndorfs Privatpartys in ihren Vorgärten organisiert und beschallten die vorbeiziehenden Neonazis mit lauter Musik und führten Tänze auf. Die geballte gute Laune zehrte – ebenso wie die Blockaden – sichtbar an den Nerven der Neonazis. Gleichzeitig gelang die Beschallung ihrer eigenen Veranstaltung nicht so recht: Die polizeilichen Auflagen schränkten die Nutzung von Lautsprecheranlagen durch die Neonazis ein. Entsprechend mussten Redebeiträge über Megafone und eine schlecht funktionierende Anlage gehalten werden – Dieter Riefling, Rigolf Henning und Ursula Haverbeck-Wetzel waren bei der Zwischenkundgebung am Wincklerbad schlecht bis gar nicht zu verstehen.
Zu allem Ärger der Neonazis hatte die Polizei noch einen Teil des Platzes vor dem Wincklerbad abgesperrt, dort, wo die drei AntifaschistInnen mit ihrer Pyramide und etwa 150 UnterstützerInnen saßen. Geschönt heißt es auf der Homepage der Veranstalter, dass die »Versammlungsteilnehmer dicht gedrängt Aufstellung« genommen hätten. Im Übrigen beträgt die Länge der Aufmarschstrecke zwischen Bahnhof und Wincklerbad gerade einmal 800 Meter.
Insgesamt 1.000 Menschen beteiligten sich an verschiedenen Orten an unterschiedlichen Aktionen gegen den Aufmarsch. Unter anderem sprachen Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) und der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (SPD) auf der Kundgebung des Bündnisses »Bad Nenndorf ist bunt«.

Organisationsdefizite?

Eine Ursache für die diesjährige »Misere« ist die Schwächung des »Gedenkbündnis Bad Nenndorf«, welches in den vergangenen drei Jahren die Aufmärsche und die Mobilisierung im Vorfeld organisiert hatte. Ein Grund hierfür ist in den §-129-Ermittlungen (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«) gegen das »Aktionsbüro Mittelrhein« zu finden, von denen auch Sven Skoda, Mitorganisator der letzten Jahre, betroffen ist. Er sitzt seit März dieses Jahres in Untersuchungshaft. Ihm und den anderen Beschuldigten werden gezielte Angriffe auf Linke vorgeworfen. Mit Skoda fiel eine wichtige Person in der Organisationsstruktur des Aufmarsches weg.



^ *»Gefoltert« hätten die Alliierten, lamentieren die Neonazis heute – hier das Fronttransparent des diesjährigen Marsches*

Da ein einschlägig bekannter Neonazi aus der Region wie Marcus Winter aufgrund von Vorstrafen nicht mehr als Anmelder oder Versammlungsleiter in Frage kam, musste diese Aufgabe Matthias Schulz von der NPD Verden übernehmen. Unterstützt wurde er dabei von Thomas Wulff, der dem »Ehrenkomitee 8. Mai« zugerechnet werden kann. Das »Ehrenkomitee« organisierte in der Vergangenheit die Aufmärsche, bis diese Aufgabe 2009 vom »Gedenkbündnis Bad Nenndorf« übernommen wurde. Mangelndes Interesse zeigte sich schon in der Mobilisierungsphase. Sicherlich, wie in den Vorjahren, hat das Gedenkbündnis auf einigen neonazistischen Veranstaltungen für den Aufmarsch geworben, aber andere Formen der Mobilisierung fanden im Vergleich zu den Vorjahren weniger Anklang – selbst die bundesweite Aktion »Da ist was unterwegs«, bei der das Transparent »Gedenkbündnis Bad Nenndorf« an unterschiedlichen Orten kurz öffentlich gezeigt und fotografiert wurde.

Letztlich schlug sich das alles nicht nur in der geringen Zahl der TeilnehmerInnen nieder, sondern auch in der Abwesenheit von maßgeblichen AkteurInnen aus der Region – zum Beispiel »Besseres Hannover« aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Aus dem norddeutschen Raum fehlten mit Manfred Börm (NPD) und Matthias Behrens (NPD) zwei Protagonisten mit Mobilisierungspotential. Gleichwohl kann die geringe TeilnehmerInnenzahl am Marsch der Neonazis aber auch auf die stetig wachsenden Proteste in der Kleinstadt zurückgeführt werden – auch wenn es dort leider die gewohnten Querelen gibt.

Hannover ausgefallen

Eine Woche vor dem Marsch in der Kurstadt meldete Dieter Riefling eine ebensolche Veranstaltung für denselben Tag in Hannover an, unter dem Motto »Ein Licht für Deutschlands Zukunft«. Diese sollte als mögliche Ersatzveranstaltung bei einem Verbot für Bad Nenndorf fungieren. Aufgrund polizeilicher Auflagen wurde im Vorfeld bereits deutlich, dass aus dem Marsch lediglich eine Kundgebung in der Nähe des Hauptbahnhofs werden würde. Doch durch den massiv gestörten Zeitplan an dem Tag sagte Riefling noch von Bad Nenndorf aus die Kundgebung in Hannover ab. Ein Blick in die Gesichter der AufmarschteilnehmerInnen auf dem Rückweg zum Bahnhof zeigte im Übrigen, dass die wohl auch nur wenig Lust verspürt hätten, noch einmal an dem Tag ein solches Waterloo zu erleben.

Marsch mit bundesweiter Bedeutung?

Nachdem für das neonazistische Spektrum bundesweit wichtige Aufmärsche – der »Trauermarsch« in Wunsiedel seit 2005 und der in Halbe seit 2006 – verboten wurden und Dresden durch die Blockaden seit 2009 zunehmend an Attraktivität verliert, stand die Frage im Raum, ob Bad Nenndorf zu einem Ersatzschauplatz werden könnte. Tatsächlich kamen zunächst jährlich mehr Neonazis zum Marsch in die Kleinstadt: 100 waren es 2006, 200 im Jahr 2007, ein Jahr später 450 und 2009 waren es 700. Rückblickend betrachtet war 2010 mit 900 Neonazis der Höhepunkt der Mobilisierungsleistung erreicht. Denn 2011 nahmen noch 700 und 2012 schließlich nur noch knapp 500 teil. Bundesweite Bedeutung sieht anders aus.

›Apfel über Deutschland‹

Im Sommer sorgte die NPD mit Kundgebungen allerorts für Wirbel. In 52 Städten fuhr die Partei mit einem beschrifteten LKW, Lautsprechern und zumeist nur einer Handvoll AktivistInnen vor, um gegen den Euro zu wettern. Ihr Motto: »Raus aus dem EURO. Unterwegs für deutsche Interessen.« Fast überall ging die Tour im antifaschistischen Protest unter.

von Jens Breuer und Toni Brandes



^ *Holger Apfel und Anhang in Bochum*

Mitten im Sommerloch machte sich die NPD auf zu ihrer »Deutschlandfahrt«: 52 Städte in gut vier Wochen, publizistisch permanent begleitet vom Portal »Deutsche Stimme aktuell« und kommentiert vom Parteivorsitzenden Holger Apfel auf seiner Facebook-Seite, die schon über 3.000 Menschen gefällt. Böse Zungen lästerten, diese Inszenierung erinnere an die von 1932, als es im Wahlkampf hieß: »Hitler über Deutschland«. Seinerzeit flog der »Führer« mit einem Flugzeug quer durch das Reich und absolvierte bis zu drei Termine am Tag. Die NPD benutzte indes einen LKW, das »NPD-Flaggschiff«, und fuhr täglich zwei Städte an – nur am Sonntag war Ruhetag.
Der Auftakt war am 12. Juli in Wolfsburg, kein grandioser Start – 600 GegendemonstrantInnen. Nachmittags folgte ein Stopp in Hannover – 400 Menschen protestierten. Und so ging die Tour weiter. Die Kundgebungstermine kündigte die Partei in der Regel erst wenige Tage vorher auf Facebook und Partei-Websites an. Die Zeit reichte allerorts zur Mobilisierung von antifaschistischen Protesten. Oft gingen die Redebeiträge von Apfel, Jens Pühse, Jörg Hähnel, Udo Pastörs oder Frank Schwerdt im Pfeifkonzert unter. Nirgends gelang es der NPD, Tuchfühlung zu BürgerInnen aufzunehmen. Schnell hieß es in den Medien und auf Webblogs, die Tour sei ein Flop.
Doch glich die Jungfernfahrt des Gefährts tatsächlich der der »Titanic«? Der Weg führte die NPD von Ostniedersachsen nach Norden, über Lüneburg, Bremen, Kiel, Rostock, Schwerin nach Hamburg und dann in den Westen. Es folgten mehrere Termine in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Über Baden-Württemberg und Bayern ging es, Hessen streifend, Richtung Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dann weiter nach Berlin und zum »Deutsche Stimme Pressefest« im vorpommerschen Pasewalk, wo am 11. August die Fahrt endete. Sicherlich, direkt ansprechen konnte die NPD wohl niemanden. Dafür schaffte sie es aber überall in die lokalen und zum Teil auch überregionalen Medien. Apfel resümiert die Fahrt: »Es ging auch nicht darum, eigene Aktivisten in den Städten mit unseren Reden zu berieseln, sondern darum, mit geringstmöglichem Aufwand öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen«. Die Partei hofft, dass dies nachhaltig ist. BeobachterInnen würden hier skeptisch die Augenbraue heben – doch Apfel und Konsorten haben eine ausgeprägte Frustrationstoleranz und eine Mission (»Deutschland retten«), sonst hätten sie wohl schon am zweiten Tag aufgegeben.

Das »Flaggschiff«

Die NPD ist eine Partei der Superlative, nicht nur, wenn es um die vermeintliche Bedrohung Deutschlands geht. Die Bezeichnung »Flaggschiff« für einen kleinen LKW ist vielleicht etwas großspurig. Das neue »Flaggschiff« löste im Sommer ein altes Wohnmobil ab, das nach 30 Jahren nun ausgemustert wurde. Die nötige Neuanschaffung nutzte der NPD-Bundesschatzmeister Andreas Storr, um die AbonnentInnen der »Deutschen Stimme« im Juni 2012 mit einem Spendenaufruf zu überfallen: »Unterstützen Sie uns finanziell bei der Anschaffung unseres neuen NPD-Flaggschiffes«, heißt es in einer Beilage. Die notorisch finanzschwache Partei ringt um jeden Euro: »Auch viele kleine Spenden helfen uns.«. Finanziert werden sollte die »Deutschlandfahrt« im Übrigen auch mit einem Soli-T-Shirt, auf dem neben dem Parteilogo ein Wikingerschiff (!) sowie der Spruch »Unterwegs für Deutschland« gedruckt sind.

NPD-Fahrdienst

Immer dabei auf der Tour waren die beiden Fahrer des »Flaggschiffs«, Detlef Appel und Gustav Haenschke. Auch den Vorgänger lenkten sie schon, beispielsweise über Wochen im Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und durchs Saarland. Zumindest Haenschke ist solche Arbeit gewohnt. Er war bis 2005 Fahrer der Staatskanzlei in Magdeburg und hatte auch den SPD-Ministerpräsidenten Reinhard Hoeppner kutschiert. Als er dann der NPD beitrat, war der Job futsch – dafür tröstet ihn wohl jetzt das »Goldene Parteiabzeichen«, das Udo Pastörs und Holger Apfel auf Beschluss des NPD-Parteipräsidiums ihm und Appel auf dem »Deutsche Stimme Pressefest« am 11. August 2012 bei Pasewalk verliehen. Eigentlich gibt es das erst nach 30 Jahren NPD-Mitgliedschaft, doch ihr Einsatz rechtfertige offenbar die vorzeitige Verleihung: »Ganz offen gesagt: Ein vergleichbarer Einsatz ehrenamtlicher Aktivisten ist mir in 23 Jahren Mitgliedschaft nicht erinnerlich!«, kommentiert Apfel.

Dortmund

Kaum war die »Deutschlandfahrt« beendet, tourte das Prunkstück der NPD-Flottille durch Dortmund. In der Woche vor dem 26. August 2012, an dem die als ungültig erklärte Kommunalwahl von 2009 wiederholt werden musste, rollte das Gefährt durch die Stadt und ihre Bezirke. An Bord waren neben Apfel und Stefan Köster, der gebürtig aus Dortmund kommt, auch Matthias Wächter und Axel Thieme, der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer sowie sein Vize Timo Pradel, aber auch Jens Baur, Mitglied des Dresdener Stadtrats für die NPD und Matthias Faust. Zwischendurch, am 23. August, machte die Partei nach Erfüllung ihrer Pflicht in Dortmund auch noch einen Abstecher nach Bochum. Dort wurde zwar nicht gewählt, doch die NPD wollte ein Zeichen gegen »Islamisierung« setzen: »Die NPD sagt klar und deutlich: Wir wollen keine Moscheen, wir wollen keine Minarette, wir wollen keine Burka und keine Scharia – Über Deutschland dürfen weder Halbmond noch Davidstern wehen!«, schrieb Apfel bei Facebook.

Eine Chronik des NSU – V

von Ernst Kovahl

4. Juli 2012: Das »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) verfügt laut Presseberichten über mehr Akten zu der geheimdienstlichen »Operation Rennsteig« gegen den neonazistischen »Thüringer Heimatschutz« (THS) als bisher bekannt, darunter Dokumente des »Militärischen Abschirmdienstes«.

4. Juli: VertreterInnen des Untersuchungsausschusses (UA) des Bundestages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erklären, die Mitglieder der Gruppe seien keine V-Leute des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) gewesen. Sie konnten Unterlagen des Amtes mit den Klarnamen von V-Leuten einsehen. Im Thüringer UA erklären BeamtInnen des Landeskriminalamtes (LKA), sie seien bei Ermittlungen gegen Neonazis durch das TLfV behindert worden.

5. Juli: Hinterbliebene von Opfern des NSU haben wegen der Vernichtung von Akten im BfV Anzeige gegen GeheimdienstmitarbeiterInnen eingereicht.

6. Juli: Der frühere Leiter der Abteilung »Rechtsextremismus« des BfV sagt vor dem NSU-UA des Bundestages, das TLfV habe bei der Suche nach den abgetauchten späteren NSU-Mitgliedern Unterstützung abgelehnt.

9. Juli: Der frühere Chef des TLfV Helmut Roewer weist vor dem Thüringer NSU-UA Kritik an seiner Arbeit zurück. Bei seinem Amtsantritt seien die Mitarbeiter des TLfV nicht qualifiziert gewesen. 2000 habe er dem Innenministerium den Entwurf einer Verbotsverfügung gegen den THS geschickt. Laut Ministerium fehlten jedoch die Voraussetzungen für ein Verbot. Ein anderer Zeuge aus dem TLfV sagt, es habe keine effektive Aufsicht durch das Innenministerium gegeben.

10. Juli: Der Präsident des »Sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz« (SLfV) Reinhard Boos tritt zurück. Sein Amt hatte Akten zum NSU zurückgehalten, zudem waren nach dem Auffliegen der Terror-Gruppe Unterlagen vernichtet worden.

13. Juli: Der ehemalige Bundesrichter Gerhard Schäfer beginnt im Auftrag der Thüringer Landesregierung mit einer Prüfung des TLfV. Er soll Reformvorschläge für den Dienst erarbeiten. Es wird bekannt, dass das SLfV 1998 und 1999 den »Blood & Honour«-Aktivisten Jan W., der zeitweise während ihres Lebens im Untergrund mit dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe liiert war, observierte.

15. Juli: Erst Monate nach dem Auffliegen des NSU werden in den Archiven der Thüringer Kriminalpolizei tausende Dokumente zum THS und dem Umfeld des Terror-Trios gefunden. Die Akten standen vorher den UA, dem Bundeskriminalamt und der Thüringer »Schäfer-Kommission« nicht zur Verfügung.

17. Juli: Der Thüringer NSU-UA sichtet die V-Mann-Akten und Klarnamen-Datei des TLfV. Auch der ehemalige Vize-Chef des Amtes Peter Nocken wird vernommen. Es wird bekannt, dass sich der frühere Innenstaatssekretär Michael Lippert offenbar vor seiner Vernehmung im UA Informationen aus dem Innenministerium über frühere Polizeiaktionen und MitarbeiterInnen besorgte.

19. Juli: Nachdem die Vernichtung von Akten im BfV bekannt geworden ist, fordern die Mitglieder des NSU-UA des Bundestages die Behörden auf, das Akten-Schreddern einzustellen. Der Vorsitzende des UA Sebastian Edathy (SPD) sagt, es sei »nachdrücklich klar geworden, dass es eine Vertuschungsaktion gegeben hat«.

27. Juli: Im Thüringer Innenministerium tauchen bisher unbekannte Akten einer vom Ministerium 2000 eingerichteten »Sonderkommission Rechte Gewalt« auf, die gegen den THS ermittelte.

30. Juli: Zwei Polizisten aus dem Umfeld der 2007 vom NSU in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter waren Mitglied im »Ku-Klux-Klan« (KKK). Einen Zusammenhang mit dem Mord sehen die Behörden nicht. Auch ein Thüringer war Mitglied der Gruppe.

10. August: Hunderte Akten der Thüringer Kriminalpolizei über das Umfeld des THS und des NSU werden vom Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) der Presse präsentiert.

13. August: Laut »Der Spiegel« wurden an einer Hose aus der Wohnung des NSU in Zwickau DNA-Spuren der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter und auf Taschentüchern in der Hose Spuren von dem NSU-Mitglied Uwe Mundlos gefunden.

15. August: Die Bundesanwaltschaft beantragt, das NSU-Mitglied Beate Zschäpe auch wegen der Beteiligung an zehn Morden, 14 Banküberfällen und einem versuchten Mord im Zusammenhang mit Brandstiftung anzuklagen und weiterhin in Untersuchungshaft zu behalten.

16. August: Laut der »tageszeitung« (taz) war der Neonazi Thomas R. aus Sachsen-Anhalt, dessen Name auf einer bei einer Razzia in Jena 1998 gefundenen Adressliste von Mundlos stand, Mitglied des KKK.

20. August: Der Neonazi Thomas S. hat laut »Der Spiegel« gestanden, Ende der 1990er Jahre den Mitgliedern des späteren NSU Sprengstoff übergeben zu haben.

27. August: Laut alten Akten des TLfV und des BfV soll ein Polizist Ende der 1990er Jahre Mitglieder des THS vor Polizeiaktionen gewarnt haben. Trotzdem übernahm ihn das TLfV, wo er als V-Mann-Führer arbeitete. Der Beamte bestreitet die Vorwürfe. Auch ein zweiter Polizist soll privat Kontakte in die Szene gepflegt haben. Weder die Polizei noch das Ministerium wurden über die seit 13 Jahren bekannten Vorwürfe informiert.

27. August: Eine Quelle des TLfV soll 2001 informiert haben, dass die drei abgetauchten Neonazis Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in Chemnitz seien, schreibt »Der Spiegel«.

28. August: Auf der Innenminister-Konferenz wird die Umstrukturierung der Inlandsgeheimdienste diskutiert. Die Vorschläge zielen auf zusätzliche Kompetenzen für die Ämter und eine Zentralisierung der Arbeit. Davor warnt der Bundesbeauftragte für Datenschutz.

1. September: Der Politologe Horst Meier und der Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen Claus Leggewie fordern in der taz als Konsequenz aus dem NSU die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes.

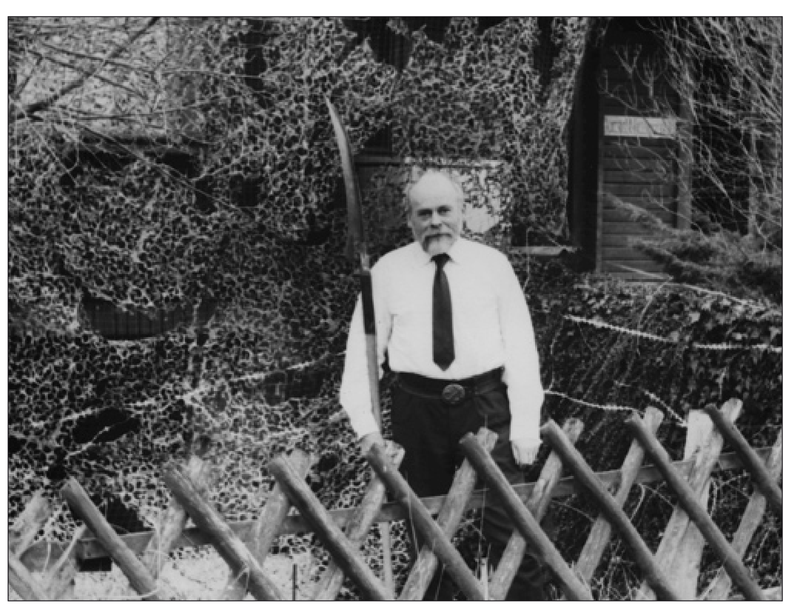
4. September: Bis zu 40 Spitzel seien laut Hochrechnungen der UA im THS gewesen, berichtet die »Thüringer Allgemeine«.

Naziterror in Südniedersachsen

Das Erstaunen über die Bewaffnung und die Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) verwundert, denn Gewalt und das Sammeln von Waffen und Sprengstoff sind untrennbar mit der extremen Rechten verbunden. Ein Blick zurück auf die Bewaffnung von Neonazis in Südniedersachsen in den Jahren vor dem Auffliegen des NSU.

von Kai Budler

Eine Maschinenpistole mit 400 Schuss Munition, ein Präzisionsgewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer, eine abgesägte Schrotflinte und Handfeuerwaffen. Das ist nur ein Teil dessen, was die Göttinger Polizei bei einer Hausdurchsuchung im Dezember 2008 in der Wohnung eines Göttinger Neonazis fand. Für den damaligen Polizeipräsidenten Hans Wargel war dies »eine neue Qualität und besonderer Ausdruck der Gefährlichkeit der rechtsextremistischen Szene«. Tatsächlich war diese Gefährlichkeit der Neonazi-Szene in Südniedersachsen lange bekannt. In der Region wurden immer wieder mit Waffen Gewalttaten verübt und bei Neonazis oder in Depots häufig Waffen gefunden.



^ *Polacek mit Waffe vor seinem damaligen Haus in Mackenrode*

> *ehemaliges FAP-Mitglied Thorsten Heise 2002 (links), Michael Homeister (rechts) als Mitglied der Kameradschaft Hannover/Celle 77*

Wehrsportgruppen

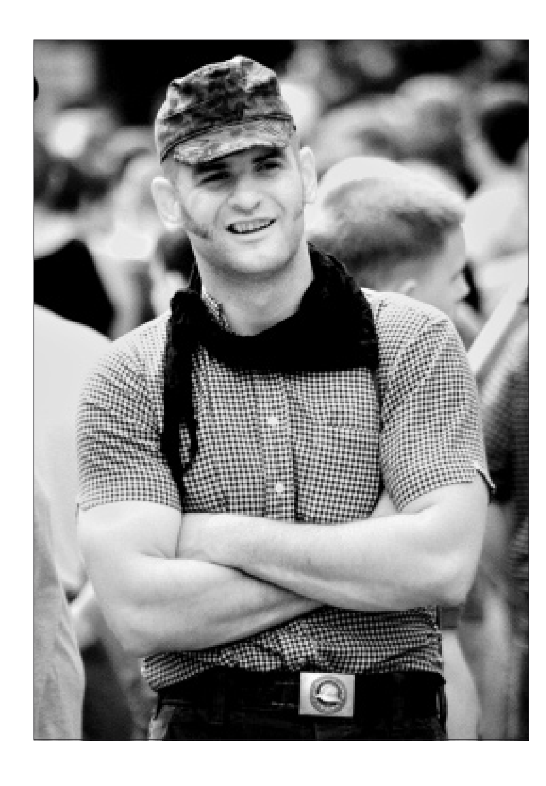
Schon in den 1970er Jahren rückte Südniedersachsen in den Fokus, nachdem bekannt geworden war, dass der Studienrat eines Gymnasiums in Hannoversch Münden eine so genannte »Jungenschaft« namens »Zugvogel« aufgebaut hatte. Daraus wurden »Zugvögel« für die 1973 gegründete und bis zu 400 Mitglieder starke »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG) rekrutiert. Deren Gründer Karl Heinz Hoffmann besuchte mehrmals Hannoversch Münden und veranstaltete unter anderem ein »Informationstreffen« mit bis zu 50 Jugendlichen. Bilder aus der WSG-Werbeschrift »Kommando« zeigen Mündener »Zugvögel« mit scharfen Waffen und Munitionsgurten im Einsatz an Hoffmanns Seite. Nach dem Verbot der WSG 1980 folgten die südniedersächsischen Neonazis dem Beispiel anderer ehemaliger Mitglieder und kamen bei der paramilitärischen Vereinigung »Der Stahlhelm – Kampfbund für Europa« unter. Sie gründeten die »Wehrsportgruppe Mündener Stahlhelm« und setzten ihre Aktivitäten unter anderem Namen fort. Dazu gehörte 1988 beispielsweise eine groß angelegte Wehrsportübung in der Region, deren Teilnehmer aus Hamburg, Bremen, Hildesheim, Bielefeld, Northeim und Kassel anreisten. Der Mündener »Stahlhelm« galt als wichtigster und größter Neonazi-Zusammenhang in der Region. Zur WSG gehörten auch ein Polizist und zwei Soldaten. Im April 1989 zeigte sich, dass die Gruppe bewaffnet war. Bei einer Razzia in 20 Wohnungen stießen Landes- und Bundeskriminalamt auf Waffen, scharfe Munition, Sprengstoff und umfangreiches Propagandamaterial. Ein Teil davon stammte aus Bundeswehrbeständen und war in Erddepots versteckt. Die WSG mit ihrem »Freundeskreis der FAP« (»Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei«) hatte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Durchführung von Anschlägen auf staatliche Einrichtungen und Bahnlinien geprobt. Ihre Rolle im Netz rechter Aktivitäten wurde dennoch herunter gespielt. In einer Antwort auf die Anfrage des damaligen Landtagsabgeordneten der Grünen, Jürgen Trittin, hieß es lediglich: »Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde gibt es Verbindungen von einzelnen der von den Durchsuchungsmaßnahmen betroffenen Personen zu rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Organisationen«.

Schüsse auf Polizei

Die militante Neonazi-Szene vor Ort ließen die Durchsuchungen kalt: Als die Polizei kaum drei Monate später in der Nähe einer Grillfeier mit knapp 60 Neonazis die Personalien von vier Vermummten feststellen wollte, wurde auf die Beamten mindestens viermal scharf geschossen. Eine weitere südniedersächsische Wehrsportgruppe machte im Südharz von sich reden, nachdem AnwohnerInnen im November 1993 in Bad Lauterberg von nächtlichen Maschinengewehrsalven berichteten. Rund 20 Personen gehörten zu der paramilitärischen Gruppe im Raum Bad Lauterberg, Herzberg, Osterode und Scharzfeld, der die Polizei im April 1994 ein Ende bereitete. Bei Hausdurchsuchungen wurden die Beamten fündig und stellten ein Maschinengewehr, ein Startrohr für eine Panzerabwehrrakete sowie weitere Waffen und Munition sicher. Auch die Verbindungen der WSG-Mitglieder aus dem Harz führten zur damaligen FAP und in die militante Skinhead-Szene in der Region, die die Wehrsportübungen im Göttinger Raum auch in den kommenden Jahren fortsetzte.

Militante FAP

Nach dem Verbot der von Michael Kühnen 1983 ins Leben gerufenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« mit bundesweit bis zu 400 Mitgliedern wechselten ihre Kader in die damals auf den Stuttgarter Raum beschränkte Kleinstpartei FAP. Schon bald wurde aus ihr die bedeutendste Neonazi-Partei der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch in Südniedersachsen wuchs die Partei ab Mitte der 1980er Jahre zur stärksten Kraft im extrem rechten Spektrum heran. Maßgeblichen Anteil daran hatte der gebürtige Österreicher Karl Polacek, der nach seinem Ausstieg aus der NPD 1985 einen Göttinger »Kreisverband der FAP« mit Sitz in seinem Haus in Mackenrode bei Göttingen gründete. Das Anwesen wurde schnell bundesweit als FAP-Zentrum bekannt. Neben internen Kadertreffen und »Kameradschaftsabenden« hatten hier auch Wehrsportübungen ihren Ausgangspunkt. Zu Polaceks Zielgruppe gehörten besonders zahlreiche Nazi-Skinheads, die zum Teil in seinem Haus wohnten. Mit ihnen trainierte Polacek den Umgang mit Streitäxten, Sensen und scharfen Waffen. Dass er selbst keine Hemmungen hatte, Waffen einzusetzen, bewies er, als er in Mackenrode eine vermeintliche Antifaschistin





mit einer Axt angriff. Nur durch Glück kam die Frau mit einer leichten Kopfverletzung davon. Während in Göttingen Ende der 1980er Jahre gewalttätige Übergriffe von Neonazis fast Alltag waren, strebten Polaceks Anhänger eine neue Eskalationsstufe an. Der erste Anhaltspunkt dafür war der Tod des Neonazis Ingo Kretschmann im Januar 1987, der in seiner Göttinger Wohnung eine Bombe baute, die vorzeitig explodierte. Die Polizei fand in seiner Wohnung Waffen und hochexplosiven Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen sowie Mitgliedsausweise der NPD und der »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Außerdem war Kretschmann Mitglied einer Wehrsportgruppe in einem Göttinger Vorort und hatte vor seinem Tod längere Zeit im FAP-Zentrum in Mackenrode gewohnt. Die Kriminalpolizei ging davon aus, dass »der Mann allein arbeitet«.

Brandanschläge

Knapp zehn Tage nach der Explosion teilte das Innenministerium »die Sorge nicht, dass der Rechtsextremismus in Göttingen im Aufwind« sei, es seien »keine Straftaten rechtsradikaler Gruppen in Göttingen bekannt«. In der Nacht nach der Beerdigung Kretschmanns wurden Brandanschläge auf ein überwiegend von türkischen Jugendlichen genutztes Jugendzentrum, das Gebäude der Studierendenvertretung und das Frauenzentrum verübt. Das Jugendzentrum brannte fast vollständig nieder. Im Vorfeld hatten Neonazis öfter türkische Jugendliche aus dem Zentrum angegriffen und ihnen gedroht, dass sie »die Bude wegmachen« wollten. Neben Schüssen auf vermeintliche politische GegnerInnen häuften sich in dieser Zeit Brandanschläge auf Wohnungen und auf den Neonazis verhasste Einrichtungen. In einem Fall attackierten bis zu 50 Neonazis mit Brandsätzen zeitgleich drei Wohnhäuser, in denen sie aktive AntifaschistInnen vermuteten. Einen Anschlag verübten drei Nazi-Skinheads auf ihre ehemalige Wohnung, um sie später der linken Szene anzuhängen. Sie legten den Brand zu einem Zeitpunkt, als sich in der im Haus befindlichen Diskothek und in einer Gaststätte knapp 200 Personen befanden. In einem anderen Fall griffen sieben Skinheads im Landgericht BesucherInnen mit Tränengas, Signalmunition und Stahlruten an. Der jahrelange Straßenterror der FAP-Mitglieder und ihrer AnhängerInnen eskalierte schließlich in der Silvesternacht 1990/'91. Während Skinheads in dieser Nacht insgesamt vier Personen gezielt angriffen und teils lebensgefährlich verletzten, wurde ein 21-jähriger Bundeswehrsoldat in einem Göttinger Vorort zusammengeschlagen und mit über zehn Messerstichen getötet. Die zwei 17-jährigen Täter gehörten der Szene der FAP an, einer wohnte bei Polacek.

Söldnermilieu

Nach dem Mord bröckelte die Neonazi-Szene in Südniedersachsen und die offen verübte Gewalt nahm ab. 1995 folgte das Verbot der FAP. Ein Großteil ihrer AnhängerInnen organisierte sich anschließend bei den JN und den entstehenden »Kameradschaften«. Andere lernten den Umgang mit Waffen im Ausland. Allein aus Südniedersachsen verdingten sich Mitte der 1990er Jahre etwa 25 Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen FAP als Söldner in Kroatien oder waren in Südafrika. Offenbar dienten die Kontakte ins Söldnermilieu auch als Nachschubweg für Waffenlieferungen, wie das Beispiel des langjährigen Freundes von Thorsten Heise, Michael Homeister, zeigt. Bei seinem »Fronturlaub« aus Kroatien wurde er an der deutschen Grenze mit falschen Papieren und Waffen im Kofferraum erwischt. Homeister galt später als Kopf der »Kameradschaft Celle – Hannover 77«, in der auch Holger G. agierte, der wegen Unterstützung des »Nationalsozialistischen Untergrund« festgenommen wurde und mittlerweile wieder auf freiem Fuß ist.

Gefahr von Anschlägen

Nicht nur in der »parteifernen Szene« ist Militanz ein Grundpfeiler der extrem rechten Ideologie. Auch in der NPD Göttingen ist die Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele gewachsen. Im November 1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt die Wohnungen von drei Göttinger NPD-Funktionären und einem ehemaligen FAP-Mitglied wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Die ErmittlerInnen stellten 90 Schuss scharfe Munition sowie Materialien und Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sicher. Die Behörden attestierten den vier Männern gute Kontakte zum Anführer der »Kameradschaft Northeim« Heise, dem enge Kontakte zu »Combat 18« nachgesagt wurden, dem bewaffneten Arm des Neonazi-Netzwerks »Blood and Honour«. Zwei Neonazis aus Heises Umfeld hatten im November 1999 zudem an einem Treffen des Netzwerks in Norwegen teilgenommen, auf dem internationale Anti-Antifa-Aktionen und der damit verbundene Terror koordiniert wurden. Vier Wochen später warnte die Göttinger Polizei AntifaschistInnen in Göttingen vor Briefbomben: »Es besteht die reale Gefahr, dass Angehörige der rechtsextremen Szene gegen Autonome oder auch ordentliche Linke aus Göttingen Sprengstoffanschläge verüben könnten«, hieß es seitens des LKA. Auf Heises Anwesen im nahen thüringischen Fretterode stießen Polizeibeamte 2007 unter anderem auf ein zerlegtes Maschinengewehr und eine Maschinenpistole. Im selben Jahr schoss ein Neonazi im Harz mit einer Pumpgun in die Decke seines Zimmers. Die anschließende Durchsuchung förderte zwei Karabiner, drei Pistolen und zwei Revolver zutage. Knapp zwei Jahre später gehörte sein Wohnsitz zu den rund 30 Wohnungen von südniedersächsischen Neonazis, die von der Polizei im Januar 2009 durchsucht wurden. Dabei machten die Beamten den bislang größten Waffenfund in Niedersachsen und stellten vor allem im Landkreis Osterode Gewehre, Faustfeuerwaffen und Munition, eine Handgranate und Teile einer Flugabwehrkanone sicher.

»Musik ist unsere Waffe«

Bremen präsentiert sich gerne weltoffen und tolerant. Doch die Hansestadt ist eine der Hochburgen im Norden, wenn es um den Hassgesang von Neonazis geht. Im Schatten der deutschlandweit bekannten RechtsRock-Bands »Endstufe« und »Kategorie C« sind zuletzt zwei neue Musikgruppen an der Weser aufgetaucht: »Bunker 16« und »Strafmass«.

von Otto Belina

»Ja, nun sind wir wieder da, mit neuen Liedern gegen das System! Ja, wir sind Strafmass, Musik ist unsere Waffe!«, heißt es auf dem neuen Album »Erhebe deine Faust« der neonazistischen Skinhead-Band »Strafmass«. Während das Lied durch ein Zitat von Mao Zedong eingeleitet wird, zeigt das Cover dem Niveau der Szene entsprechend deutsche Kindersoldaten des Zweiten Weltkriegs vor einer schwarz-weiß-roten Fahne. Passend glorifiziert die Band in der Ballade »Opa« den Kampf des Großvaters während dieses Krieges als Pionier in Russland. Mit den Worten: »Fliege mit dem Wind auf nach Walhall, auf ins Reich der Helden und grossen Krieger« wird dessen Tod betrauert. Im Lied »Tag der Arbeit« über den 1. Mai heißt es: »Auf, auf Kameraden, kommt und reiht euch ein, nationaler Widerstand hört man es aus allen Kehlen schrein!« Die rassistische Ausrichtung der Gruppe wird im Lied »Erhebe deine Faust« deutlich: »Einwanderungsstopp in jedem Ort, […] Deutschland wach endlich auf, Deutschland erhebe deine Faust, Deutschland schlage endlich zurück.« Wessen Geistes Kind die Bandmitglieder sind, offenbaren sie auch einige Liedzeilen weiter: »Alte Grenzen müssen wieder her, […] wir wollen wieder ein Deutschland, wie es einmal war, voller Stolz und voller Trotz.«

Unterstützung für ihren rechten Hassgesang bekommt die Band von der so genannten »Strafmass-Crew«. Auf deren T-Shirt sind neben dem Schriftzug »Strafmass... mehr als nur Musik« ein deutscher Soldat mit gezückter Pistole sowie »C18« abgebildet. C18 ist die Abkürzung für »Combat 18« – den bewaffneten Arm des Neonazinetzwerks »Blood and Honour« (B&H). Im August 2009 war die Band für ein B&H-Konzert in den Niederlanden angekündigt. Auf der Konzerteinladung der in Deutschland verbotenen Organisation hieß es, die Einnahmen sollten »zurück in die Bewegung fließen«.

Auch der Sänger der Band, Dennis Zadow aus dem Bremer Stadtteil Blumenthal, ist in der rechten Szene kein Unbekannter: Er hatte 2008 zusammen mit bewaffneten Kameraden der »Freien Nationalisten Bremen« versucht, sich einer Antifa-Demo in Bremen zu nähern, wurde daraufhin aber von der Polizei festgesetzt. 2011 nahm er an einem NPD-Marsch durch die Bremer Neustadt teil.

»unbändiger Hass«

Ebenfalls für »Blood and Honour« spielte bereits die Bremer Skinhead-Band »Bunker 16«. Die Musikgruppe war im Dezember 2011 für ein B&H-Konzert in Ungarn angekündigt. Bereits im November 2011 spielte die Band unter anderem mit »Die Lunikoff-Verschwörung« auf dem Gelände der Gaststätte »Zur deutschen Eiche« in Rothenburg/Oberlausitz. Anlass war ein Solidaritätskonzert unter dem Motto »Freiheit für Erich Priebke«. Die Internetseite der Kampagne für den NS-Kriegsverbrecher Priebke ist registriert auf den Bremer Neonazi Henrik Ostendorf. Im Mai 2011 spielte »Bunker 16« vor rund 150 Neonazis im Süden von Bremen, in Groß Mackenstedt. Dort feierte »Endstufe«, die wohl älteste noch aktive RechtsRock-Band Deutschlands, ihr 30-jähriges Jubiläum. Im selben Monat erschien das erste Album »Alles oder nichts« bei »Front Records«. Auf der CD werden in dem Lied »Wehrmachtssoldat« die Streitkräfte der Nationalsozialisten wie folgt verherrlicht: »Gekämpft hast du für Volk und Familie und starbst als großer Held. […] Der Tag der Rache, er kommt und der Wind, der wendet sich. Dein alter Geist wird erwachen und auch der letzte wirds dann sehen.« Im Song »Wach endlich auf« hetzt die Gruppe offen rassistisch: »die ganzen Asylanten sie gehen nie wieder weg. Deutschland wach endlich auf. Setz dich zur Wehr […] Ja wir müssen kämpfen für unsere Freiheit. […] Noch mehr Ausländer werden eingeflogen […] Ich frage mich wann die Bombe, wann sie endlich explodiert […] Ein unbändiger Hass, er treibt uns voran!« Im Booklet der CD ist dieser Liedtext mit einem Bild von Flüchtlingen hinter einem Drahtzaun abgebildet.

Alle Bandmitglieder von »Bunker 16« stammen aus dem Süden Bremens und sind seit Jahren in der rechten Szene aktiv: Sänger und Gitarrist Mike Meinert spielte bereits bei den Bands »Weserstolz« und »Endlöser«. Gitarrist Danny Hellwig war 2004 an einem Überfall von Neonazis auf eine Gewerkschaftsveranstaltung in Verden beteiligt. Der Schlagzeuger der Band, Carsten Löhmann, ist seit Anfang der 1990er Jahre in Bremens RechtsRock-Szene aktiv. Er war an verschiedenen Musikprojekten, unter anderem »Endstufe«, beteiligt und betreibt ein Baugeschäft. Der Bassist der Band, Tom Möller, wird der so genannten »Endstufe-Crew« Niedersachsen zugerechnet.

Braunes Bremen

»Bunker 16« und »Strafmass« gibt es seit rund drei Jahren. Die rechte Musik-Szene in Bremen ist gefestigt und gilt als eine der ältesten in der Bundesrepublik: Die Skinhead-Band »Endstufe« gibt es bereits seit 31 Jahren. »Endlöser« existiert nach eigenen Angaben seit 18 Jahren. »Kategorie C« bedient deutschlandweit den Musikgeschmack von vermeintlich unpolitischen Fußball-Hooligans. Die Band rühmt sich damit, schon seit 15 Jahren auf der Bühne ihre gewaltverherrlichenden Songs zu spielen. Zudem gibt es im Bundesland, neben der Berliner Sektion, das älteste Chapter der elitären »Hammerskin-Nation«. Um die Bremer Hammerskin-Band »Hetzjagd« ist es jedoch ruhig geworden. Zuletzt erschien eines ihrer Lieder auf dem Sampler »Jamel scheißt auf den Förster – Soli Sampler« für den inhaftierten Neonazi Sven Krüger. Auf dessen Konzerten waren Bremer Hammerskins gern gesehene Gäste.

Aussteiger Molau?

Andreas Molau war fast dreißig Jahre in verschiedenen Strukturen der extremen Rechten tätig. Ende Juli 2012 ging der Niedersachse an die Öffentlichkeit und verkündete seinen Ausstieg aus der Szene. Mit Hilfe des niedersächsischen »Landesamts für Verfassungsschutz«.

von Alexander Hacker

Seit Mitte der 1980er Jahre war Andreas Molau in der extremen Rechten unterwegs. Über ein Flugblatt der »Jungen Nationaldemokraten« fand er den Weg in die Szene. Schnell konnte er Fuß fassen und tauchte nur wenige Jahre später als Autor neurechter Zeitschriften auf. Als er 1988 sein Studium begann, versuchte Molau, einen Ableger des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« in Göttingen aufzubauen und wurde Mitglied der »Deutschen Hochschulgilde Trutzburg-Jena zu Göttingen«. Ein Jahr später folgte die Mitarbeit bei der »neu rechten« Zeitung »Junge Freiheit« (JF). Wenige Jahre darauf wurde Molau Redakteur des Blattes. Nachdem er einen Text in die Zeitung holte, in dem die Leugnung des Holocausts angedeutet wurde, musste er die JF verlassen.

In den folgenden Jahren agierte der studierte Lehrer als Autor und Herausgeber extrem rechter Publikationen, um ab 1996 mit einer Anstellung an einer Waldorfschule in Braunschweig aus der Öffentlichkeit abzutauchen. Unter Pseudonymen publizierte er weiter. Immer in der Furcht, an der Schule enttarnt zu werden, nutzte Molau 2004 die Gelegenheit, ging als parlamentarischer Berater zur NPD-Landtagsfraktion in Sachsen und wurde stellvertretender Chefredakteur des NPD-Blattes »Deutsche Stimme«. Dem Nachrichtenblatt »Focus« sagte Molau nun, seine Arbeit für die Zeitung sei mit Geldern der Fraktion finanziert worden. Ein schneller Aufstieg in der Partei machte ihn glauben, er hätte Chancen auf den Parteivorsitz. 2008 kandidierte er mit Unterstützung der Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktionen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, Udo Pastörs und Holger Apfel, gegen den Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Aufgrund einer antisemitisch geprägten innerparteilichen Kampagne gegen ihn, zog sich Molau aus der NPD zurück und arbeitete ab März 2009 als Pressesprecher für die DVU. Gleichzeitig ereilte ihn aufgrund seiner neuen Bekanntheit 2009 der Rauswurf aus der »Deutschen Gildenschaft«. Doch sein Zwischenstopp bei der DVU war nach dem Zusammenbruch der Partei schnell beendet. Da es nun nur noch wenige Möglichkeiten des Weiterziehens gab, landete er im Mai 2010 bei »Pro NRW«.

Der Ausstieg

Hatte Mohlau noch in der Sommerdoppelausgabe der österreichischen extrem rechten Zeitung »Die Aula. Das freiheitliche Monatsmagazin – unabhängig & unangepaßt« einen Artikel zur Euro-Krise veröffentlicht, verkündete er Ende Juli 2012 nun seinen Ausstieg. In den Medien wurde er zum rechten »Vordenker« stilisiert, was eine Überschätzung seines Einflusses ist. Er entschloss sich, seinen Ausstieg über den Niedersächsischen Verfassungsschutz zu vollziehen. Dieser Entscheidung liegt sicherlich auch die Kalkulation zugrunde, dass dieser Schritt den Weg zurück in die Szene versperre und den Ausstieg glaubwürdiger mache. Den Anstoß zum Umdenken hätte die Aschermittwochsrede von Pastörs 2009 gegeben – ein Erlebnis also, das einige Jahre zurückliegt. Gegenüber »Publikative.org« sagte Molau, er habe erkannt, dass seine Ideologie im Kern nicht richtig gewesen sei und formuliert seinen ideologischen Wandel so: »Nehmen wir die zentralen rechten Themen Kultur, Nationen und Völker – da hatte ich den Fokus darauf gelegt, es seien geschlossene Systeme. Ich habe nicht gemerkt, dass diese Systeme aber immer auch offen sind.« Ob sein Abschied aus der extremen Rechten auch eine ideologische Abkehr bedeutet, muss sich erst zeigen. Problematisch ist indes, dass er mit dem Ausstieg auch seine berufliche Rückkehr als Lehrer erklärte.



^ Molau 2009 in der NPD-Führungsriege

Reaktionen der Szene

Die Reaktionen der extremen Rechten auf Molaus Ausstieg sind sehr verschieden, haben aber eins gemeinsam: Die Kalkulation, dass der Verfassungsschutzkontakt eine Rückkehrhürde ist, geht auf. Noch am Abend der Bekanntgabe des Ausstiegs veröffentlichte »Pro NRW« die unglaubwürdige Meldung, dass Molau bereits zwei Monate zuvor vom Parteichef Markus Beisicht um den Rücktritt von seinen Ämtern gebeten wurde. Dies kann wohl nur als Schadensbegrenzung bezeichnet werden. Die Reaktionen auf dem Neonazi-Portal »Altermedia« unterscheiden sich kaum von denen zur Kandidatur Molaus um den NPD-Parteivorsitz. In antisemitischer Weise wird über den »Verräter Molau« diskutiert.

Interessanter waren die Reaktionen der »Neuen Rechten«. Auf der Website der »Sezession« widmete Ellen Kositza dem Ausstieg einen ausführlichen Beitrag. Noch vor einigen Monaten habe Molau angeboten, in der »Sezession« – »gern unter Pseudonym« – zu schreiben. Man habe abgelehnt, da man Molau für einen »Fetzenschädel« halte und er ein »inkonsistenter Typ« sei. Am Ende diente der Artikel auch zum Begleichen alter Rechnungen. So hatte Molau 2008 ein Exemplar seines Romans »Die Entdeckungen des Alexander Kern« an den Verleger der »Sezession« Götz Kubitschek geschickt und dies – sicher auch in der Hochphase seiner Karriere – mit den Worten »Und der Angeklagte war bald wieder Kläger…« signiert. Eine Anspielung auf Kubitscheks Rolle beim Ausschluss Molaus aus der JF? »Er kann rasch wieder durch die Medien tingeln, geläutert und erfolgreich.«, heißt es zum Ende des Artikels, der Molau härter treffen dürfte als die Reaktionen anderer Weggefährten.

Auch der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer äußerte sich. Er schrieb, »Molau könnte sich wohl für jede beliebige Position ein Argumentationsgerüst ausdenken und dies dann vertreten«. Im Gegensatz zu Schimmer versuchte die sächsische NPD-Fraktion lediglich, den Bericht des »Focus« zurückzuweisen, in dem das Abzweigen von Fraktionsgeldern angeprangert wurde. Als »Molaus Märchenstunde« betitelte der Pressesprecher der Fraktion Thorsten Thomsen die Einlassungen des ehemaligen Mitarbeiters.

Geschichtsrevisionismus mit Kontinuität

Seit fast sechzig Jahren stehen die Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« und der herausgebende »Grabert Verlag« für die Veröffentlichung geschichtsrevisionistischer Thesen und rechter Ideologiefragmente. Beide sind eine feste publizistische Größe der extremen Rechten in Deutschland.

von Patrick Schwarz

Der sächsische Landtagsabgeordnete der NPD, Andreas Storr, schreibt für die alle drei Monate erscheinende »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« (DGG) genauso wie der extrem rechte Publizist Claus Nordbruch oder Albrecht Jebens, seines Zeichens ehemaliger Geschäftsführer des »Studienzentrum Weikersheim« und früheres CDU-Mitglied. In der Zeitschrift veröffentlichen eine Vielzahl von PublizistInnen und FunktionärInnen der extremen Rechten ihre Standpunkte zu verschiedensten historischen und zeitgenössischen Themen. Mit diesem weitgefächerten Spektrum von Inhalten und AutorInnen ist das Heft eine der wichtigsten Zeitschriften der extremen Rechten.

Vierteljährlich erscheint die DGG mit dem charakteristischen Untertitel »Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik« im »Grabert Verlag«. Dieser ist, zusammen mit seinem Tochterunternehmen »Hohenrain Verlag«, einer der größten rechten Verlage in Deutschland. Der Tübinger Verleger Wigbert Grabert übernahm die 1953 gegründete Zeitschrift und den herausgebenden Verlag von seinem 1978 verstorbenen Vater Herbert Grabert. Dieser steht mit seiner Biographie und seinen Aktivitäten unter anderem für ein Stück Kontinuität der extremen Rechten in der deutschen Nachkriegsgeschichte und gemeinsam mit seinem Sohn für die kontinuierliche Thematisierung geschichtsrevisionistischer Thesen wie die »Kriegsschuldfrage« oder Holocaustleugnung. Aber auch die klassischen Politikfelder der extremen Rechten wie Rassismus und Antisemitismus gepaart mit rechter Kapitalismuskritik und Verschwörungstheorien sind im Heft und im Verlagsprogramm zu finden.

Verbandszeitschrift und Stichwortgeber

»Deutschland in Geschichte und Gegenwart« ist weder ein reines Strategieblatt, noch werden ausschließlich geschichtsrevisionistische Thesen in pseudowissenschaftlichen Beiträgen, wie bei der Zeitschrift »Historische Tatsachen« des Geschichtsrevisionisten Udo Walendy, abgedruckt. Vielmehr wird versucht, den LeserInnen historische Artikel und aktuelle Analysen in einem politischen Zusammenhang und scheinbar wissenschaftlich fundiert zu präsentieren, gepaart mit umfangreicher Werbung für Produkte aus dem eigenen oder politisch ähnlichen Verlagen. Wigbert Grabert beruft sich bei der Herausgabe auf eine »Zusammenarbeit mit zahlreichen Fachgelehrten des In- und Auslands und mit dem Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte«. Außerdem betont er seine Auffassung, dass er »im Rahmen der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 des Grundgesetzes) ein Forum für ein breites Meinungsspektrum zur Verfügung stellen sollte«.

Auch wenn einige Beiträge ohne offensichtlich rechte Intention formuliert sind oder historische Themen ohne direkten Bezug zur Weimarer Republik oder dem Nationalsozialismus behandelt werden, versucht die DGG doch ihren LeserInnen rechte Werte und Inhalte zu vermitteln beziehungsweise diese in ihren Ansichten zu bestärken. Direkter dagegen sind die Positionen der ehemaligen NPD-Ideologen Michael Nier oder Jürgen Schwab, wenn diese über wirtschaftspolitische Themen unter der Überschrift »Systemkrise« oder »Ursachen und Wirkungen der Überfremdung«, schreiben. Oder wenn die Verschärfung des Paragrafen 130 StGB gegen »Volksverhetzung« scharf kritisiert wird.

Zu den eher bekannten AutorInnen der letzten Jahre gehören zum Beispiel der regelmäßig für die »Junge Freiheit« (JF) schreibende Autor, Michael Paulwitz, der Multifunktionär Rolf Kosiek und die Publizistin Angelika Willig. Auch der Vordenker der neuen Rechten, Alain de Benoist, ist der Zeitschrift DGG über die Jahre in einer intensiven Zusammenarbeit treu geblieben.

Eine nicht unwesentliche Rolle nimmt der langjährige NPD-Funktionär und Publizist Karl Richter durch seine Funktion als Chefredakteur der Zeitschrift ein, der wohl auch für eine thematische Öffnung des Heftes fernab klassisch geschichtsrevisionistischer Themen steht und diese absichert. Über seine Rolle als Chefredakteur der DGG hinaus, ist Richter auch für weitere Aufgaben im Grabert-Verlag zuständig, zum Beispiel den verlagseigenen »Euro-Kurier«, der als Mitteilungsblatt an Interessierte mit umfangreicher Verlagswerbung und politischer Kommentierung adressiert ist.

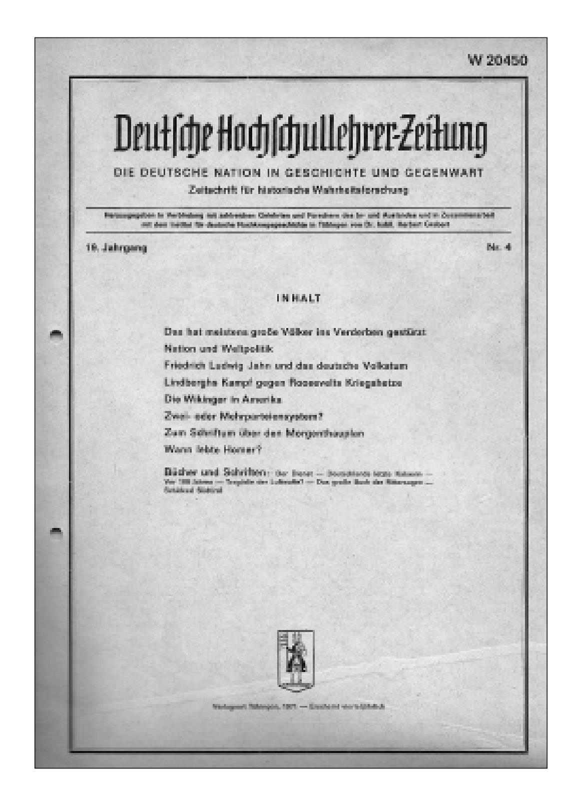
Im Kampf gegen die Entrechtung

Die Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« ist nicht nur eng mit Wigbert Grabert verbunden, sondern auch mit seinem Vater Herbert. Während des Nationalsozialismus war dieser als völkischer Religionswissenschaftler – neben seiner Tätigkeit als Dozent an der Universität Würzburg – unter anderem für den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, aktiv.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er im Rahmen der »Entnazifizierung« aus dem Staatsdienst entlassen und unter anderem mit einem Lehrverbot belegt. Vor diesem Hintergrund erklären sich die zahlreichen Aktivitäten von Herbert Grabert in dem 1950 von ihm gegründeten »Verband der nichtamtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer«. Im Rahmen dieser Lobbyarbeit für aus dem Staatsdienst entlassene HochschullehrerInnen brachte er ab 1953 den Rundbrief des Verbandes, das »Mitteilungsblatt für den 131er-Hochschullehrer im Auftrag des Verbandes der nichtamtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer und der Forschungshilfe e. V.«, heraus. In diesem überschaubaren Rundbrief liegen die Anfänge des extrem rechten Mediums »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«.

Ungeachtet der Tatsache, dass in den folgenden Jahren zunehmend ehemalige StaatsdienerInnen wieder ins Berufsleben integriert wurden, führten Herbert Grabert und der Verein ihre politische Arbeit weiter fort. Die gesellschaftliche Bedeutung des Vereins schwand jedoch in den folgenden Jahren zusehends. Grabert blieb eine Wiedereinstellung aufgrund seiner wissenschaftlichen beziehungsweise politischen Tätigkeiten während des Nationalsozialismus verwehrt.

Er wandte sich in seiner publizistischen Tätigkeit zunehmend geschichtsrevisionistischen Themen zu beziehungsweise veröffentlichte diese in seinem Verlag. Aufgrund dieser neuen inhaltlichen Schwerpunktsetzung erfolgte 1955 die Umbenennung der Zeitschrift in »Deutsche Hochschullehrer-Zeitung«. Zeitweilig versehen mit dem Untertitel »Die Deutsche Nation in Geschichte und Gegenwart. Zeitschrift für historische Wahrheitsforschung« stand das Heft ganz im Zeichen des Geschichtsrevisionismus. Herausgegeben wurde sie vom »Verlag der deutschen Hochschullehrer-Zeitung« der schließlich 1974 nach dem Kopf von Zeitung und Verlag, Herbert Grabert, benannt wurde.



W 20450

Deutsche Hochschullehrer-Zeitung

DIE DEUTSCHE NATION IN GESCHICHTE UND GEGENWART

Zeitschrift für historische Wahrheitsforschung

19. Jahrgang Nr. 4

INHALT

Das hat meistens große Völker ins Verderben gestürzt

Nation und Weltpolitik

Friedrich Ludwig Jahn und das deutsche Volkstum

Lindberghs Kampf gegen Roosevelts Kriegshetze

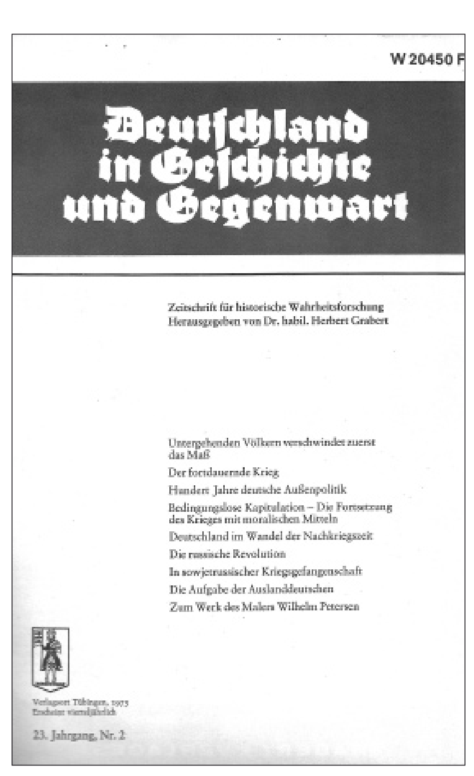
Die Wikinger in Amerika

Zwei- oder Mehrparteiensystem?

Zum Schrifttum über den Morgenthauplan

Wann lebte Homer?

Bücher und Schriften



W 20450 F

Deutschland in Geschichte und Gegenwart

Zeitschrift für historische Wahrheitsforschung
Herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert

Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß

Der fortdauernde Krieg

Hundert Jahre deutsche Außenpolitik

Bedingungslose Kapitulation – Die Fortsetzung des Krieges mit moralischen Mitteln

Deutschland im Wandel der Nachkriegszeit

Die russische Revolution

In sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft

Die Aufgabe der Auslanddeutschen

Zum Werk des Malers Wilhelm Petersen

Verlagsort Tübingen, 1975
Erscheint vierteljährlich

23. Jahrgang, Nr. 2



Deutschland in Geschichte und Gegenwart

58. Jahrgang Nr. 2
Verlagsort Tübingen

Juni 2010

Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik

^ *Veränderung von Titel und Aufmachung des Blattes über die Jahrzehnte*

Den jetzigen Namen »Deutschland in Geschichte und Gegenwart. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik« bekam die Zeitschrift bereits im Jahre 1972.

»Grabert Verlag«

Der herausgebende Verlag entwickelte sich parallel zur Herausgabe der Zeitschrift DGG und ihrer Vorgängerinnen zu einem der größten Verlage der extremen Rechten in Deutschland. Gemeinsam mit dem Tochterunternehmen »Hohenrain Verlag« veröffentlichte der »Grabert Verlag« eine Vielzahl von Büchern, deren thematischer Schwerpunkt vor allem auf historischen Gegebenheiten und Analysen aktueller Themen liegt. Zu den Geschichtsbetrachtungen gehören pseudowissenschaftliche Darstellungen zur Ur- und Frühgeschichte sowie zur Zeitgeschichte. Diese münden nicht selten in geschichtsrevisionistischen Thesen zum Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg. Die Auseinandersetzung mit aktuellen Aspekten dreht sich um Themen wie Islam und Zuwanderung in Deutschland oder (Verschwörungs-)Theorien zum 11. September 2001. Unter den AutorInnen des Verlags befindet sich auch der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer mit seinem Buch »Deutschland muss deutsch bleiben«, in dem sich der Autor »gegen die Vertreter einer multiethnischen Gesellschaft« wendet und »das Recht der Deutschen auf ihr angestammtes Siedlungsgebiet« betont.

Immer wieder gelang es dem »Grabert Verlag« in den vergangenen Jahrzehnten mit seinen Veröffentlichungen thematische Akzente zu setzen. Beispielsweise war der Verlag der erste, der Veröffentlichungen des Franzosen Alain de Benoist in Deutschland publizierte. So wurden nicht nur die Werke des Vordenkers der französischen »Nouvelle Droite« populärer, es gelang damit, der »Neuen Rechten« neue Impulse zu geben. Das lag vor allem an den Aktivitäten von Wigbert Grabert beim »neu rechten« »Thule-Seminar« um Pierre Krebs, dessen Veröffentlichungen auch zeitweise im »Grabert Verlag« erschienen.

Der Verlag erlangte daneben vor allem wegen seiner Tradition bei der Veröffentlichung geschichtsrevisionistischer Werke zunehmend Bedeutung. Herbert Grabert gründet dafür 1958 das »Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte« welches er als Gegenstück zum »Institut für Zeitgeschichte« in München verstanden haben wollte. Dazu stellte Grabert fest, »geht das Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte im Sinne Rankes darauf aus, unter Heranziehung auch der entlastenden Materialien zu ermitteln, wie es eigentlich gewesen ist.« Die bekannteste Veröffentlichung des Instituts ist die erste aus dem Jahr 1961 namens »Der erzwungene Krieg« von David L. Hoggan. Sie löste eine Debatte über die »Kriegsschuldfrage« bis hinein in akademische Kreise aus. Das in revisionistischen Kreisen als Standardwerk zum Thema geltende Buch wird neben weiteren Arbeiten des amerikanischen Historikers Hoggan immer noch vom Grabert-Verlag neu aufgelegt und vertrieben. Eine weitere für den Verlag und auch die DGG charakteristische Veröffentlichung ist das Buch »Der Auschwitz-Mythos« von Wilhelm Stäglich, das neben anderen von einem Verbot betroffen ist. Wigbert Grabert musste sich auch schon wegen Volksverhetzung gerichtlich verantworten.

Fazit

Auch wenn die geschätzte Auflage wohl nur bei einigen Tausend Exemplaren alle drei Monate liegt, ist die ideologische Bedeutung der Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« aus dem »Grabert Verlag« nicht zu unterschätzen. Sie kann als derzeit wichtigstes Periodikum von GeschichtsrevisionistInnen und IdeengeberInnen der extremen Rechten fernab der NPD angesehen werden. Nicht nur die enge Verzahnung der DGG mit anderen relevanten Organisationen wie der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP), sondern auch das breite Spektrum der AutorInnen und Themen der DGG verdeutlichen die zentrale Rolle der Zeitschrift und des Verlages im Organisations- und Ideengeflecht der extremen Rechten. Entgegen der früheren Fokussierung auf das Thema Geschichtsrevisionismus hat sich der Herausgeber Wigbert Grabert zunehmend auch anderen Themen wie »Globalisierung« oder »Kapitalismuskritik« geöffnet und damit nicht zuletzt auch das wirtschaftliche Überleben der Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« gesichert.

Rassistischer Brandanschlag

Im Bremer Stadtteil Woltmershausen wurde am 28. Juni 2012 ein Brandanschlag auf das Haus einer türkischstämmigen Familie verübt. Der Sohn der Familie war zuvor von Nachbarn, die wenige Häuser entfernt feierten, mit »Ausländer raus!« sowie »Sieg Heil«-Rufen beschimpft worden. Die Täter waren mit Knüppeln bewaffnet, zündeten ein in brennbarer Flüssigkeit getränktes T-Shirt vor der hölzernen Haustür an und schlugen die Glasscheibe der Tür ein. Vor Ort nahm die Polizei drei alkoholisierte Männer sowie eine Frau als Tatverdächtige vorläufig fest. Noch am selben Morgen wurden sie wieder freigelassen. Die Bremer Beamten gerieten in den darauf folgenden Tagen in die Kritik, da die Öffentlichkeit vom Vorfall erst informiert wurde, nachdem der Anwalt der Familie sich an die Presse gewandt hatte. Für Proteste sorgte zudem, dass die Behörde der Familie keinen Schutz anbot, sondern stattdessen dieser riet, einen Wassereimer zum Löschen weiterer Anschläge bereitzustellen.

»Deutsche Stimme Pressefest« 2012

Am 11. August 2012 fand in Viereck bei Pasewalk das »Pressefest« der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« statt. Als Redner waren Holger Apfel, Udo Pastörs, Wolfram Nahrath, Sigrid Schüßler, Ralph Tegethoff sowie Andy Knape angekündigt. Für die musikalische Unterhaltung der Neonazis sollten »Die Lunikoffverschwörung«, »Sachsonia«, »Faust«, »Wiege des Schicksals«, Frank Rennicke, Jörg Hähnel und Ken McLellan sorgen. Auch das Chemnitzer Label »PC Records«, das zuletzt im Zusammenhang mit den NSU-Ermittlungen in die Schlagzeilen geraten war, sollte mit einem Stand vertreten sein. Das Fest scheint in der Szene an Bedeutung zu verlieren. Nur rund 1.000 KameradInnen besuchten die Veranstaltung in diesem Jahr. Erstmals formierte sich in der Region Protest gegen eine Versammlung der Neonazis: 2.000 Menschen protestierten am Straßenrand von Pasewalk bis Viereck unter dem Motto »Kein Ort für Nazis« mit einer Menschenkette gegen das »Pressefest«.

»Kategorie C« auf Tour

Am 11. August 2012 hat in Nienhagen bei Halberstadt erneut die Rechts-Rock-Band »Kategorie C« (KC) gespielt. Als Vorbands waren »Sacha Korn« sowie »Hausverbot« angekündigt. Die Polizei löste das Konzert mit rund 430 BesucherInnen jedoch frühzeitig auf. Der zuvor für den 4. August im Raum Zweibrücken geplante Auftritt wurde nach einer Verbotsverfügung erfolgreich nach Volmunster in Frankreich verlegt. KC, die sich gerne unpolitisch geben, waren zuvor in Kugnäss in Schweden beim »Kuggnäs-Festival« aufgetreten. Dort feierte vom 27. bis 28. Juli 2012 die »erfolgreichste RechtsRock-Band Schwedens«, »Ultima Thule«, ihr 30-jähriges Bestehen. Und davor, vom 10. bis 11. Juli, waren KC Teil des Musik-Programms beim extrem rechten »Boreal Festival« in Ungarn. Dort wollte man den BesucherInnen den »Nationalen Widerstand Ungarns« näher bringen. Im Dezember will die Band dann im Rahmen ihrer »15 Jahre Tour« im Ruhrgebiet auftreten.

Apfel allein zu Haus

Jasmin Apfel ist aus der NPD sowie dem »Ring Nationaler Frauen« (RNF) ausgetreten. Grund hierfür war offenbar die Trennung von ihrem Ehemann Holger Apfel, dem derzeitigen NPD-Bundesvorsitzenden. Wie dieser bekannt gab, trat sie aus der Partei aus, »um leichter einen Neuanfang realisieren zu können«. Die 28-jährige Mutter von drei Kindern sei zudem aus dem gemeinsamen Haus ausgezogen. Jasmin Apfel war im Jahr 2006 Gründungsmitglied des RNF und gehörte dessen Bundesvorstand an. Laut MDR bestreitet die NPD, dass Jasmin Apfel sich »politisch umorientieren will«.

»Wieland-Versand«

Alexander Stangier, Betreiber des »Wieland-Versands«, wurde am 6. Juli 2012 zu einer Geldstrafe von 4.500,- Euro verurteilt. Er hatte über seinen Neonazi-Versandhandel verbotene und jugendgefährdende CDs vertrieben. Zum Teil bot er diese über das – mittlerweile wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung abgeschaltete – »Thiazi«-Forum an. Der 28-jährige zeigte sich vor dem Siegener Amtsgericht geständig. Er ist wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft. Das Gericht rechnete Stangier sein Geständnis, die fast zweijährige Verfahrensdauer sowie eine gute Sozialprognose positiv an. Er wird dem Umfeld der »Freien Nationalisten Siegerland« zugerechnet und kandierte bereits für die NPD.

»Marsch der Patrioten«

Am 11. August 2012 folgten rund 50 Personen dem Ruf der Kölner »Division« der »German Defence League« (GDL) zu einem »Marsch der Patrioten« durch die Kölner Innenstadt. Mit dabei waren AnhängerInnen der rechtspopulistischen Parteien »Die Freiheit«, »Pro NRW« und »Pro Deutschland«. Erheblich gestört wurde die Veranstaltung von mehr als 150 Menschen, die sich als »Marsch der Idioten« in die Versammlung »eingeschlichen« hatten.

»pro Deutschland« in Berlin

Die selbsternannte »Bürgerbewegung pro Deutschland« hat vom 18. bis 19. August 2012, dem Ende des Fastenmonats Ramadan, in Berlin Kundgebungen durchgeführt. Die Losung des »Veranstaltungswochenendes der Superlative« lautete: »Der Islam gehört nicht zu Europa – Islamisierung stoppen!«. Am Samstag fanden sich rund 70 RechtspopulistInnen zusammen, um vor muslimischen Gotteshäusern Mohammed-Karikaturen und Schilder mit durchgestrichenen Moscheen zu zeigen. Etwa 1.000 Gegendemonstrantinnen gingen in Berlin-Neukölln dagegen auf die Straße. Als Redner der »pro Bewegung« traten Markus Beisicht, Manfred Rouhs, Lars Seidensticker und Jörg Uckermann auf. Zudem sprach für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) Dr. Susanne Winter, Hilde de Lobel für »Vlaams Belang« und für die »Freiheitsfront Plus« (»Vryheidsfront Plus«) aus Südafrika Nick Zwart. Am Sonntag nahmen dann an einer »Freiheitlichen Stadtrundfahrt«, die vor linken Hausprojekten haltmachte, rund 40 RechtspopulistInnen teil.

»Nationales Zentrum« in Nürnberg?

Neonazis des »Freien Netzes Süd« (FNS) behaupten, in Nürnberg ein »Nationales Zentrum« errichtet zu haben. Die Räumlichkeiten befinden sich im Keller eines Wohn- und Bürogebäudes in der Wettersteinstraße im Nürnberger Stadtteil Langwasser. FNS-Kader Norman Kempken hat die ehemalige Kellerlokalität »Freiheit Langwasser« im Namen des neonazistischen Vereins »Bund Frankenland e. V.« angemietet. Eine Gaststättenkonzession oder Ausschankerlaubnis besteht jedoch nicht mehr. Im angeblich auf fünf Jahre angelegten Mietvertrag soll zusätzlich ein Untermietverhältnis für ein Büro des FNS-Aktivisten Sebastian Schmaus und seine Stadtratsliste »Bürgerinitiative Ausländerstopp« enthalten sein. Das Zentrum soll nach Angaben des Neonazinetzwerks für »Schulungs- und Vortragsveranstaltungen sowie für soziale Zusammenkünfte nationalgesinnter Deutscher« genutzt werden. Die Nürnberger Bauordnungsbehörde macht den Neonazis allerdings bislang einen Strich durch ihre Rechnung: Es liege keine Genehmigung für eine Nutzung als Versammlungsraum vor. In der Vergangenheit hatte die Neonazi-Szene vor Ort mehrfach mit angeblichen Zentren für Schlagzeilen in der Presse gesorgt – ein reiner »Immobilienpoker« ist nicht auszuschließen.

»Bildung einer bewaffneten Gruppe«

Am 7. Juli 2012 wurden in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Brandenburg die Wohnungen von Neonazis sowie die Räume eines Versandhandels durchsucht. Der Verdacht der Staatsanwaltschaft lautet auf »Bildung einer bewaffneten Gruppe«. Auslöser waren Waffen und Munition, die die Polizei zufällig am 22. März dieses Jahres in der Brandenburger Pension »Weißes Haus« gefunden hatte. Diese befanden sich im Zimmer des vermutlich an einem Herzinfarkt gestorbenen Jens Lange. Lange, der im jugoslawischen Bürgerkrieg als Freiwilliger für die kroatische Seite gekämpft hatte, wollte hier zusammen mit Meinolf Schönborn ein Schulungszentrum aufbauen. Pächterin war die Lebensgefährtin von Schönborn. Er selbst gehörte 1985 zu den Gründern der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« (NF). Seit Ende der 1980er Jahre betreibt er in Herzebrock-Clarholz in Nordrhein-Westfalen den neonazistischen »Z-Versand«.

Messerangriff in Hannover

Am 10. August hat die Kampagne »Nazis die Räume nehmen« einen Infostand am Opernplatz im Zentrum Hannovers durchgeführt. Der Bereich zwischen dem Opernplatz und dem Mahnmal für die im NS deportierten hannöverschen Jüdinnen und Juden ist ein beliebter Aufenthaltsort von Jugendlichen verschiedener Subkulturen. Aktive Nazis aus Hannover versuchten regelmäßig, dort Jugendliche zu agitieren und wollten sie an diesem Abend für eine Gegenaktion gewinnen. Beim Abbau des Infostands wurden die noch anwesenden AntifaschistInnen von eben diesen Nazis angegriffen. Einer der Angreifer zog ein Messer und versuchte – erfolglos – AntifaschistInnen zu verletzen. Die alarmierte Polizei ließ den Angreifer nach kurzer Zeit wieder frei. Wenige Stunden später griff eine Gruppe Nazis in der Barsinghäuser Innenstadt AntifaschistInnen an. Beteiligt war – wie am Angriff auf den Infostand wenige Stunden zuvor – Lukas R. Er zog ein Messer und verletzte eine Person im Gesicht und am Rücken. Die eintreffende Polizei stellte das Messer sicher, die Nazis waren – wie in Hannover – nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß.

Messerangriff in Lüneburg

Am Abend des 29. August 2012 wurde in Lüneburg ein Antifaschist nach Verlassen des örtlichen Gewerkschaftshauses von zwei Männern mit seinem Namen angesprochen und sogleich mit einem Messer attackiert. Der Angesprochene konnte den Angriff abwehren und zog sich dabei eine sechs Zentimeter lange Schnittwunde am Unterarm zu. 20 Minuten zuvor war ihm noch ein Auto aus dem Landkreis Ludwigslust aufgefallen, in dem vermutlich vier Neonazis saßen und ihn beobachteten. Es war nicht der erste Angriff auf ihn mit einem Messer – bereits Anfang der 1990er Jahre hatten Neonazis versucht ihn niederzustechen.

Urteil gegen Breivik

Anders Behring Breivik ist am 24. August 2012 in Oslo wegen Terrorismus und vorsätzlichen Mordes zu 21 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden. Das Gericht erklärte ihn für zurechnungsfähig und verhängte die in Norwegen mögliche Höchststrafe. Am 22. Juli 2011 tötete der rechtsradikale Breivik im Osloer Regierungsviertel mit einer Autobombe acht Menschen (s. drr Nr. 136). Anschließend ermordete er auf der Insel Utøya bei einem Sommerlager der norwegischen Jungsozialisten 69 Menschen, zudem verletzte Breivik 151 Menschen schwer. Die meisten seiner Opfer waren Jugendliche. Als Tatmotive nannte der 33-Jährige Hass auf den Islam. Er wolle Norwegen gegen diesen sowie den »Kulturmarxismus« und die regierenden Sozialdemokraten verteidigen.

Kjærsgaard tritt ab

Am 08. August 2012 – nach 17 Jahren als Vorsitzende der »Dansk Folkeparti« (Dänische Volkspartei, DVP) – hat Pia Kjærsgaard bekannt gegeben, im September nicht mehr für den Vorsitz kandidieren zu wollen. Als ihren Nachfolger empfahl die 65-jährige ihre rechte Hand, den 43-jährigen DVP-Fraktionschef Kristian Thulesen Dahl. Der Personalwechsel wurde parteiintern bereits im Januar beschlossen. Die Platzierung der Nachricht in der Sommerpause hat dann für die größtmögliche Aufmerksamkeit gesorgt. Anders als in der ausländischen Presse, die kritisch über die ausländerfeindliche und rechtspopulistische Politik von Kjærsgaard berichtete, wurde sie von der Inlandspresse als große Politikerin und Persönlichkeit gewürdigt. Pia Kjærsgaard wird zukünftig den eigens für sie geschaffenen Posten der »wertepolitischen Sprecherin« übernehmen. Kjærsgaard gilt als erfolgreichste Rechtspopulistin Europas: Von 2001 bis 2011 duldeten die regierenden Konservativen und Liberalen den Rassismus der DVP, um ihre eigene Macht als Minderheitsregierung zu erhalten. Drastische Verschärfungen der Asyl- und Integrationspolitik waren die Folge (s. ddr Nr. 135).

Holocaust-Leugner als Minister

Victor Ponta, Ministerpräsident von Rumänien und Vorsitzender der »Sozialdemokratischen Partei« (PSD, »Partidul Social Democrat«), hat seinen Parteikollegen, Dan Sova, zum Minister für die Beziehungen zum Parlament ernannt – eine Schlüsselrolle in der rumänischen Innenpolitik. International sorgte die Personalie für Empörung, da Sova im März 2012 die Ermordung hunderttausender Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkrieges in Rumänien geleugnet hatte. In einem Interview mit dem rumänischen TV-Sender »Money channel« hatte er behauptet, »dank Marschall Antonescu«, dem rumänischen Diktator und Verbündeten der Nazis von 1940 bis 1944, sei »keinem Juden auf rumänischem Territorium ein Leid geschehen«. Tatsächlich wurden während seiner Zeit 280.000 bis 300.000 Jüdinnen und Juden im Land ermordet. Die Massenmorde waren teils in Zusammenarbeit mit der SS und deutschen Polizeieinheiten, teils auf rumänische Initiative erfolgt. Seit 2006 ist die Leugnung des Holocausts in Rumänien strafbar. Sollte die mittlerweile eingereichte Klage gegen Sova erfolgreich sein, drohen dem Minister sechs Monate bis zu fünf Jahren Haft.

Neonazi-Amoklauf

Am 5. August 2012 hat der 40-jährige ehemalige Soldat und Neonazi Wade Michael Page in Oak Creek im US-Bundesstaat Wisconsin ein blutiges Attentat verübt. Er stürmte einen Tempel der Sikh-Religionsgemeinschaft, erschoss sechs Menschen und tötete sich am Ende offenbar selbst. Spekuliert wird, dass Page die Sikhs fälschlich für Muslime hielt und sie deswegen als Ziel für seine rassistischen Morde aussuchte. Wade spielte in rassistischen Skinhead-Bands wie »End Apathy« und »Definite Hate«. Nach Angaben des »Southern Poverty Law Center« war Page Mitglied der neonazistischen »Hammerskin Nation«. Die Behörden gehen bislang von einem »Einzeltäter« aus und sprechen von einem Fall des »Inlands-Terrorismus«.

Marschieren ja, aber wohin?

105 Burschenschaften aus über 50 Hochschulstädten mit zusammengenommen etwa 1.000 aktiven Mitgliedern und etwa 9.000 »Alten Herren« setzen ihren Rechtskurs fort.

von Jörg Kronauer



»Brauchen wir eine neue Partei rechts der CDU?« Norbert Weidner, Chefredakteur – pardon: »Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter«, hat für die jüngste Ausgabe seines Quartalsblattes einen Debattenbeitrag zu dieser Frage vom Greifswalder Jura-Professor Ralph Weber erhalten. Weber hat vor zwei Jahren von sich reden gemacht, als er sich mit den damaligen Parteichefs Udo Voigt (NPD) und Matthias Faust (DVU) über die Gründung einer solchen Organisation unterhielt. Sein Artikel in der Verbandszeitschrift der »Deutschen Burschenschaft« treibt die Diskussion erneut voran. »Linke und Mitte – wo aber bleibt die Rechte«, fragt Weber, »wo bleiben die Patrioten? Sie fehlen im politischen Tableau unserer Zeit.« Dabei könne schon »ein kleines Kind« erkennen, »daß ein Auto, das nur links Reifen hat, trotz einer übergroßen Mitte nicht fahren kann«. Der Abstract – sorry: der Überblick über Webers Artikel, den man im Internet – Entschuldigung: im »Weltnetz« nachlesen kann, legt für die burschenschaftliche Debatte die Antwort nahe: Die Bundesrepublik braucht eine neue Rechtsaußen-Partei.

Die »Burschenschaftlichen Blätter« haben sich, seit Norbert Weidner (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«) im Jahr 2008 den Posten des Chefredakteurs übernahm, deutlich nach rechts bewegt. Beispiele? Ende 2009 druckte Weidner ein längeres Gespräch ab, das zwei konservative Verbandsbrüder mit dem sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer (»Burschenschaft Dresdensia Rugia zu Gießen«) geführt hatten. Die »Forderung der NPD nach einem differenzierten Blick auf das Dritte Reich« sei »berechtigt«, äußerte Schimmer darin. Auch könne das »Schicksal« des einstigen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß niemanden, »der noch einen Sinn für Geschichte hat«, »kalt lassen«. Ein Jahr später hielt ein Autor der »Burschenschaftlichen Blätter« es für denkbar, zwischen »guten« und »schlechten« Nazis zu unterscheiden. Michael Vogt (»Burschenschaft Danubia« München, »Kölner Burschenschaft Germania«) brachte den LeserInnen derweil verschwörungstheoretische Websites wie »kopp-online« oder »infokrieg.tv« nahe. In der aktuellen Ausgabe beklagt sich Vogt einige Seiten vor Webers Beitrag zu einer neuen Rechtsaußen-Partei über antifaschistische Kritik: »In der mentalen Vernichtungsmentalität der PC-Aufpasser« sei »nur der ein guter Burschenschafter […], der seine Ideale komplett abgelegt (= verraten) hat«. In diesem Stil fährt er fort.

Die Entwicklung der »Burschenschaftlichen Blätter« in den letzten Jahren ließ schon lange keinen Zweifel zu: Der ultrarechte Flügel der »Deutschen Burschenschaft« (DB), dem Weidner und die Raczeks angehören, macht Druck. Während einige Burschenschaften des durch Austritte bereits empfindlich geschwächten konservativen Flügels im Gegenzug begonnen haben, die Rechtsaußen-Kräfte durch die – bis vor kurzem undenkbare – Aufnahme einiger weniger Männer nichtdeutscher Abstammung zu provozieren, bemühen sich die Ultrarechten, den Dachverband noch stärker auf ihre Linie zu trimmen. Weidners Tätigkeit als Chefredakteur der Verbandszeitschrift ist Teil dieses Machtkampfs in der DB. Noch weitere Raczeks beteiligen sich daran. Raczek-Mitglied Matthias Brauer etwa hat sich zum Verbandsobmann für Jugendarbeit und Sport wählen lassen, Raczek-Mitglied Johannes Paul arbeitete an einem Entwurf für ein DB-Strategieprogramm mit. Als der ultrarechte Flügel der DB vor dem Burschentag 2011 beschloss, dem konservativen Flügel kräftig vors Schienbein zu treten und die Aufnahme von Männern nichtdeutscher Abstammung in aller Form zu untersagen, da wurden die Raczeks aktiv und brachten den entsprechenden Antrag ein. Es handelte sich um den berühmt-berüchtigten Antrag, dessen Begründung »eine nichteuropäische Gesichts- und Körpermorphologie« als Hinweis »auf die Zugehörigkeit zu einer außereuropäischen populationsgenetischen Gruppierung« einstufte und von »Spiegel Online« als Versuch der DB eingestuft wurde, von Neumitgliedern künftig eine Art »Ariernachweis« zu verlangen.

Die beflissenen Aktivitäten von Weidner und den Raczeks beim Versuch des ultrarechten DB-Flügels, seinen Kurs im Verband endlich durchzusetzen, erklären zu einem guten Teil, weshalb die aktuellen Auseinandersetzungen um die DB sich stark auf sie fokussieren. Dabei bietet die Bonner Burschenschaft breiteste Angriffsflächen. Weidner selbst ist nicht nur als Chefredakteur der »Burschenschaftlichen Blätter« im Dachverband an exponierter Stelle tätig; er fällt auch durch seine markante politische Vergangenheit auf. Immerhin hat er sich als – teils führendes – Mitglied dreier heute verbotener Neonazi-Organisationen (»Wiking-Jugend«, »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene« (HNG)) einen Namen gemacht, bevor er 1995 verkündete, sich aus der Szene »zurückziehen« zu wollen. Zuletzt sorgte er bundesweit für Schlagzeilen, als seine Behauptung bekannt wurde, der NS-Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer sei »Landesverräter« gewesen, seine Ermordung im KZ Flossenbürg daher »juristisch gerechtfertigt«. Das zog zunächst Ermittlungen der Staatsanwalt und sodann Ende Juli einen Strafbefehl des Bonner Amtsgerichts nach sich: 60 Tagessätze à 40,- Euro soll Weidner zahlen. Allerdings hat er gegen den Strafbefehl Widerspruch eingelegt.

Als Weidner im Jahr 1999 Mitglied der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« wurde, da war die einst mehrheitlich konservative Verbindung gerade dabei, einen Schwenk nach ultrarechts zu vollziehen. Das Resultat ist bemerkenswert. Bei den Raczeks findet man heute nicht nur Personen wie Björn Thomann, der behauptet, »die deutsche Politik« habe sich einem angeblich »anmaßende(n) Auftreten des Zentralrats der Juden« »widerstandslos unterworfen«. Drischt Thomann vorwiegend Phrasen, so hält es Raczek-Mitglied Matthias Brauer eher mit praktischen Aktivitäten: Er wurde in die Verbindung aufgenommen, nachdem ihn die »Burschenschaft Marchia« Bonn vor die Tür gesetzt hatte – Brauer hatte in ihrem Garten ein Holzkreuz aufgepflanzt und es, ganz in Ku-Klux-Klan-Manier, unter »Heil White Power!«-Gebrüll abgefackelt. Raczek-Mitglied



Pierre Pauly gehört der Kameradschaft München an, der langjährige Raczek-»Conkneipant« Cornelius D. wurde im März bei einer Razzia gegen das neonazistische Aktionsbüro Mittelrhein festgenommen. Unmittelbare Kontakte zu gewaltbereiten Neonazi-Organisationen – damit stehen Weidner und die Raczeks mittlerweile im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Sind die Raczeks nun die bösen Buben, die den Ruf der anderen Burschenschaften ungerechtfertigt ruinieren? Natürlich nicht. Die Raczeks geben gegenwärtig die Prügelknaben, aber sie haben die volle politische Rückendeckung einer Mehrheit in der DB. Das zeigte sich, als beim diesjährigen Burschentag (s. drr Nr. 137) Weidner eine Kampfabstimmung über seinen Chefredakteurs-Job überstand. Im Vorfeld hatte es mächtig Streit gegeben, immer lauter war wegen der Vorstöße des ultrarechten Flügels von einer Spaltung der DB die Rede gewesen. Trotzdem schien ein Kompromiss noch möglich, wie es schon so viele in der DB gegeben hatte: Wenn der besonders provozierende Weidner von seinem Posten zurücktrete, dann halte der konservative Flügel weiter still, dann bewahre man trotz aller Streitigkeiten die Einheit des Verbandes. Weidner aber gab sein Amt nicht auf, die DB-Mehrheit stand loyal zu ihm – ein eindeutiges Signal dafür, dass der konservative Flügel nichts mehr zu melden hat. Entsprechend traten die konservativen Verbandsfunktionäre gleich nach der Kampfabstimmung über Weidner zurück, und eigentlich wäre der komplette Austritt der gnadenlos bloßgestellten konservativen Burschenschaften zu erwarten gewesen. Stattdessen brach man den Burschentag ab und vertagte sich, um Zeit zu gewinnen – in der Hoffnung auf einen nicht ersichtlichen neuen Kompromiss.

Wie die DB in ihrer heutigen Form noch zu retten sein soll, weiß vor dem außerordentlichen Burschentag, der für den 23. bis 25. November 2012 in Stuttgart anberaumt ist, niemand. Wenn der konservative Flügel nicht vollständig einknicken und dem Rechtsaußen-Flügel endgültig freie Hand im Dachverband lassen will, dann müsste er – sofern die Ultrarechten nicht nachgeben, worauf derzeit nichts hindeutet – die DB definitiv verlassen. Dafür spricht zurzeit manches. Das Ergebnis läge auf der Hand: Die DB wäre dann ein Zusammenschluss von Einzelbünden, die entweder – wie die Raczeks – selbst mit der extremen Rechten verflochten sind oder solche Verflechtungen zumindest wohlwollend billigen. Diejenigen Teile der extremen Rechten, die das zu nutzen verstünden, hätten freie Bahn – Zugriff auf ein Netzwerk von vielleicht 80 Burschenschaften in Deutschland und Österreich mit einigen Tausend Mitgliedern und einer kompletten Infrastruktur, Haus mit Zapfanlage inklusive. Das würde eine schlagkräftige extrem rechte Politik an den Hochschulen ermöglichen, deutlich stärker als man sie, zumindest in der Bundesrepublik, kennt.

Unklar ist allerdings, ob sich die DB in diesem Fall noch finanzieren lässt. Schon im Haushalt für das Jahr 2010 standen geplanten Einnahmen in Höhe von 291.000,- Euro tatsächliche Einnahmen von 206.000,- Euro gegenüber – vor allem, weil die Mitgliedsbeiträge deutlich geschrumpft waren. Tatsächlich hatte die DB bereits damals mit Austritten konservativer Bünde zu kämpfen. Im vergangenen Jahr sind wegen der Dominanz des Rechtsaußen-Flügels erneut mehrere konservative Burschenschaften ausgetreten, darunter die »Burschenschaft Frankonia zu Heidelberg«, die zu den mitgliederstärksten Bünden der DB gehörte. Der Verlust von vielleicht 20 bis 25 weiteren Verbindungen träfe den Dachverband in finanzieller Hinsicht hart. Ob eine drastische Erhöhung der Mitgliedsbeiträge durchsetzbar wäre – wer weiß. Vielleicht ergibt sich auch Einsparpotenzial, etwa bei den Burschenschaftlichen Blättern, die mit fast 100.000,- Euro – 17.250,- Euro davon im Jahr 2010 allein für Chefredakteur Weidner – den mit Abstand fettesten Posten im DB-Etat bilden. Schließlich hätte Weidners Konfrontationskurs mit der Verbandszeitschrift, wäre der Verband auf ultrarechten Kurs gebracht, seine Mission umfassend erfüllt.

Ärger mit der Querfront

Erstmals erschien die Zeitschrift »Compact« im Dezember 2010. Das am Kiosk erhältliche Magazin ist das Organ der Querfront-Truppe »Volksinitiative gegen das internationale Finanzkapital«, die sich 2009 um Jürgen Elsässer, den Chefredakteur des Blattes, formierte.

von Lucius Teidelbaum

Anfänglich grenzte sich der Gründer und Chefredakteur der Zeitschrift »Compact«, Jürgen Elsässer, noch nach Rechtsaußen ab (s. drr Nr. 103, 104), als es 2006 die ersten kritischen Hinweise auf seinen Kurs nach Rechts gab. Mittlerweile zeigt er sich jedoch immer offener für die Rechte und paktiert mit Islamisten. So war er im April 2012 mit einer deutschen Reisegruppe im Iran, um an einer Privataudienz mit dem Präsidenten des Landes, dem Holocaustleugner und Islamisten Mahmud Ahmadinedschad teilzunehmen. Elsässer und seine Mitstreiter waren sich mit dem Autokraten sicher auch in ihrer Haltung zu Israel und dessen Einfluss in der Welt einig. 2009 rief die »Volksinitiative« zum Protest gegen den Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu auf: »Am 30.11. findet in Berlin eine Veranstaltung der besonderen Art statt: eine gemeinsame deutsch-israelische Regierungssitzung. Wie darf man das verstehen? Ist Frau Merkel so nebenbei auch Kanzlerin Israels geworden? Und Herr Netanjahu so ganz nebenbei auch zum deutschen Premierminister avanciert?« Auf der Homepage von »Compact« heißt es dazu passend: »Wer den Begriff »Konzentrationslager« auf die deutsche Vergangenheit beschränkt, wird die Realität von Abu Ghraib und Guantánamo nicht beschreiben können. Wer vom »Zionismus« nicht reden darf, muss auch vom Faschismus schweigen.«

Das seit Anfang 2010 erscheinende Magazin »Compact« illustriert, wofür Elsässer und seine »Volksinitiative gegen das internationale Finanzkapital« stehen. Es ist ein Konglomerat von Verschwörungstheorien, rechtem Populismus, Geschichtsrevisionismus, Homophobie und Antifeminismus. Das Magazin versteht sich als ein »einzigartiges publizistisches Experiment« und als »Gegengift zur politischen Korrektheit, also zur Ideologie der Neuen Weltordnung, die in den Massenmedien und auch in der linken Presse zum unantastbaren Tabu geworden ist.«

Die Auflage des Blattes lag nach eigenen Angaben im Mai 2012 bei 12.000 Exemplaren. 1.700 Stück sind abonniert und 7.500 Hefte gehen an die Kioske, wovon aber nur etwa 2.800 tatsächlich verkauft werden. Die Werbung im Magazin zeigt, an wen sich das Blatt wendet. Es finden sich Anzeigen vom extrem rechten »Ares Verlag«, dem »neu rechten« Strategieblatt »Sezession«, dem rechtsesoterischen und rechtspopulistischen »Kopp Verlag« und der »Preußisch Allgemeinen Zeitung«. »Compact« selbst warb für sich und einen von dem Blatt veranstalteten Vortrag mit dem rechten EU-Gegner Karl-Albrecht Schachtschneider auch in der »neu rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF).

Mit seiner »Volksinitiative« und »Compact« versucht sich Elsässer an einer Sammlungsbewegung. Doch statt der erhofften Massen findet sich nur ein Narrensaum zusammen, der kaum unterschiedlicher sein könnte. Elsässers Truppe ist eine wilde Mischung aus Ex-Linken, enttäuschten Rechten, Verschwörungs-IdeologInnen, Marktradikalen und einigen Muslimen. Mit den Worten des Herausgebers ausgedrückt, sollen sich in dem Magazin »demokratische Linke und demokratische Rechte, intelligente Muslime und intelligente Islamkritiker, Occupisten und Teaparty-Gänger« sammeln. Auch in der friedensbewegten Szene versuchen Elässer und Co. AnhängerInnen zu rekrutieren. Nationalpazifistische Argumente, Antiamerikanismus, Israel-Hass und Verschwörungstheorien bieten die Grundlage, um in einem Teil der Bewegung an bestehende Denkstrukturen anzudocken.

Das Magazin setzt auf rechte, populistisch aufgemachte Titel wie »Schulfach Schwul – Die sexuelle Umerziehung unserer Kinder« (Nr. 9/2011), »Raubtier-Feminismus – Nein danke!« (Nr. 7/2011), Sarrazin »Der nächste Bundeskanzler« (Nr. 10/2010) oder »Grass? Hat Recht!« (Nr. 5/2012). Solche Themen sind anschlussfähig an die extreme Rechte. Mit seinem heterogenen Charakter ist »Compact« derzeit aber (noch) kein extrem rechtes Blatt. Es ist ein Scharnier zwischen der extremen Rechten und den angrenzenden Grauzonen.

Der politische Kern der »Compact« ist Nationalismus, was auch an der häufig verwendeten Ansprache der LeserInnen als »wir Deutschen« festzustellen ist. Das Schwerpunkt-Thema der letzten Hefte ist das Feindbild EU und die Forderung »Zurück zur D-Mark!« (Nr. 10/2011). Mit seinem D-Mark-Nationalismus will das Blatt in breiten Bevölkerungsteilen punkten. Einen Eindruck vom Anti-EU-Populismus der »Volksinitiative« konnte man am 9. November 2011 bei einem Vortrag bei der rechten Berliner »Burschenschaft Gothia« gewinnen. Sie hatte zu einem Vortrag zum Thema »Die Eurokrise – Ursachen und Verursacher« eingeladen. Der Referent war der Berliner Peter Feist von Elsässers »Volksinitiative« und Autor im »Kai-Homilius-Verlag«, wo »Compact« und Feists Buchreihe erscheinen. Feist versteht sich als »Kommunist« und »alter Dialektiker« und betonte: »Mein Gegner ist das internationale Finanzkapital, das hat sich seit der DDR nicht geändert«. Er behauptete: »Es gibt keine größere Macht als das internationale Finanzkapital«, eine »Finanzoligarchie« arbeite gar an der Zerstörung der Nationalstaaten. Weil Teile der Linken das nicht erkennen, hätte er sich von ihr abgewendet. Heute müsse man den »Nationalen Widerstand« gegen Brüssel organisieren und die »Nation (...) retten, nicht den Kommunismus vorbereiten«.

Die »Stärkung des deutschen Nationalstaats gegen die EU-Diktatur« ist für Feist eine der wichtigsten Forderungen an eine Partei, die er unterstützen könnte. Doch dafür sei man noch immer auf der Suche nach einem passenden Projekt. Die Partei »Die Freiheit« sei, so Feist, nicht die richtige. Einige seiner »konservativen Freunde« seien von der Partei wegen deren »Kotau in Jerusalem« wieder abgerückt, erzählte er. 2010 hatte der Vorsitzende der Partei, René Stadtkewitz, mit Vertretern europäischer Rechtsparteien Israel besucht und aus antimuslimischen Motiven mit rechten Israelis eine Kooperation begonnen. Ursprünglich hätten Elsässer und Co. die Gründung einer eigenen Partei geplant, berichtete Feist. In ihr sollten dann die rechte und neoliberale »Partei der Vernunft« (PdV), Teile von »Die Freiheit« und den »Freien Wählern Berlin« aufgehen. Die Gründung sollte eigentlich nach der Konferenz »Bürger gegen Euro-Wahn – eine Wahlalternative« der »Volksinitiative« am 28. Januar







2012 der Öffentlichkeit verkündet werden. Doch seit dem ist von einer Parteigründung nichts mehr zu hören.

»Rinks« und »lechts«

Für »Compact« schreiben AutorInnen von rechts wie von links. Niki Vogt aus Elbingen (Rheinland-Pfalz) verfasste unter dem Pseudonym »Josefine Barthel« den homophoben Leitartikel »Schulfach Schwul«. Ansonsten schreibt sie Online-Texte für den »Kopp Verlag«. Ebenfalls Autor von »Compact« ist Rolf Stolz aus Köln, Mitglied von »Bündnis90/Die Grünen« und regelmäßiger Autor einer Kolumne in der JF. Artikel von ihm erschienen auch in den rechten Blättern »Sezession«, »wir selbst« und den »Burschenschaftlichen Blättern«. Auch der JF-Autor Jan von Flocken schreibt in »Compact«. Mit Michael Klonovsky, einem Freund der »Neuen Rechten« und »Chef vom Dienst« beim »Focus«, gab er das Buch »Stalins Lager in Deutschland 1945-1950« heraus. Auch der regelmäßige Kolumnist von »Focus Money« und Gründer der PdV Oliver Janich ist Autor in Elsässers Blatt, ebenso der ehemalige Direktor des Bundesrates und niedersächsische Ex-Kultusminister Georg-Bernd Oschatz (CDU). Der Honorarprofessor an der Verwaltungshochschule Speyer hielt am 7. Oktober 2001 die Festansprache beim österreichischen »Ulrichsbergtreffen« von Veteranen der Wehrmacht und der Waffen-SS. Ein ganz anderer Autor der »Compact« ist Stephan Steins, Herausgeber der antizionistischen und antiamerikanischen Internetzeitschrift »Die Rote Fahne«. Er forderte einst einen »Schuss mehr gesunden Patriotismus und Konservatismus«. Und der Österreicher Hannes Hofbauer schreibt nicht nur für »Compact«, sondern auch regelmäßig für das antiimperialistische Magazin »Intifada« aus Wien. Der Islam-Konvertit und Anwalt Andreas Abu Bakr Rieger schreibt ebenfalls für »Compact« und ist Autor in deren Buchreihe (»Weg mit dem Zins«). Rieger ist Vorsitzender der muslimischen Konvertiten-Sekte »al-Murabitun« und Herausgeber der »Islamischen Zeitung«, die in ihrem Online-Shop auch die »Compact« anbietet. »Al-Murabitun« wurde in den 1970ern in Spanien gegründet und knüpft in Deutschland auch an das Gedankengut der »Konservativen Revolutionäre« der Weimarer Republik an. Auf der Jahresversammlung der radikal-islamischen »Kaplan-Bewegung« 1993 sagte Rieger: »Wie die Türken haben wir Deutschen in der Geschichte schon oft für eine gute Sache gekämpft, obwohl ich zugeben muss, dass meine Großväter bei unserem gemeinsamen Hauptfeind nicht ganz gründlich waren.«

Das Umfeld

Hinter der »Compact« steht der nach seinem Verleger benannte »Kai-Homilius-Verlag«. 1994 als Verlag für Reiseführer gegründet, war das Unternehmen anfänglich eher links zu verorten. Der heute in Werder (Havel) ansässige Verlag bezeichnet sich selbst als »politisch nicht korrekt«. Für den Inhaber Homilius sei »das alte rechts-links-Schema unbrauchbar geworden«. Das Verlagsangebot ist stark antiamerikanisch, antizionistisch und verschwörungstheoretisch geprägt. Es gibt Bücher mit Titeln wie »Zionismus und Faschismus. Über die unheimliche Zusammenarbeit von Zionisten und Faschisten« oder »Ariel Sharon – ein hoffähiger Faschist«. Eine Video-Reihe von »Compact«, zumeist Mitschnitte von Vortragsveranstaltungen, vertreibt der »Schild-Verlag« aus Elbingen (Rheinland-Pfalz). Er warb für sein Sortiment per Anzeige auch in der JF.

Querfront

Die extreme Rechte in Deutschland beobachtet Elsässers Projekte mit Sympathie, wovon zum Beispiel positive Berichte in der JF oder der »National-Zeitung« (NZ) zeugen. So lobte die NZ die »Querfront gegen den Euro«. Auch organisatorisch ist »Compact« fest in den rechten Blätterwald eingebunden. Den Verkauf und das Anzeigen-Geschäft übernimmt der »Berliner Medien Vertrieb« (BMV). Er ist laut einer Anzeige in der JF aus dem Jahr 2008 ein »Auslagerungsprojekt« der »neu rechten« Wochenzeitung und organisiert den Anzeigen-Vertrieb für die JF, das marktradikale Kampfblatt »eigentümlich frei«, das erzkatholische Magazin »Komma« und das rechtslastige Mittelstandsmagazin »Der Selbstständige«. Auch mit dem Magazin »Unzensuriert« von dem Politiker der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) und Mitglied der rechten »Wiener Burschenschaft Olympia«, Martin Graf, gibt es einen Austausch von Online-Bannern auf den Websites.
Die Überschneidung von Teilen der Linken und Teilen der extremen Rechten findet sich nicht nur in der AutorInnenschaft, sondern auch in der LeserInnenschaft. Laut einer LeserInnenumfrage, an der sich 2011 »mehrere hundert« Personen beteiligten, ist der typische Leser von »Compact« männlich (85 Prozent). 21 Prozent der LeserInnenschaft informieren sich außerdem mit der JF und anderen rechten Publikationen. Neun Prozent geben an, sie lesen die Tageszeitung »Junge Welt« oder andere linke Zeitschriften. Ob das aber schon für eine große Querfront reicht, ist fraglich.

In Sachen deutsche Erinnerungskultur

Ein Besuch in der »Gedenk- und Erinnerungsstätte« Wewelsburg im gleichnamigen Dörfchen in Ostwestfalen: Ein neues Museumskonzept für die Burg, in der die SS während der NS-Zeit ein weltanschauliches Zentrum plante, soll die Anziehungskraft des Ortes für die extreme Rechte mindern.

von Barbara Manthe



Es ist eine eigentümliche Szene, die sich im Nordturm des ostwestfälischen Kreismuseums Wewelsburg abspielt: Ein Mitarbeiter des Museums betritt den kreisförmigen Saal im ersten Obergeschoss und schiebt unförmige orangene und graue Sitzsäcke und kleine Tischchen in die Mitte des Raums. Damit verdeckt er Teile eines Ornaments, das in den grauen Marmorboden eingelassen ist. »Das bricht die Symbolik«, erklärt der Museumsmitarbeiter auf unsere Frage, weshalb er die Kissen so anordnet. Tatsächlich kontrastieren die farbigen Säcke zu den kalten grau-grünen Steinen des Mosaiks: ein zwölfteiliges Sonnenrad, dessen Speichen jeweils eine Sig-Rune bilden. »Schwarze Sonne« nannte man das Symbol nach 1945.
Der Raum wurde in seiner jetzigen Form zwischen 1938 und 1943 gestaltet und erhielt die Bezeichnung »Obergruppenführersaal«, damals der höchste Rang der SS. Er ist ein Ziel unseres Ausflugs in die Wewelsburg, die zwischen 1934 und 1945 von der SS genutzt wurde, und lange Zeit ein negatives Musterbeispiel in Sachen deutsche Erinnerungskultur war.
Das Museum will verhindern, dass um das Mosaik ein ehrerbietender Sitzkreis entsteht. So gehört es zu der Aufgabe der MitarbeiterInnen, regelmäßig den Raum zu überprüfen. »Hätten wir die Kissen nicht hier, würden sicherlich mehr rechte Besucher kommen«, meint der Angestellte und erzählt weiter, das Personal sei darin geschult, neonazistische Symboliken bei BesucherInnen zu erkennen.

Ausflugsziel für Neonazis

Tatsächlich übt der Ort auf Neonazis enorme Anziehungskraft aus und hat sich zu einer Wallfahrtsstätte für Neonazis und rechte EsoterikerInnen entwickelt. Das Ornament selbst wurde in abgewandelter Form als »Schwarze Sonne« äußerst populär und ziert seitdem T-Shirts, Anhänger und Logos der extremen Rechten. Bis heute ist die Wewelsburg beliebtes Reiseziel für Neonazis, nicht zuletzt für »private« Ausflüge, bei denen sie sich der offen zur Schau gestellten NS-Symbole erfreuen, wie in diversen Reiseberichten zu lesen ist. Mit den rund 600 extrem rechten BesucherInnen, die offiziellen Zählungen zufolge jährlich kamen, ging die Museumsleitung in der Vergangenheit häufig hilflos um. Man versuchte, der Attraktivität des Ortes nicht inhaltlich etwas entgegen zu setzen, sondern mit Restriktionen: So konnte zum Beispiel der »Obergruppenführersaal« wie die ebenso mystisch aufgeladene »Gruft« nur im Rahmen von Führungen besucht werden. Der Saal selbst blieb aber wie er war, und so zeigen die hohen Decken, das hereinfallende Licht durch die zwölf Fenster und der glatte Marmorstein ihre Wirkung.
Aber auch heute dauert es keine zehn Minuten, bis uns im Saal die ersten rechten BesucherInnen begegnen: Ein junges Pärchen, er mit kurzen Hosen, Sportjacke, »Tunnel«-Ohrringen und Käppi, hat eine Rune auf den Unterarm tätowiert. Sie trägt schwarze Kleidung, eine Gürteltasche und Piercings im Gesicht. Überhaupt dominieren den Saal junge Männer und Frauen in schwarzer Kleidung. Das Fotografierverbot missachten die meisten, sie versuchen vom Rand eine möglichst gute Perspektive auf das Symbol zu bekommen, ohne dass die Überwachungskamera sie erfasst. Die Wewelsburg ist immer noch ein attraktives Ziel für Rechte, dennoch: Mit missbilligenden Mienen stehen die BesucherInnen am Rand und schütteln den Kopf über die Sitzkissen.

Zentrum der SS

In den 1930er Jahren mietete der Reichsführer-SS Heinrich Himmler die Wewelsburg an, ein dreieckiges Schloss aus der Renaissancezeit bei Paderborn, um dort eine Akademie für SS-Führer zu errichten. Obwohl weder die Schule realisiert, noch die Burg als weltanschauliches Zentrum und »Kultstätte« der SS genutzt wurde, entwickelte sich das Schloss zu einem Versammlungsort für Himmler und seine höchsten SS-Offiziere und wurde Objekt gigantischer Umbaupläne. An wenigen Orten treten so deutlich die Geschichtsmythen der SS und insbesondere Himmlers zutage, ihre das Germanentum verklärenden Vorstellungen und gleichzeitig die Allgegenwärtigkeit ihrer Verbrechen: Die architektonischen Umbauten am Schloss waren ebenso wie die Gestaltung des »Obergruppenführersaals« Resultat der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen, die in einem eigens dafür eingerichteten Lager im Dorf inhaftiert waren.
Das Mosaik in der Wewelsburg bedient sich einer frühmittelalterlichen germanischen Sonnendarstellung. Wer das Ornament in der Wewelsburg gestaltete, ist unbekannt, auch gibt es keine Informationen über die Nutzung des Symbols in der Zeit davor. Die Tatsache, dass die SS damit ein Kunstprodukt erzeugte, verdeutlicht umso mehr, dass der Saal mitnichten ein »sakraler« Raum ist, der Ehrfurcht gebieten soll.

Umdenken im Museum

Nun betreten neue BesucherInnen den Raum, zwei Familien mit Kindern. Die Stimmung ändert sich völlig, denn die Kinder nehmen sofort die Kissen in Beschlag und blättern in den ausliegenden Beiheften, ohne

das Ornament zu ihren Füßen zu registrieren. Affirmative Exponate – also Gegenstände, die zu einer positiven Deutung führen können – zu »neutralisieren«, dieses Ziel verfolgt die neue Dauerausstellung »Ideologie und Terror der SS« nach Angaben der GestalterInnen. Das bedeutet etwa, dass, wenn die »Bauleistungen« der SS dargestellt werden, auch erläutert wird, wenn Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge diese Bauwerke errichteten. Gegenstände der SS, die leicht einer kultischen Verklärung unterliegen können, verdecken die erklärenden Texte halb, so dass sich ihre optische Wirkung nicht voll entfalten kann. Demselben Konzept folgt die Entscheidung, die Atmosphäre des »Obergruppenführersaals« mit Sitzkissen zu brechen.

Die im Frühjahr 2010 eröffnete Dauerausstellung beschreitet auch inhaltlich neue Wege: Sie bildet zum einen den aktuellen Forschungsstand zur SS ab, versucht zum anderen aber auch, die Täterzentrierung der alten Ausstellung zu überwinden, indem sie die Aktivitäten der SS in den Kontext ihrer Verbrechen stellt. Daher stehen auch das örtliche KZ, die Erinnerung nach 1945 sowie die Rezeption der Wewelsburg in rechten Kreisen im Fokus.



KZ Niederhagen

Nach dem Obergruppenführersaal muss jedeR BesucherIn durch den zweiten Teil des Museums gehen, der die Geschichte des Konzentrationslagers Niederhagen erzählt. Die umfangreichen Bauarbeiten an der Burg führten ab 1939 Häftlinge durch, die in einem eigens dafür eingerichteten Außenlager des KZ Sachsenhausen am Ausgang des Dorfes inhaftiert waren. Zwei Jahre später wurde daraus ein Hauptlager, das KZ Niederhagen mit bis zu 1.600 Gefangenen. 1943 wurde das Lager aufgelöst, wobei circa 50 Häftlinge verblieben. Insgesamt waren 3.000 Menschen im KZ inhaftiert, unter anderem politische Gefangene, Zeugen Jehovas und osteuropäische ZwangsarbeiterInnen. 1.285 von ihnen wurden ermordet oder starben an Erschöpfung, Hunger und Kälte oder an der Zwangsarbeit – was selbst im Vergleich zu anderen Konzentrationslagern eine sehr hohe Sterberate darstellt.

Auch das junge Pärchen muss durch die Ausstellung, um zum Ausgang zu gelangen. Auf die Frage, was er denke, wenn er durch die Ausstellung gehe, sagt der junge Mann mit schwerem thüringischen Dialekt: »Nüscht, ich kuck mir das nur an.« Das Konzept scheint so weit zu wirken, dass die rechten BesucherInnen zumindest schnell das Museum verlassen und kein Bedürfnis verspüren, sich mit Hakenkreuzen oder neonazistischen Parolen im Gästebuch zu verewigen – anders als früher, als dies häufiger der Fall war.

»Dorfgemeinschaftshaus« und Hakenkreuzschnitzereien

Wenige hundert Meter neben der Burg bietet das Landgasthaus »Ottens Hof« frische Pfifferlinge und Waffeln an. Auch hier ist die NS-Vergangenheit offensichtlich: Das 300 Jahre alte Fachwerkhaus kaufte die SS Mitte der 1930er Jahre und baute es gemeinsam mit Dorfbewohnern und Angehörigen des »Reichsarbeitsdienstes« (RAD) um. Als »Dorfgemeinschaftshaus« sollte es kultureller Mittelpunkt des Dorfes werden, stets aber von der SS dominiert. An der Häuserfront ist eine Symbolleiste erhalten, die unter anderem das Logo des RAD sowie leicht veränderte Hakenkreuze zeigt. Im Inneren der Gaststätte sind Hakenkreuze und ein Totenkopf-Symbol in die Sitzbänke eingeschnitzt, Überreste aus der Zeit als »Dorfgemeinschaftshaus«. Nirgendwo ist der Kontext dieser Schnitzereien erläutert, stattdessen hängen geflochtene Kränze davor, wie um den Makel zu verdecken. Der Denkmalschutz verbiete es, die Hakenkreuze zu entfernen, versichert der Pächter.

Schweigen im Ort

Ortswechsel: Das Gelände des ehemaligen KZ liegt am anderen Ende des Dorfes. Auf dem einstigen Appellplatz steht ein schlichtes Denkmal, das 2000 nach zähem Ringen aufgebaut wurde. Ansonsten erinnert wenig an die Haftstätte. In die Baracken des Lagers wurden nach dem Krieg zuerst befreite ZwangsarbeiterInnen und dann Vertriebene aus dem Osten



einquartiert. Nach und nach riss man die Bauten ab, doch das Torhaus und die Lagerküche werden heute noch genutzt. Direkt neben dem Appellplatz sitzt eine Familie vor dem kleinen Torhäuschen und grillt. Noch heute leben in der Gegend vor allem die Nachkommen der deutschen Flüchtlinge.

Die Menschen vor dem Haus schauen interessiert zu uns herüber, von den anderen BesucherInnen aus dem Museum ist am Mahnmal nichts zu sehen. Das Gelände des ehemaligen Lagers spiegelt den Umgang des Dorfes mit der Vergangenheit wider, der viele Jahrzehnte vom Schweigen geprägt war. Mehrere Gedenktafeln für die Verfolgten und Ermordeten, die zuerst Alliierte, dann VVN, DKP und SPD zwischen 1945 und 1977 aufstellten, wurden wieder entfernt. Es dauerte bis 1998, als eine Gruppe junger WewelsburgerInnen gemeinsam mit überlebenden Häftlingen auf dem Appellplatz ein provisorisches Mahnmal errichtete: Erstmals wurde der Gedenkstein nicht wieder abmontiert, so dass im Jahr 2000 ein offizielles Denkmal folgen konnte. Die schlichte Gestalt war ein Kompromiss mit der Wewelsburger Bevölkerung.

Der Besuch in Wewelsburg hinterlässt gemischte Gefühle: Das Museumskonzept ist durchdacht, die Ausstellung bietet die aktuellsten Erkenntnisse der historischen SS-Forschung und die MitarbeiterInnen sind sich der Problematik extrem rechter BesucherInnen bewusst. Doch der Ort selbst scheint sich immer noch davon abschotten zu wollen. Die Bannkraft der monumentalen Umbauten, welche die SS vornehmen ließ, lässt sich vermutlich niemals ganz auflösen. Am Ort des Lagers jedoch, immerhin das einzige Konzentrationslager in Nordrhein-Westfalen, sieht man von einem frühen Lager in Kemna ab, fehlt politischer Wille, angemessenes Gedenken zu ermöglichen.

IslamhasserInnen in Stockholm

Es war eine kleine Gruppe, die sich vor dem »Clarion Hotel« im Stockholmer Bezirk Norrmalm versammelte – weniger als einhundert Menschen. Beinahe übertraf die Zahl der anwesenden JournalistInnen und FotografInnen die der TeilnehmerInnen des ersten »Global Counter Jihad Meeting«.

von Mathias Wåg

Die Anti-Islam-Organisationen »English Defence League« (EDL) und »Stop Islamisation of Nations« (SION) hatten Zeit und Ort ihrer Kundgebung mit Bedacht gewählt, um so viel Aufmerksamkeit wie möglich zu gewinnen. Die Kundgebung am 4. August 2012 wurde am selben Tag abgehalten wie die jährliche Stockholm »Pride Parade« – ein weiterer Versuch, neue UnterstützerInnen zu gewinnen. Die »Defence League« hatte diesen Sommer bereits im finnischen Tampere und im englischen Bristol Kundgebungen auf den selben Tag wie dortige schwul-lesbische Veranstaltungen gelegt und dazu außerdem ihre eigene »LGBT-Division« (»lesbian, gay, bisexual und transgender«) engagiert. Mehrere ihrer RednerInnen betonten, der Islam sei die größte Bedrohung für Homosexuelle.







Daher müssten die »tolerant abendländischen / westlichen Denkweisen« gegen diese Religion verteidigt werden. Die LGBT-Bewegung hingegen warnte vor der Taktik der EDL und erklärte, dies sei ein Versuch, Islamophobie salonfähig zu machen und mit dem Thema Homosexuellenrechte Legitimität für einen »Counter-Islam«-Diskurs zu gewinnen.

Die Kundgebung in Stockholm sollte ursprünglich in der Nähe des Platzes stattfinden, wo sich ein schwedischer, islamistischer Selbstmordattentäter vor Weihnachten 2010 in die Luft gesprengt hatte. Im letzten Moment entschied die Polizei jedoch, sowohl den Kundgebungsort des »Global Counter Jihad Meeting« als auch den der Gegenkundgebung zu verlegen – an einen deutlich weniger exponierten Platz, der sich besser gegen die 800 GegendemonstrantInnen abschirmen ließ.

Im Frühjahr dieses Jahres machte die EDL erste Schritte in der Parteipolitik. AktivistInnen engagierten sich auf den für sie offen stehenden Wahllisten der neu gegründeten »British Freedom Party« (BFP). Gemeinsam ergriffen sie auch die Initiative, um die Kundgebung in Stockholm zu organisieren, die ursprünglich in Malmö abgehalten werden sollte. In der Lesart des »Counter-Jihads« war diese Stadt bereits Opfer der »Islamisierung« und ihre Vororte seien »Scharia-Zonen«. Aufgrund fehlender Kontakte dorthin wurde das Treffen dann aber in die schwedische Hauptstadt verlegt. Die Wahl Stockholms kann auch als Entschuldigung der in Luton gegründeten EDL gegenüber ihren MitstreiterInnen in Stockholm gewertet werden. Schließlich hatte der schwedische islamistische Selbstmordattentäter von 2010 in Luton studiert und sich dort radikalisiert.

Internationale Netzwerke

Die OrganisatorInnen konnten mit zehn RednerInnen aus drei Kontinenten aufwarten. Alle haben Verbindungen zu verschiedenen Teilen der »Counter-Jihad«-Bewegung. EDL und BFP organisierten die Kundgebung gemeinsam mit »Stop Islamisation of Nations«, einem kleinen Netzwerk aus Einzelpersonen und MeinungsmacherInnen, die alle für ihren Widerstand gegen den Bau von Moscheen bekannt sind. Pamela Geller und Robert Spencer, die gemeinsam »Stop Islamization of America« (SIOA) gründeten, eröffneten die Kundgebung. Anders Gravers von »Stop Islamisation of Denmark« (SIOD), Pamela Geller und Robert Spencer (SIOA) lieferten den politischen Rahmen der Kundgebung. Die RednerInnen betonten, es gebe eine fortschreitende »Islamisierung« Europas, eine »Kolonialisierung« im Verborgenen. Harsch kritisierten sie die Medien, die sie beschuldigten, die Bedrohung durch den Islam zu vertuschen. Das bestimmende Thema aller Reden war die Warnung vor der »so genannten Religion Islam«, die durch eine Islamisierung der westlichen Kultur sowie die langsame Umsetzung der Scharia eine tödliche Bedrohung für den Westen sei. Michael Stürzenberger, bayerischer Landesvorsitzender der Splitterpartei »Die Freiheit«, berichtete, dass in Deutschland 25 Millionen Exemplare des Korans in den Innenstädten durch Salafisten verteilt wurden. Mimosa Koiranen von der »Finish Defence League« und Debbie Robinson von der »Q Society« aus Australien führten aus, wie Frauen durch die Islamisierung des Westens betroffen seien. Muslime würden den Lebensstil der Frauen nicht dulden und sie angreifen, schlimmer noch, Frauen würden Opfer von Massenvergewaltigungen durch Muslime.

Mehrere RednerInnen äußerten auch ihre Verärgerung über die Bezeichnung des »Counter-Jihads« als »rechtsextremistisch« und über die Diffamierung als »Faschisten«. Die Bezeichnung sei doch für die antirassistischen GegendemonstrantInnen angebrachter, meinten sie: »Was wir

jetzt sehen, ist ein neuer Molotow-Ribbentrop-Pakt«, sagte beispielsweise BFP-Parteichef Paul Weston. Die Linke sei erneut eine Allianz mit »The New Nazis on the block«, dem radikalen Islam, eingegangen. Der Islam und der Nationalsozialismus teilten den Hass auf Homosexuelle, Jüdinnen und Juden sowie die Meinungsfreiheit, fügte Koiranen hinzu.
Würden die Medien die Wahrheit über den Islam verbreiten, könnte jeder die Bedrohung verstehen, beschwerte sich auch Tommy Robinson alias Steven Lennon, Sprecher der EDL. Laut Anders Gravers von SIOD sei es die »political correctness«, die als Selbstzensur diene und eine freie Debatte in den Medien verhindere. »Wir leben in einer Welt, wo die Wahrheit die neue Hass-Rede ist«, scholt auch Pamela Geller, die in ihrer Rede die Medien angriff: »Das ist kein Journalismus, das ist Krieg«, sagte sie, während sie auf die JournalistInnen vor der Bühne zeigte: »Sie sind im Krieg mit dir!« Geller liebt offenbar Kriegsmetaphern, immer wieder kam sie darauf zurück: »Sei ein Soldat, steh nicht abseits, misch dich ein.« Passend plädierte Robinson für die Einheit aller »Islam-kritischen«-Kräfte, damit man in der Lage sei, die Schlacht zu gewinnen. Stürzenberger und Weston betonten die Dringlichkeit der Situation. Alle »Verteidigungsligen« müssten sich in der Parteipolitik engagieren und den »Freiheitsparteien« beitreten. »Dieses Jahrhundert wird einen Kampf bis zum Tod zwischen dem christlichen Westen und dem Islam sehen. Wir können es uns nicht leisten, den Kampf zu verlieren«, schloss Paul Weston (BFP).

am 31. März 2012 (s. drr Nr. 136), wo sie versuchte, eine europäische »Defence League« zu begründen. Mit ihren öffentlichen Auftritten zieht die EFI vor allem die aktionsorientierten AnhängerInnen der »Counter-Jihad«-Bewegung an. In England beispielsweise rekrutiert sich die Masse der EDL-Aktivisten aus Hooligans, aber auch aus den Reihen extrem rechter Organisationen. EDL und BFP nahmen in Stockholm die Gelegenheit wahr, die Anwesenden über die »Internationale Menschenrechte und Redefreiheit Konferenz« der ICLA im Juli 2012 in den Büros des EU-Parlaments in Brüssel zu informieren. Dort traf sich der intellektuell und kulturell orientierte Teil der »Counter Jihad«-Bewegung, um eine Debatte um den Konflikt zwischen Demokratie und Scharia auf EU-Ebene anzuschieben.

Top oder Flop?

Die »Swedish Defence League« (SDL) hatte große Hoffnungen in die Kundgebung vom 4. August gesetzt; von dort sollten Impulse für einen Neuanfang kommen. Im Mai 2012 hatte die EDL die Führung der schwedischen Division übernommen und eine Umstrukturierung der Organisation nach Vorbild des englischen Modells begonnen. Neben einer neuen Führung und dem Aufstellen lokaler Divisionen wurde eine auf Facebook basierende Organisationsstruktur aufgebaut. Von den viertausend virtuellen SDL-UnterstützerInnen des sozialen Netzwerks erschienen letztlich







Verbindung nach Schweden

In Schweden vertraten die »Sverigedemokraterna« (SD; »Schwedendemokraten«) die Positionen der IslamhasserInnen, auch Robert Spencer von SIOA war schon bei ihnen zu Gast. Bei den schwedischen Parlamentswahlen 2010 gelang es den SD, mit 5,7 Prozent und 20 Mandaten in den Reichstag einzuziehen. VertreterInnen der Partei beteiligten sich auch aktiv an internationalen Konferenzen der »Counter-Jihad«-Bewegung und organisierten selbst Anti-Islamisierungs-Foren mit populären ProtagonistInnen der Bewegung. Nach dem Wahlerfolg in Schweden und dem Massenmord in Norwegen durch Anders Behring Breivik, der ideologisch der »Counter-Jihad«-Bewegung nahe steht, kühlte das Interesse der SD an den IslamhasserInnen ab. Und da die SD in aktuellen Umfragen mittlerweile die drittstärkste Partei Schwedens ist, möchte sie diesen Erfolg wohl kaum durch die Teilnahme an Kundgebungen mit umstrittenen Organisationen gefährden.

Arbeitsteilung

Die EDL gründete gemeinsam mit SION und der »International Civil Liberty Alliance« (ICLA) die »European Freedom Initiative« (EFI), um Auftritte auf europäischer Ebene zu organisieren. Die Kundgebung in Stockholm war ihr erster »globaler« Auftritt und eine Fortsetzung der EFI-Demonstrationen in Amsterdam am 30. Oktober 2010 und in Århus

allerdings nur etwa zwanzig auf der Kundgebung. Auf der Bühne waren weder schwedische Fahnen sichtbar, noch gab es Beiträge schwedischer RednerInnen. Isak Nygren, Sprecher der SDL, war ausschließlich für Interviews mit JournalistInnen da.
Der Schritt von einer »Counter-Jihad«-Bewegung auf Facebook zu einer auf der Straße ist groß – eine Erfahrung, die auch vergleichbare Organisationen wie die »German Defence League« in den letzten zwei Jahren machen musste. Der Erfolg, den die EDL im Gebrauch sozialer Medien für die Massenmobilisierung auf der Straße vorweisen kann, ist nur schwer zu kopieren. Allerdings bleibt auch die Frage, ob die englische Organisation – beziehungsweise die »Bewegung« – die Aktion tatsächlich als massiven Straßenprotest geplant hatten. Nach dem Aufmarsch in Århus dürfte klar gewesen sein, dass es keine Massenveranstaltung wird – doch das stört sie offenkundig nicht, denn die Inszenierung in Stockholm reicht als Kulisse für neue Propaganda-Videos, von denen etliche nach der Veranstaltung auf Youtube online gestellt wurden. Dort lassen sich die Botschaften des »Counter Jihad« am einfachsten verbreiten. Dieses Mal jedoch mit einem lästigen Chor von Vuvuzelas der Gegenproteste im Hintergrund.

^ v. l. n. r. Michael Stürzenberger, Pamela Geller, Mimosa Koiranen, Kev Caroll, Robert Spencer,



Das Phänomen »Tea Party«

Seit 2009 besteht unter dem Namen »Tea Party« eine äußerst einflussreiche politische Bewegung am rechten Rand der »Republican Party«. Über ihre Entwicklung und ihre Bedeutung sprach Horst Zimmer mit Dr. Lawrence Rosenthal. Er ist Direktor des »Berkley Center for Right-Wing Studies« an der Universität von Kalifornien, USA, und mit Christine Trost Herausgeber des Buchs »Steep. The Precipitous Rise of the Tea Party« (University of California Press, 2012).

drr: Was genau ist die »Tea Party«? Ein Netzwerk? Eine Bewegung?

LR: Dafür muss ich etwas ausholen. Die beste Beschreibung der »Tea Party« ist: Sie ist eine soziale und politische Bewegung, die aus zwei Strömungen besteht. Eines ist das sehr starke Primat des freien Markts. Dieser wurde maßgeblich von der konservativen Unternehmenselite als Gegenmodell zu der Politik des »New Deal« unter Franklin Roosevelt entworfen, das die Ideologie der konservativen Bewegung geformt hat, die seit den 1930er Jahren daran arbeitet, die »Republikanische Partei« zu dominieren, um die Ausrichtung der Sozialpolitik des »New Deal« und seine liberalen Nachfolger zu überwinden.

Bis 1980, als mit der Wahl von Ronald Reagan die konservativen Verfechter des freien Markts an die Macht gekommen sind, mussten diese außerhalb dieses Machtzirkels für ihre Ziele kämpfen. Und seit der amerikanische Konservatismus an die Macht gekommen ist, bewegt er sich konstant nach rechts. Trotzdem zeigt er sich dauerhaft unzufrieden mit den Kompromissen, die durch die machthabende Konservative eingegangen werden, und sieht sich selbst weiterhin als aufständische Kraft.

Das zweite Element ist der rechte Populismus, der in den vergangenen hundert Jahren immer wieder aufgetaucht ist. So waren dessen führende Protagonisten maßgeblich an der Durchsetzung der Prohibition im Zeitraum zwischen 1919 und 1933 beteiligt. In ihrer Weltsicht war der »Dämon Alkohol« die Erklärung für die durch Immigration, Verstädterung und Industrialisierung hervorgerufenen Umbrüche zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Dieser Rechtspopulismus hat auch gegen die Lehre der Evolutionstheorie an den Schulen Front gemacht, steht sie doch im Widerspruch zur fundamentalistischen, wortgetreuen Auslegung der Bibel. Mit der Aufhebung der Prohibition und der juristischen Niederlage im sogenannten »monkey trial« 1925 – es ging dabei um die strafrechtliche Verfolgung der Lehren der Evolutionstheorie im Bundesstaat Tennessee – verschwand der Rechtspopulismus für mehrere Jahrzehnte von der Bildfläche.

In den 1960er Jahren tauchte der Rechtspopulismus wieder aus der Versenkung auf. Seine Protagonisten sahen sich einer noch nie dagewesenen Bedrohung ausgesetzt: Die Bürgerrechtsbewegung kämpfte für die Aufhebung der rassistischen Diskriminierung, die Frauenbewegung forderte ihre Rechte, die Anti-Kriegsbewegung befand sich auf ihrem Höhepunkt, Abtreibungen wurden legalisiert, das Schulgebet abgeschafft und die allgemeine Moral durch »Sex, Drugs and Rock´n ´Roll« untergraben. Als Reaktion fanden sich in den 1970er Jahren die beiden Elemente - Verfechter des absolut freien Markts und die traditionellen Populisten – in einer konservativen Bewegung zusammen. Ende des Jahrzehnts bekam diese Bewegung Zugang zur Macht und sollte die amerikanische Politik für die nächsten 25 Jahre dominieren.

Die »Tea Party« ist eine weitere machtvolle Erscheinungsform dieser beiden politischen Strömungen – allerdings mit einer Radikalität, die neu ist. Viele wurden von ihrem Erscheinen und ihrem Erfolg überrascht: War doch die herrschende Meinung, die konservative Bewegung sei nach dreißig Jahren an der Macht mit der katastrophalen Präsidentschaft von Georg W. Bush am Ende.

drr: Wo sehen Sie die Ursachen für den Aufstieg der »Tea Party«?

LR: Zwei Ereignisse haben im Herbst 2008 entscheidend zur Wiederauferstehung des Rechtspopulismus und der Verfechter des absolut freien Markts beigetragen: die an die 1930er Jahre erinnernde Finanzkrise und die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA.

Die Marktradikalen sind sehr schnell dazu übergegangen, die Krise für ihre langfristigen Ziele, wie zum Beispiel die Absenkung der Steuerabgaben auf ein Minimum sowie den Rückbau des Sozialsystems, auszunutzen. Rasch hatten sie die maßgeblichen Themen der »Tea Party« vorgegeben, indem sie nationale Netzwerke bildeten – oft im Internet –, die sich regelmäßig mit konservativen Massenmedien absprachen und koordinierten. Als sich dann die »Tea Party«-Gruppen sprunghaft verbreiteten, wurden diese durch die rechten Aktivisten logistisch, strategisch und politisch unterstützt. Zudem wurden auf lokaler Ebene Anführer gefördert (speziell die mit finanzpolitischem Schwerpunkt), die zum Teil national bekannt wurden.

Die »Tea Party« setzt sich im Übrigen überwiegend aus der weißen oberen Mittelschicht zusammen mit einem Altersdurchschnitt jenseits der 50. Die Finanzkrise – mit dem drastischen Wertverlust auf dem Immobiliensektor – hat bei ihnen eine Panik ausgelöst. Ihre relativ stabile und sichere ökonomische Situation erschien plötzlich gefährdet.

Und, das muss gesagt werden, die »Tea Party«-AnhängerInnen sehen sich selbst als die »echten Amerikaner«, die ihren Wohlstand durch lebenslange harte Arbeit verdient haben. Sie betrachten Liberale, Gewerkschaften und häufig Minderheiten als Kräfte, die sie enteignen und ihr Eigentum an diejenigen verteilen wollen, die es nicht »verdient« haben – sprich die Armen, die nie hart gearbeitet hätten.

Die Wahl eines afro-amerikanischen demokratischen Präsidenten verwandelte diese Panik in eine politische Bewegung. Der alte Unmut über den »kulturellen Elitismus« der Demokraten – in den Augen der Rechtspopulisten »denken die Liberalen, dass sie alles besser wissen; auch wollen sie uns vorschreiben, wie wir unser Leben gestalten sollen« – kombiniert mit der Angst vor dem sozialen und ökonomischen Abstieg – »uns« wird etwas weggenommen, um es den «anderen« zu geben – ist eine starke Motivation, um Millionen unter dem Banner der »Tea Party« zu mobilisieren.

Diese Gefühlsgemengelage hat dabei zu einer tiefgreifenden Übereinstimmung zwischen der populistischen Basis und den Marktradikalen geführt. Für die »Tea Party«-AnhängerInnen stellt die liberale Sozialpolitik einen Versuch dar, die ökonomische Sicherheit zu unterminieren, während die Marktradikalen das Ziel haben, den Wohlfahrtsstaat zu überwinden. Was aber die »Tea-Party« letztlich auf die politische Landkarte brachte, war deren erbitterter Widerstand gegen Obamas Bestrebungen, eine Krankenversicherung für alle BürgerInnen einzuführen. Für die »Tea Party«-AnhängerInnen bedeutet dies, dass eines ihrer Privilegien – eine verbindliche Krankenversicherung – einer Gefahr ausgesetzt würde, einfach weil anderen, die dies ihrer Ansicht nach nicht verdienten, etwas ähnliches angeboten würde.

drr: Aber kann denn die »Tea Party« tatsächlich als »Graswurzel-Bewegung« bezeichnet werden?

LR: Gute Frage. In den USA wird dies unter der Fragestellung diskutiert – »Graswurzel- oder Astroturf-Bewegung«? Letzteres ist die Bezeichnung für Kunstrasen, wie er in den 1960er Jahren für die Baseball-Indoor-Stadien in den USA entwickelt wurde.

Die Antwort ist, dass die Bewegung beides ist. Während der »Astroturf«-Flügel – etablierte rechte Institutionen – die Bewegung formte und seinen Fokus auf den absolut freien Markt lenkte, wurde seinen AnhängerInnen klar, dass all die landesweit entstehenden Gruppen mit großer Eigenständigkeit agieren würden. Ein gutes Bespiel für den begrenzten Einfluss der »Astroturfs« war die Position der Bewegung zu Obamas Initiative zur Etablierung einer Krankenversicherung. Für die Marktradikalen ist die Opposition gegen die Krankenversicherung Teil der allgemeinen Ablehnung jeglicher staatlichen Wohlfahrt – insbesondere der Pensionen und des Medicare, der Krankenversicherung für Pensionierte. Und ihrer Meinung nach sollte die »Tea Party« selbstverständlich auch für ihren Rückbau eintreten sowie gegen die Ausweitung der Krankenversicherung (»Tea Party«-Jargon: »Obamacare«) für die 40 bis 50 Millionen unversicherten BürgerInnen der USA. Doch in diesem Fall zogen die Populisten nicht mit. Sie waren nicht per se gegen den Wohlfahrtstaat, sondern nur dagegen, ihn auf andere Menschen auszuweiten. Bester Ausdruck dafür war ein Protestbanner mit der Parole »Regierung: Hände weg von meinem Medicare« auf zahlreichen Demonstrationen gegen »Obamacare«.

Weiterhin ist es so, dass die »Astroturfs« mit ihrem Fokus auf eine Politik des freien Marktes die Bewegung von der »sozialen Frage« abkoppeln wollen, die eigentlich eine Sammlung von moralischen und oft auch religiösen Standpunkten ist, die zentrale Bedeutung für die rechten TraditionalistInnen haben. Dabei geht es beispielsweise um die Ablehnung von Abtreibungen und die Trennung von Staat und Kirche. Deswegen vertreten die »Astroturfs« die Ansicht, die Fokussierung auf die »soziale Frage« sei eine Vorliebe der liberalen Medien, um die »Tea Party« als »hinterwäldlerisch« in einem negativen Licht darzustellen. Aber an der Basis der rechten TraditionalistInnen wird daran nicht gezweifelt. In einer Ortsgruppe in Pennsylvania entbrannte beispielsweise ein heftiger Streit darüber, ob denn die »soziale Frage« nun Teil der Agenda sei oder nicht. »Gott hat mich nicht vier Monate jeden Morgen um vier Uhr geweckt, um zu sagen: Wir haben ein Steuerproblem«, so fasste es schließlich ein Aktivist zusammen: »Er hat mich geweckt, weil er sagte: Mein Land liebt mich nicht mehr so wie es mich mal geliebt hat.«

drr: Ich finde aus deutscher oder europäischer Perspektive die »Tea Party« sehr befremdend, weil sie offenkundig so irrational ist. Ihre AktivistInnen leugnen den Klimawandel und glauben an Verschwörungen wie die, dass Obama kein US-Amerikaner sei. Was ist das für eine seltsame Basis?

LR: Sie beziehen sich damit auf die ›Besonderheiten‹ des populistischen Flügels der »Tea Party«. Rechtspopulismus in den USA hat immer Elemente von christlichem Fundamentalismus und Nativismus beinhaltet. Zusätzlich dazu haben seit langem existierende und häufig extrem rechts angesiedelte Organisationen versucht, auf der »Tea Party«-Welle zu reiten. Manchmal schaffen es deren politische Positionen, wie zum Beispiel ihr Waffenfanatismus und ihr Hang zu bewaffneten Milizen, bis in die Diskurse und Demonstrationen der »Tea Party«, auch wenn das eine Verfälschung des Kerns der »Tea Party« ist.

Um die »Tea Party« zu begreifen, ist es zentral, ihr Selbstbild, ihre Identität zu verstehen. Wie bei vielen rechten Bewegungen ist die Eigenwahrnehmung der »Tea Party« als die »echten Amerikaner« ein Konstrukt in Abgrenzung zu den »Anderen«. Für sie sind die »Anderen« die Fremden, die Nicht-Christen. Eine in der Tat befremdliche Sache ist die Neigung, Obama persönlich und den Liberalismus der »Demokratischen Partei« mit »fremden« und »feindlichen« Ideologien gleichzusetzen, mit Kommunismus, Nationalsozialismus und Obama wahlweise als Hitler oder Stalin zu bezeichnen. Manchmal verdammen sie den Liberalismus aber einfach auch als »europäisch«. Interessant ist die Beobachtung, dass, als 1993 mit Bill Clinton zuletzt ein Demokrat Präsident wurde, die Aktivitäten auf Seiten der extremen Rechten zunahmen – seinerzeit in erster Linie bei der Miliz-Bewegung. In beiden Fällen herrschte die Meinung, nach den Jahren der republikanischen Herrschaft regiere jetzt jemand »Unamerikanisches« das Land. Bei der extremen Rechten herrscht das Gefühl, »ihr Land« sei unter eine Fremdherrschaft gekommen. Das vielleicht verbreitetste Gefühl in der »Tea Party« ist die Notwendigkeit, »unser Land« zurückzuerobern – von den »Unamerikanern«, die es genommen haben.

Im Fall von Obama ist auch die »Rassenfrage« involviert. Ausgesprochener Rassismus ist mittlerweile ein Tabu in der amerikanischen Politik, sogar bei den konservativsten Vertretern. Wenn heute Rassismus in der amerikanischen Politik auftaucht, dann meistens über Umwege. Die unter der »Tea Party« weit verbreitete Überzeugung, dass Obama nicht in den USA geboren wurde (und somit verfassungsmäßig kein legitimierter Präsident sei) personifiziert die »Fremdheit« der »Demokratischen Partei« wie nie zuvor. Diejenigen aus der extremen Rechten, die ihn einen Moslem nennen, setzen ihn damit mit dem derzeitig größten Feind der USA gleich – ähnlich wie die Bezeichnung »Liberaler«, »Kommunist« oder »Faschist« im 20. Jahrhundert mit den großen Feinden Amerikas assoziiert wurde. Diese extreme Zuschreibung des »Fremden« in der Person von Obama ist der dominierende Teil des indirekten Rassismus, der den schwarzen Mann im Weißen Haus trifft.

drr: Vielen Dank für das Gespräch.

Netzwerker für ein »weißes Europa«

Die ZielfahnderInnen des Thüringer »Landeskriminalamt«, die sich Ende der 1990er Jahre auf die Suche nach den untergetauchten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe machten, rechneten diese zum harten Kern von »Blood and Honour«. Etliche der nun verhafteten NSU-UnterstützerInnen waren ebenso für das Neonazi-Netzwerk aktiv, oder pflegten gute Kontakte dorthin. So auch Ralf Wohlleben, der dem NSU eine Waffe und Munition besorgt haben soll. Gerade seine Aktivitäten zeigen, dass diese Vernetzung weit über die Grenzen der BRD hinausgeht. Zum Beispiel nach Italien.

von Björn Resener

Ralf Wohlleben war maßgeblich für das von 2005 bis 2009 in Thüringen veranstaltete »Fest der Völker« verantwortlich. Obwohl die deutsche Gliederung von »Blood and Honour« seit September 2000 verboten ist, traten bei dem RechtsRock-Event fast ausschließlich Bands aus dem internationalen Netzwerk auf.
Für die »Veneto Fronte Skinheads« (VFS) aus Italien war das Fest nicht zuletzt deshalb ein beliebtes Ausflugsziel. Im Juni 2006 zeigten sie dort sogar mit einem Infostand Präsenz. Es war dasselbe Jahr, in dem auch Daniel »Gigi« Giese auftrat, gegen den zurzeit ermittelt wird, weil er den rassistischen Hintergrund der NSU-Morde schon ein Jahr vor ihrem Auffliegen besang.
Im April 2007 veranstalteten die OrganisatorInnen des »Fest der Völker« gemeinsam mit den VFS ein Konzert in deren Heimat. Keine zwei Monate später nahmen etwa 50 »Veneto Fronte Skinheads« an einer Neonazi-Demonstration in Frankfurt teil. Auf ihrer Website berichten die ItalienerInnen, dass dort »die italienisch-deutsche Partnerschaft mit dem Fest der Völker Verein gestärkt« wurde. Es war nur konsequent, dass ihr Präsident Giordano Caracino im darauf folgenden Jahr als Redner auf Wohllebens RechtsRock-Veranstaltung auftreten durfte.



^ *2004 beim »Rudolf Hess Gedenkmarsch« in Wunsiedel*

Von Anfang an dabei

Die »Veneto Fronte Skinheads« wurden 1986 von Piero Puschiavo gegründet und hatten ihren ersten öffentlichen Auftritt als italienische Delegation beim »Rock Against Communism«-Festival im englischen Suffolk. Im Juni 1987 gründeten Ian Stuart Donaldson und einige englische RechtsRock-Bands das »Blood and Honour«-Netzwerk. Noch im selben Jahr organisierten die VFS ihre ersten Konzerte in Italien, unter anderem mit den englischen »Blood and Honour«-Bands »No Remorse« und »Brutal Attack«.
Ende August 1991 veranstalteten sie das dreitägige »Ritorno a Camelot«-Festival, bei dem auch Ian Stuart Donaldson mit seiner Band »Skrewdriver« auftrat. Als Konsequenz aus ebenfalls im Programm stehenden Diskussionsrunden schlossen sich die »Veneto Fronte Skinheads« noch vor Ort mit dem »Movimento Politico« aus Rom, der »Azione Skinhead« aus Mailand und diversen kleineren Gruppen zum Neonazi-Netzwerk »Base Autonoma« zusammen.
Nachdem »Movimento Politico« in Rom gelbe Davidsterne auf Geschäfte im jüdischen Viertel klebte und damit eine militante Reaktion der jüdischen Gemeinde provozierte, war der »Bewegung« in ganz Italien Aufmerksamkeit beschert. Als Reaktion erließ das italienische Parlament im Dezember 1992 das »Mancino«-Gesetz, das Aufstachelung zum »Rassenhass« erstmals unter Strafe stellte. Im Mai des folgenden Jahres wurden »Base Autonoma« und alle darin organisierten Gruppen verboten. Nur die seit 1990 offiziell als »Kulturverein« anerkannten »Veneto Fronte Skinheads« durften weiter bestehen.
Die folgenden Jahre waren aber auch für die Skinheads aus dem italienischen Nordosten von Prozessen und Verhaftungen geprägt. Nichtsdestotrotz organisierten sie weiterhin rassistische Kampagnen, Konzerte und sogar Festivals. Zu den Wichtigsten zählte sicherlich das erste »Veneto Summer Fest« im Juli 1999, bei dem die schwedischen RechtsRocker von »Ultima Thule« ihren ersten Auftritt in Italien hatten.

Der kurze Marsch durch die Institutionen

Im selben Jahr begannen die »Veneto Fronte Skinheads«, Kontakte in die italienische Parteienlandschaft zu knüpfen. Sie unterstützten im März zwei Demonstrationen der neofaschistischen »Fiamma Tricolore«. Nach der Jahrtausendwende wurde diese Kooperation intensiviert, so dass viele der Aktivitäten in der Region Venetien nunmehr gemeinsam organisiert wurden.
Im Juni 2004 wurde Luca Romagnoli, der Vorsitzende der »Fiamma Tricolore«, ins Europaparlament gewählt. Drei Monate später trat Piero Puschiavo, noch immer Präsident der VFS, in die Partei ein. Seine Gefolgschaft tat es ihm gleich und garantierte Puschiavos unmittelbaren Aufstieg. Schon 2005 war er Chefkoordinator der »Fiamma Tricolore« in der Region Venetien, wurde in den Parteivorstand gewählt und zum Hauptverantwortlichen für das Parteiprogramm gemacht.

Im August 2006 trat Piero Puschiavo als Präsident des »Kulturvereins« zurück. An seine Stelle trat übergangsweise Francesco Guglielmo Mancini, der seit den späten 1980er Jahren eine wichtige Schnittstelle zwischen den Neonazis und den Ultras von »Hellas Verona« darstellt. Ihm gehört der Laden »Black Brain« im Zentrum Veronas, wo Bekleidung von »Thor Steinar«, »Screwdriver«-Merchandise und Fanutensilien von »Hellas Verona« mit SS-Totenkopf und Wolfsangel verkauft werden. Zwei Monate später war mit dem jungen Giordano Caracino schließlich ein Nachfolger für den Präsidenten gefunden, der dem Verein bis heute vorsteht. Puschiavos Rückzug aus der italienischen »Blood and Honour«-Struktur war allerdings rein formal, denn im italienischen Nordosten handelte es sich bei den »Veneto Fronte Skinheads« und der »Fiamma Tricolore« weiterhin um dieselben Personen. Im Mai 2007 trat der »Lega Nord« Politiker Flavio Tosi mit einer eigenen Liste bei den Kommunalwahlen in Verona an. Die »Fiamma Tricolore« beziehungsweise. »Veneto Fronte Skinheads« unterstützten seinen rassistischen Wahlkampf und hatten mit Andrea Miglioranzi einen der ihren auf der »Lista Tosi«. Mit 16,4 Prozent gewannen sie acht Sitze im Stadtrat. Miglioranzi, der zwischen 1994 und 2006 Bassist der RechtsRock-Band »Gesta Bellica« war, wurde Fraktionsvorsitzender. Weil die Kandidatur von Flavio Tosi auch von den Listen der »Lega Nord«, von »Forza Italia«, der »Alleanza Nazionale« und den ChristdemokratInnen unterstützt wurde, vereinte er letztlich 60,7 Prozent der Stimmen auf sich und wurde zum Bürgermeister der Provinzhauptstadt gewählt.



^ *»Blood & Honour«-Konzert, »Rock against Communism«, 2001*

Angstzone Verona

Flavio Tosi gab sich keinerlei Mühe, seine Verbindungen zum »Kulturverein« zu verschleiern. Am 15. Dezember 2007 lief er gemeinsam mit Piero Puschiavo und Andrea Miglioranzi an der Spitze einer Demonstration von »Fiamma Tricolore« und den »Veneto Fronte Skinheads« durch Verona. Die gesellschaftliche Akzeptanz bestätigte die Neonazis in ihrem Handeln. Am Abend nach der Demonstration wurden in der Stadt vier Männer zum Ziel eines rassistischen Überfalls. Die bewaffneten Angreifer waren Mitglieder der »Fiamma Tricolore« und hatten tagsüber gemeinsam mit dem Bürgermeister demonstriert. Zu ihnen gehörte auch Gabriele Cristiano, seit 1994 Schlagzeuger von »Gesta Bellica« und somit ein guter Bekannter des neuen Stadtrats Andrea Miglioranzi.

Keine fünf Monate später, in der Nacht zum 1. Mai 2008, wurde der 29-jährige Nicola Tommasoli in Verona von fünf Jugendlichen ins Koma geprügelt. Die Täter waren Ultras von »Hellas Verona«. Ihr Opfer verstarb wenige Tage später an den Folgen des Überfalls. Bereits 2007 wurde gegen einige der Mörder ermittelt, weil sie regelmäßig Überfälle auf Menschen verübten, die ihrer Meinung nach nicht ins Stadtbild passten. Bei einer in diesem Zusammenhang stattfindenden Hausdurchsuchung wurden Waffen, aber auch Materialien der »Veneto Fronte Skinheads« und der »Fiamma Tricolore« gefunden. Veronas Bürgermeister beeilte sich, die Tat zu verurteilen und zu entpolitisieren. Und die »Veneto Fronte Skinheads« widersprachen vehement Medienberichten, die den Haupttäter ihrer Gruppe zurechneten. Die Schützenhilfe von Italiens ehemaligem Außenminister und Vorsitzendem der »Alleanza Nazionale« Gianfranco Fini ließ nicht lange auf sich warten: Auch er verurteilte zwar den Mord, erklärte jedoch, dass das Verbrennen von US-amerikanischen und israelischen Flaggen auf der 1. Mai-Demonstration in Turin viel schlimmer gewesen sei. Damit war die Debatte um die politische Verantwortung für den Mord beendet, bevor sie überhaupt begonnen hatte.

Ein Knoten im europaweiten Neonazi-Netzwerk

Zeitgleich zu ihrer Annäherung an die politische Elite Italiens, strickten die VFS an der informellen Vernetzung mit der europäischen Neonazi-Szene. Einerseits etablierte sich das »Veneto Summer Fest« spätestens seit 2002 zum regelmäßigen Ausflugsziel von Neonazis aus ganz Europa. Andererseits schickte der »Kulturverein« jedes Jahr Delegationen zu Aufmärschen ins Ausland. Ganze Busladungen italienischer Neonazis nahmen in den Jahren 2002 bis 2004 an den Rudolf Heß-Gedenkmärschen im bayerischen Wunsiedel teil. Im Dezember 2003 reiste eine Abordnung nach Salem zum damals größten Neonazi-Aufmarsch in Skandinavien. Am 1. Mai 2004 hieß das Ausflugsziel Berlin, wo die NPD zu einer Großdemonstration geladen hatte. Im Februar 2005 marschierten zehn »Veneto Fronte Skinheads« mit mehreren tausend KameradInnen durch Dresden. Und am 20. November desselben Jahres nahm eine Delegation am Franco-Gedenken im »Valle de los Caidos« bei Madrid teil.

2005 intensivierten die VFS den Kontakt zu den Thüringer Neonazi-Strukturen um Ralf Wohlleben, um den sich bis mindestens 2009 intensiv gekümmert wurde. Aber auch der Kontakt zu den KameradInnen von »Blood and Honour« in Spanien wurde gepflegt. So reisten einige »Veneto Fronte Skinheads« am 24. Februar 2007 zu einem Konzert, mit dem die inzwischen verbotene Division ihren siebten Jahrestag feierte.

Zurück zu den Wurzeln

Anfang September 2011 feierte der »Kulturverein« sein 25-jähriges Bestehen mit einer Neuauflage des dreitägigen »Ritorno a Camelot«-Festivals. Für die Podien konnten sowohl Negationisten und altgediente Kader der italienischen Rechten, als auch der Europaabgeordnete Mario Borghezio von der »Lega Nord« gewonnen werden. Zudem wurde deutlich, dass die Gruppe bis heute ein wichtiger Bezugspunkt im Netzwerk der italienischen und europäischen Neonazi-Szene ist. Nicht nur, dass etliche deutsche und spanische Neonazis zum Festival anreisten. Auch die relevanten Neonazi-Gruppen Italiens gaben sich die Ehre, von den römischen »SPQR-Skins« bis zur lombardischen »Lealtà ed Azione«, von den »Apulia Skinheads« aus Süditalien bis zu den »Sardegna Skinheads« von der italienischen Mittelmeerinsel.

Ganz in der Tradition des 20 Jahre zurück liegenden »Ritorno a Camelot«, wurde am Tag nach dem Festival der Organisationsaufbau verkündet. Demnach sollte Ende Oktober 2011 das erste italienweite »Blood and Honour«-Treffen im römischen »Skinhouse« stattfinden. Letztlich war der politische Druck am Jahrestag des faschistischen »Marsch auf Rom« aber zu groß. Das Treffen wurde abgesagt, beziehungsweise auf den 15. Mai 2012 verschoben. Denn bei der 20-Jahre-Feier der »SPQR-Skins« im »Skinhouse Roma« hatte die Szene ihr nächstes Stelldichein. Für die musikalische Unterhaltung sorgte, wie schon 1987, die englische »Blood and Honour«-Band »Brutal Attack«.

»Waffenbrüder«

Bayerische Neonazis sind eng mit »Kameraden« aus Ungarn verbandelt, besuchen sich gegenseitig, unterstützen einander und organisieren gemeinsam Veranstaltungen. Sie verstehen sich als »Waffenbrüder«.

von Lara Schultz



^ 2007 »Tag der Ehre« in Budapest: Norman Bordin im Waffenbrüder-T-Shirt neben dem ungarischen Nazi von »Blood & Honour«

Wettkämpfe im Fußball, Boxen, Rugby und in Mixed Martial Arts sowie ein Kinderprogramm: »Blood & Honour Hungária« (BHH) und die ungarische »Nemzeti Forradalmi Párt« (Nationalrevolutionäre Partei, NFP) mobilisieren seit Frühjahr zum »Sporttag für die Söhne Europas« am 22. September 2012 in Budapest. Auf den ungarisch- und englischsprachigen Flyern für die dem »Blood & Honour« (B&H)-Gründer Ian Stuart Donaldson gewidmete Veranstaltung posiert der Schirmherr der Veranstaltung, der ungarische MMA-Kämpfer und NS-Straight-Edger Attila Petrovszki, in Kämpferpose. Eindeutig sind Tätowierungen vom Gesicht Adolf Hitlers und einer Hakenkreuzfahne auf seinem entblößten Oberkörper zu erkennen.

Seit August bewerben Neonazis auch in Deutschland das Event. Petrovszkis NS-Tattoos sind auf dem deutschen Flyer verpixelt und das BHH-Logo ist durch das vom bayerischen Kameradschaftsnetzwerk »Freies Netz Süd« (FNS) verwendete Symbol »Nationale Sozialisten Deutschland« ersetzt. Trotz des »B&H«-Verbots in Deutschland im Jahr 2000 und des Verbots von »Vér és Becsület Kulturális Egyesület« (»Kulturverband Blut und Ehre«) 2005 in Ungarn bewirbt das FNS die Veranstaltung auf seiner Homepage und gibt sich durch das Logo sogar als Mitveranstalter aus.

Langjährige Zusammenarbeit

Bayerische Nazis pflegen seit Jahrzehnten Kontakte nach Ungarn und zu den dortigen »B&H«-Strukturen: Seit 1997 begehen ungarische und andere europäische Nazis alljährlich im Februar in und um Budapest den »Tag der Ehre« (s. drr Nr. 105, 111, 117, 123). Mit einer Versammlung und anschließendem RechtsRock-Konzert wird dabei der Verteidigung der Budaer Burg vor der »Roten Armee« durch »Wehrmacht«, »Waffen-SS« und ungarische »Pfeilkreuzler« im Winter 1944/45 gedacht. Matthias Fischer, führender Aktivist des FNS, war eigenen Angaben zufolge im Jahr 2012 bereits zum 14. Mal bei dieser Veranstaltung dabei. Filmaufnahmen des Journalisten Thomas Kuban belegen, dass Matthias Fischer und Norman Bordin, damals als Funktionäre der bayerischen NPD in Budapest, beim Konzert zum »Tag der Ehre« 2007 den Hitlergruß zeigen.

Im Juli 2010 war beim »2. ungarisch-slowakischen Freundschaftstreffen«, das die »Arrabona NS Crew« gemeinsam mit »Pax Hungarica« und BHH im ungarischen Györ veranstaltete, auch eine Delegation des »Freien Netz Süd« vertreten. Die »Arrabona NS Crew« wird von ungarischen AntifaschistInnen als organisierte »Hate Group« bezeichnet und pflegt aufgrund der ähnlichen Ideologie eine Art Allianz mit BHH. »Pax Hungarica« gilt als Nachfolgeorganisation des verbotenen ungarischen »Blood & Honour«-Netzwerks. Die Mitglieder tragen bei öffentlichen Veranstaltungen Uniformen, die an die der »Pfeilkreuzler« erinnern.

Am Neujahrsempfang der ungarischen NFP 2011 in Budapest nahmen Aktivisten des FNS teil. Mit Zsolt Illés war auch der führende Vertreter der ungarischen B&H-Sektion vertreten. Nach FNS-Angaben wurden dabei Veranstaltungen wie der »Tag der Ehre« und der Aufmarsch zum 1. Mai 2011 in Heilbronn besprochen.

Am 20. April 2011 reiste eine Delegation der BHH-Sektion »Donauknie« auf Einladung Münchener Nazis in die bayerische Landeshauptstadt. Auf dem fünftägigen Besuchsprogramm standen die Ausstellung »Nationalsozialismus in München« im Stadtmuseum, die Feldherrnhalle und Bauten des NS-Staats: SS-Bunker, eine Kaserne der Waffen-SS, die Reichsfinanzschule Herrsching und das ehemalige »Führerhauptquartier« auf dem Obersalzberg. Fünf Tage später kam es anlässlich eines privaten RechtsRock-Konzerts zum Gegenbesuch im ungarischen Vác am Donauknie.

Die bayerischen und ungarischen Neonazis kooperieren auch bei den jährlichen »Frankentagen« des FNS, so wurden bereits Grußworte von Zsolt Illés verlesen und ungarische RechtsRock-Gruppen eingeladen. Mit »Verszerzödes« (»Blutsbande«) ist auch für den Frankentag am 8. September 2012 in Mainleus-Schwarzach eine ungarische »RAC«-Band angekündigt.

Der »Deutsch-Ungarische Freundeskreis«

Seit vielen Jahren werden bei Aufmärschen in beiden Ländern Transparente eines »Deutsch-Ungarischen Freundeskreises« (DUF) gezeigt. Dies ist eher als Bekenntnis zur Zusammenarbeit denn als tatsächlich bestehende Struktur zu verstehen. Nur Zsolt Illés und Matthias Fischer sind bisher im Namen dieses »Freundeskreises« öffentlich aufgetreten. Gegen eine feste Gruppierung sprechen auch die unterschiedlichen Bezeichnungen: Auf den erwähnten Bannern steht auf Ungarisch schlicht »Deutsch-Ungarische Freundschaft«, in Veranstaltungsberichten ist jedoch auch von einem »Deutsch-Ungarischen Kreis von Freunden« die Rede. Daneben tragen bayerische Neonazis immer wieder öffentlich T-Shirts mit dem Aufdruck »Waffenbrüder Deutschland Hungary«.

Und während der »Deutsch-Böhmische Freundeskreis« (DBF) über eine eigene Webpräsenz verfügt und gemeinsam Aktionen zu aktuellen politischen Fragen durchgeführt werden, tut sich der DUF eher im wiederholten Bekunden der gemeinsamen Freundschaft unter dem Label der »Waffenbrüderschaft« hervor. Doch im Grunde ist das freilich auch nur inhaltsleere Rhetorik.

»Zelle« und »Terror-Trio«

von Ernst Kovahl

Über den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) sind in den letzten Wochen zwei neue Bücher erschienen, weitere werden folgen. Zum einen ist das »Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland« von dem Journalisten Christian Fuchs und dem NDR-Reporter John Goetz. Zum anderen »Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse – Szene – Hintergründe« von dem Journalisten Maik Baumgärtner und dem Redakteur beim »Berliner Kurier«, Marcus Böttcher. Ein weiterer Band erscheint in diesen Tagen von Patrick Gensing (»Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik«) und wird in der kommenden Ausgabe von »der rechte rand« besprochen, ebenso wie das Buch »Rechtsterrorismus in Deutschland. Vom Dutschke-Attentat bis zur Zwickauer-Zelle« von Thomas Skelton-Robinson, das vom »Hamburger Institut für Sozialforschung« für Ende September angekündigt ist.

Die Autoren von »Die Zelle« und »Das Zwickauer Terror-Trio« haben sich für ein journalistisches Herangehen an das Thema und einen reportagenhaften Stil entschieden. Dabei verzichten sie auf Fußnoten und detaillierte Quellenangaben. In beiden Publikationen werden die Geschichte des NSU, seiner Mitglieder und UnterstützerInnen, das Entstehen der Thüringer Neonazi-Szene in den 1990er Jahren, die späteren Anschläge, Morde und Überfälle sowie letztlich das Auffliegen ausführlich und detailliert nacherzählt. Das Zielpublikum beider Bücher ist eine breite Öffentlichkeit, die einen leicht lesbaren Einstieg in das Thema verlangt.

Neben allen Ähnlichkeiten gibt es auch Unterschiede: So flechten Fuchs und Goetz in »Die Zelle« in ihre nüchterne Schilderung der Ereignisse auch immer wieder Passagen ein, die den gesellschaftlichen Kontext pointiert beleuchten. Sie schildern beispielsweise die rassistischen Überfälle und Pogrome in den frühen 1990er Jahren, erwähnen das Aufblühen revanchistischer Forderungen bei den »Vertriebenen« und nationalistischen Taumel oder die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl als Reaktion der Politik auf rechte Gewalt. So beschreiben sie gesellschaftliche Stimmungen, in denen die späteren rassistischen Mörder aufwuchsen und agierten – und sich mutmaßlich in ihrem Denken und Handeln bestätigt fühlten. Dankenswerter Weise werfen Fuchs/Goetz auch einen kritischen Blick auf die Berichterstattung der Massenmedien während der Mordserie. Im Einklang mit den Sicherheitsbehörden wurden dort die Taten in den Kontext der organisierten Kriminalität oder von Drogenhandel und Schutzgeld-Erpressungen gerückt. Ein rechter und rassistischer Hintergrund wurde auch von JournalistInnen damals nicht für möglich gehalten und zum Teil sogar bestritten.

Baumgärtner und Böttcher haben ihr Buch chronologisch geordnet, was es zum Nachschlagen leichter verwendbar macht. In ihre Darstellung des NSU eingestreut, finden sich interessante Passagen zu rechtem Terror allgemein, internationalen Strukturen der Neonazi-Szene (zum Beispiel »Blood & Honour« oder »Combat 18«) und über frühere Debatten der rechten Szene zum Gang in den Untergrund. Auch rekonstruieren sie viele Geschehnisse rund um den NSU eng entlang den Ermittlungsakten, was das Buch auch für weitergehende eigene Recherchen interessant macht.

Drei Kritikpunkte sollen nicht verschwiegen werden. Erstens: Die Auswahl der Buchtitel ist mutmaßlich den Anforderungen des kommerziellen Verlagswesens geschuldet. Ein einfacher Titel verkauft sich besser. Die Bezeichnung des NSU als »Die Zelle« oder als »Das Zwickauer Terror-Trio« lädt dazu ein, die Struktur als eine abgeschlossene Gruppe zu deuten. Doch der NSU muss als Netzwerk gedacht werden. Auf sich allein gestellt hätten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe weder so lange abtauchen noch ungehindert die rassistische Anschlags-, Mord- und Überfallserie begehen können. Im Text der Bücher wird auf diesen Umstand auch ausdrücklich hingewiesen. So betont der Berliner Professor Hajo Funke in seinem Vorwort zu dem Buch »Das Zwickauer Terror-Trio«, dass sich das Umfeld des NSU aus einem Netzwerk von »Kameradschaften«, NPD und der Neonazi-Musikszene um »Blood & Honour« rekrutierte. Und der Redakteur der »Süddeutschen Zeitung« Hans Leyendecker weist in seinem Vorwort zum Buch »Die Zelle« darauf hin, dass der NSU »ohne die breite Unterstützung« der Neonazi-Szene nicht hätte leben können. Zweitens: Im Buch »Das Zwickauer Terror-Trio« werden (zu) viele Namen, offenbar aus juristischer Vorsicht, komplett unkenntlich gemacht. Das ist verwirrend und ärgerlich. Drittens: In beiden Büchern kommt der kritische Blick auf das Agieren des Staates zu kurz. Den Autoren muss zugestanden werden, dass mehrere Skandale um den Inlandsgeheimdienst, V-Leute und Aktenvernichtungen erst nach der Fertigstellung der Manuskripte ans Licht kamen. Dennoch sollte eine Darstellung des NSU zum heutigen Zeitpunkt vorsichtiger bei der Einschätzung sein, wie eng möglicherweise der Staat und das NSU-Netz verflochten waren. Für abschließende Antworten – sollten sie denn überhaupt je möglich sein – ist es noch zu früh.

Beide Bücher basieren auf soliden Recherchen und stellen das Geschehen detailliert dar. Wer auf der Suche nach einem guten und leicht lesbaren Einstieg in das Thema NSU ist, wird hier fündig.

Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher: Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse – Szene – Hintergründe, Berlin, Das Neue Berlin, 2012. 256 Seiten, 14,95 Euro.

Christian Fuchs/John Goetz: Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt, 2012. 270 Seiten, 14, 95 Euro.

»Braune Soß aus Franken«

von Ernst Kovahl

Das bayerische Franken ist eine Hochburg neonazistischer und extrem rechter Aktivitäten. Das dokumentiert eindrücklich die Broschüre »Braune Soß aus Franken«. Im Fokus der Öffentlichkeit stand das fränkische Nürnberg zuletzt, weil hier drei der rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) verübt wurden. Eine Stärke der Broschüre ist die historische Perspektive. Die AutorInnen steigen ein mit einem Abriss über Mittel- und Oberfranken als nationalsozialistische Hochburg schon vor 1933 und rechte Wahlerfolge in den Jahren nach 1945 sowie mit einem Kapitel über die NPD Ende der 1960er Jahre in der Region und den antifaschistischen Widerstand. Auch ein Hinweis auf damalige rechtsterroristische Strukturen ist enthalten.

Im Folgenden werden in je einem Kapitel die relevanten Städte und Regionen sowie Organisationen und Treffpunkte behandelt: die Neonazi-Szene in Nürnberg und das Wegschauen der zuständigen Institutionen, der »Thor Steinar«-Laden »Tonsberg«, die »Fränkische Aktionsfront«, das »Freie Netz Süd«, die »Anti-Antifa Nürnberg«, rechte Gewalt in Nürnberg und Fürth, Wahlerfolge der NPD 2008 und 2009, die »Heimattreue Deutsche Jugend«, die Aufmärsche in Gräfenberg, Aktivitäten im nördlichen Franken und der Oberpfalz, Polizeistrategien gegen antifaschistischen Protest, Alltagsrassismus, die »Kameradschaft Altmühltal«, rechte Aktivitäten im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, rechte Studentenverbindungen in Erlangen, Immobilien- und Grundstückkäufe, der rechts-esoterische »Zentralrat Souveräner Bürger«, das »Schloss Weißenstein« in Pommersfelden als Tagungsort des neonazistischen Verlags »Lesen & Schenken«, die antisemitische Medizinbewegung »Germanische Neue Medizin« und nationalsozialistische Symbolik bei Aufmärschen und in der Propaganda.

Fazit: Eine gut geschriebene Broschüre, die einen detaillierten Einblick in die neonazistischen und extrem rechten Strukturen in Mittel- und Oberfranken gewährt. Dankenswerterweise werden auch eher abseitige Themen aufgegriffen, der Blick fällt also nicht nur auf die dominierenden Organisationen. Mit zahlreichen Fotos bebildert und ergänzt um Literaturtipps, Adressen und ein Namens- und Sachregister: alles in allem eine gelungene Arbeit.

SoKo Kesselfleisch: Braune Soß aus Franken. Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Mittel- und Oberfranken und der Widerstand dagegen, Berlin, Argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung e. V., 2012. 98 Seiten, 6,- Euro + Porto. Bestellung unter: mail@argumente-netzwerk.de

Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa

von Toni Brandes

Mit einiger Verspätung ist der Begleitband zur im Frühjahr 2010 von der »Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg« organisierten Tagung »Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa. Demokratien im Umbruch?« als Online-Version veröffentlicht worden. Eingangs wird eine Definition der beiden Begriffe »Rechtspopulismus« und »Rechtsextremismus« vorgenommen. Hier werden die ideologischen Leitlinien der beiden Begriffe herausgearbeitet und gleichzeitig kritisch auf deren Verwendung – insbesondere der des »Rechtsextremismus« durch die VertreterInnen der »Extremismustheorie« – verwiesen. Im Folgenden werden von den AutorInnen die Entwicklung (rechts-)populistischer Bewegungen und Parteien in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei nachgezeichnet. Dabei konzentrieren sie sich auf den Zeitraum der letzten zwanzig Jahre, stellen aber auch Bezüge zur jüngeren Geschichte der genannten Länder her. Die auf wenigen Seiten zusammengefasste Abfolge der zahlreichen Wahlen seit 1989 mit wechselnden Protagonisten erfordert die Aufmerksamkeit der LeserInnen. Anschaulich werden die Dynamik der politischen Auseinandersetzungen sowie die Umstände und Ursachen für den – zum Teil vorübergehenden – Erfolg rechtspopulistischer Parteien vermittelt. Ein besonderer Verdienst ist, dass der Fokus sich nicht auf Brennpunkte aus den Tagesnachrichten beschränkt, sondern auch Länder und Themen beleuchtet, die sonst wenig Beachtung finden. Aber auch Aktuelles, wie ein Portrait des antirassistischen polnischen Vereins »Nie wieder«, findet sich. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit betrifft Fußballfans und -szene. Gerade vor dem Hintergrund der 2012 in Polen und der Ukraine abgehaltenen Europameisterschaft sind das Informationen, die ein größeres Publikum verdienen. Insgesamt ist es wünschenswert, dass dieser Begleitband weite Verbreitung findet. Allein der Einstieg mit der Begriffsdefinition dürfte für – notwendige – Diskussionen sorgen. Der Hauptteil bietet einen guten Überblick über die politische Situation der jeweiligen Länder – ein Verdienst der AutorInnen, die über den Binnenblick und ein fundiertes Wissen verfügen. Wer dann weiter in die Materie einsteigen möchte, kann sich an dem ausführlichen Literaturverzeichnis orientieren.

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg (Hg.): Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa. Demokratien im Umbruch? Tagungsdokumentation. Potsdam, 2012, 110 Seiten. Kostenfreier download: www.spaces-brandenburg.de/downloads/120529_web_rechtspopulismus_boell.pdf

Eine verrückte Teeparty

von Horst Zimmer

Verrückt scheint die Welt der US-amerikanischen »Tea Party« zu sein. Dieses ultra-konservative Netzwerk nimmt die Welt um sich herum ganz anders wahr, als viele andere BürgerInnen der USA. Doch dort sind ihre Forderungen – weniger Staat und mehr Eigenverantwortung, das Recht, Waffen immer und überall zu tragen, keine Konzessionen gegenüber den ›Klimawandelschwindlern‹ oder eine militarisierte Außenpolitik strikt entlang der Interessen der USA – mehr oder weniger etabliert. Aus europäischer Perspektive ist das alles nur schwer verständlich, meinen die meisten doch durch Filme und Fernsehserien aus Übersee das »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« zu kennen. Drei Bücher über die rechte »Tea Party« bieten gute Möglichkeiten, einen Eindruck von diesem Netzwerk, seinen ProtagonistInnen, Think Tanks, Finanziers, Forderungen und seiner kruden Weltsicht zu erhalten.
Eva C. Schweitzer, Amerikanistin und Journalistin, reiste für ihr Buch durch die USA und besuchte Events der »Tea Party«, lauschte den Ausführungen ihrer Idole und sprach mit den Menschen an der Basis. Lebendig ist ihr Buch, wenngleich die Namensdichte an einigen wenigen Stellen das abendliche Lesevergnügen etwas schmälert. Im Untertitel heißt ihre Publikation »Die weiße Wut« – deutlich kehrt Schweitzer heraus, dass es vor allem die weiße Mittelschicht fortgeschrittenen Alters ist, die sich für die »Tea Party« interessiert und engagiert. Sie bezeichnen den US-Präsidenten Barack Obama als Sozialisten und Kommunisten, weil er das Gesundheitssystem vorsichtig reformierte und nun allen einen Zugang zur Gesundheitsversorgung bietet – immerhin sind fünfzig Millionen BürgerInnen in den Staaten ohne Krankenversicherung. Ihre Ausführungen liefern neben vielen interessanten Informationen zugleich auch ein Psychogramm der »Tea Party«. Deutlich wird beispielsweise, wie widersinnig sich deren AnhängerInnen verhalten, die dafür votieren, viele Menschen vom Gesundheitssystem auszuschließen und gleichzeitig vehement ihre öffentliche Krankenversicherung (»Medicare«) verteidigen, von der sie als zukünftige oder schon aktuelle RentnerInnen profitieren. Dahinter steckt, das macht Schweitzer deutlich, die Maxime: Nur wer etwas geleistet hat, darf auch etwas erhalten – unter der Annahme, dass eben jedeR auch die gleichen Chancen und Möglichkeiten habe. Gesellschaftliche Ungleichheiten blenden die VerteidigerInnen ihres Status quo stets aus.
Der Journalist Philipp Schläger setzt in seinem Buch leicht andere Akzente. Bei ihm wird das Netzwerk der Think Tanks und Finanziers etwas besser greifbar als bei Schweitzer. Auch zeigt er noch einmal deutlicher, wie die »Tea Party« die etablierten und mehr oder weniger moderaten PolitikerInnen der »Republikanischen Partei« unter Druck setzte und zum Kurswechsel veranlasste – ihr Präsidentschaftskandidat Mitt Romney ist dafür ein gutes Beispiel. Einziges Manko des Buches ist, dass er manchmal von »rechtsextrem« spricht, ohne zu verdeutlichen, wo die ›Bruchstelle‹ oder ›Schwelle‹ gegenüber der allgemeinen Charakterisierung der »Tea Party« als rechtskonservativ oder ultrakonservativ liege. Aus deutscher Perspektive mag seine Wortwahl vielleicht mitunter Sinn ergeben, doch wird sie wohl weniger den Verhältnissen auf Seiten der politischen Rechten in den USA gerecht.
Eine Empfehlung für eines der beiden Bücher auszusprechen ist schwierig. Beide sind eingängig geschrieben und lesen sich flott. Jene, die einen eher persönlichen Zugang lieber zur Hand nehmen, werden bei Schweitzer gut bedient – wer es lieber etwas systematischer mag, liest Schläger. Ein Gewinn ist es indes, beide Publikationen zu lesen – sie ergänzen sich gut. Und sie wecken das Interesse an mehr … das bietet der im August 2012 veröffentlichte Sammelband »Steep« – »Steilhang«.
»Der steile Aufstieg der Tea Party« heißt der englischsprachige Sammelband, der von Lawrence Rosenthal und Christine Trost herausgegeben wird. Niemand hatte erwartet, dass am Rand der Konservativen eine derartige Bewegung entstehen könne – ein Schock für die liberale Gesellschaft, die ihre politischen Hoffnungen 2009 auf Barack Obama setzte. In dieser jüngsten, wissenschaftlichen Veröffentlichung zum Thema gehen die AutorInnen beispielsweise der Frage nach, ob die Entstehung der »Tea Party« ein ›normaler‹ Reflex auf die Wahl eines Demokraten ist und suchen dabei Parallelen zur Präsidentschaft von Bill Clinton. Sie erkunden, ob das Netzwerk tatsächlich eine Graswurzelbewegung ist oder ›Astroturf‹ (siehe dazu das Interview mit dem Herausgeber Rosenthal im vorliegenden Heft auf den Seiten 28/29), vergleichen die führenden nationalen »Tea Party« Organisationen, analysieren das Verhältnis von »class, race, and gender« und verweisen auf die Rolle von Frauen, deren bekannteste Protagonistin Sarah Palin auch in Deutschland wohl bekannt ist.
Wen das Thema wirklich interessiert und wer englische Texte einigermaßen versteht – die Fachwortdichte ist geringer und der Satzbau nicht so kompliziert wie in Deutschland – sollte unbedingt dieses Buch zur Hand nehmen.

Eva C. Schweitzer: Tea Party: Die weiße Wut: Was Amerikas Neue Rechte so gefährlich macht. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 279 Seiten, 14,90 Euro.

Philipp Schläger: Amerikas Neue Rechte: Tea Party, Republikaner und die Politik der Angst. Berlin: Rotbuch Verlag, 288 Seiten, 14,95 Euro.

Lawrence Rosenthal / Christine Trost (Hg.): Steep. The Precipitous Rise of the Tea Party. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press, 2012, Paperback, 312 Seiten, $ 29,95.



der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der Ausgabe ____ möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ Email-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos
in dieser Ausgabe:

Recherche-Ost (Seite: 32)
drr-Bildarchiv (Seite: 1, 12-13)
Research.nu (Seite: 26-27)

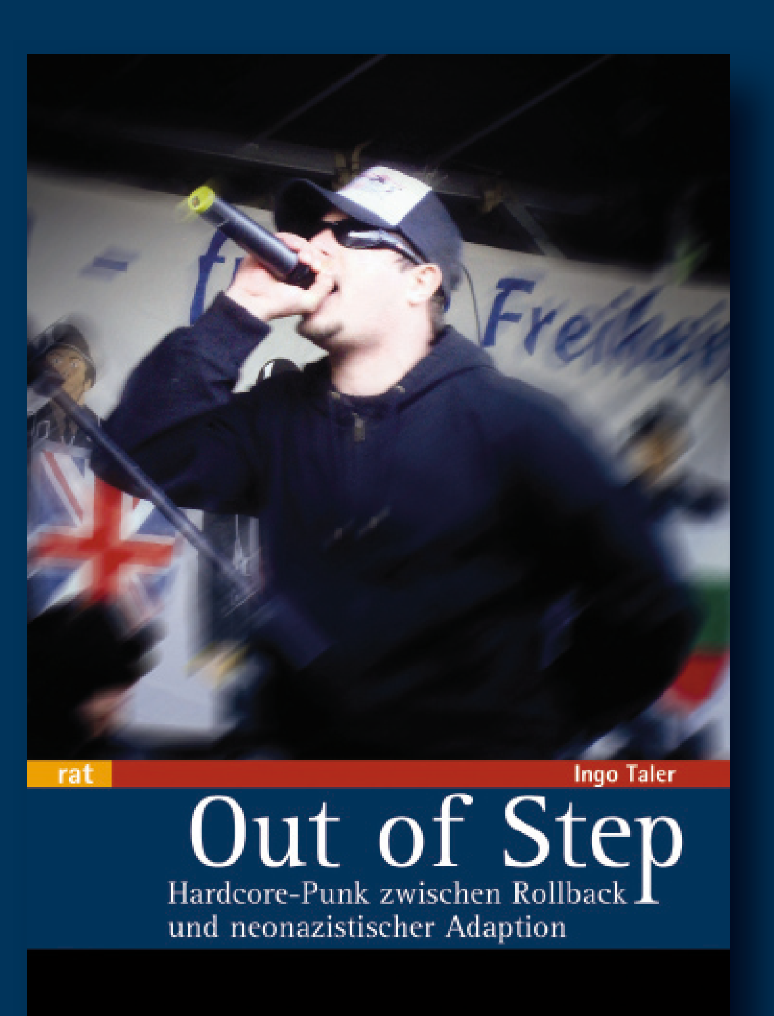
Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: DBP e.V.

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Neu: aus der *reihe antifaschistische texte | rat*



„Kein linker HC-Anhänger sollte an diesem Buch einfach vorbei gehen. Genauso wie alle aktiven Neonazigegner (…) dieses Werk (…) in ihrem Bücherregal stehen haben sollten."
Fabian Kunow | stoerungsmelder

„Taler (…) will durch Aufklärung die antifaschistischen Flügel stärken – auch indem er ihnen ihre Versäumnisse vorwirft. (…) eine sehr kenntnisreiche Diskussionsgrundlage."
Christoph Horst | Neues Deutschland

„Zum ersten Mal liegt mit diesem Buch eine fundierte und extrem umfangreiche Auseinandersetzung mit den zahlreichen Unterwanderungs- und Umdeutungsversuchen der Punk- und Hardcore-Szene durch organisierte Neonazis vor."
Aetherblissement | Köln

Ingo Taler

Out of Step

Hardcore-Punk zwischen Rollback
und neonazistischer Adaption

348 Seiten | 18.00 Euro | ISBN 978-3-89771-821-0

Innerhalb der RechtsRock-Szene hat Hardcore in den letzten Jahren immer mehr an Popularität gewonnen. Neben der Musik spielt vor allem der von der HC-Punk-Szene adaptierte Lifestyle eine wichtige Rolle. Die HC-Szene entstand in den späten 70er Jahren als eine linke politische Abgrenzung zur Punk-Szene mit ihrer No-Future-Attitüde. Rechte HC-Bands versuchen seit Ende der 90er-Jahre Themen der HC-Punk-Szene zu besetzen. Metaphern und subtile Botschaften sind an die Stelle von unverhohlener NS-Propaganda und Symbolik getreten und dominieren die aktuelle rechte HC-Szene, deren Erscheinungsbild sich kaum noch von dem der HC-Punk-Bands unterscheiden lässt.



UNRAST Verlag | Postfach 8020 | 48043 Münster
kontakt@unrast-verlag.de | www.unrast-verlag.de



Magazin
von und für AntifaschistInnen

Recherche, Analyse. Perspektive ...

uns jetzt abonnieren!

www.der-rechte-rand.de
www.facebook.com/derrechterand